

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

In dieser Ausgabe

2 | Landtagswahlen in Hessen und Bayern – Prognosen

3-4 | Spanien: Die rechte Volkspartei kann zusammen mit den Faschisten bei den spanischen Wählern keine Mehrheit erringen | Die PP auf dem Weg in die Einsamkeit | Info: Das spanische Wahlsystem | Sumar: Niedergang gestoppt

5 | Besorgnis über die Rolle der Polizei in der französischen Gesellschaft | Dok: Stellungnahme des UN-Ausschuss CERD (Auszug)



6-7 | Regierung Putin eskaliert | Söldner-Marsch auf Moskau | Private „Sicherheits- und Militärunternehmen“ | Dok: China und Ecuador

8-9 | Einigung zur Asbestrichtlinie! | Spanische Ratspräsidentschaft – Was kommt? | Niemanden zurücklassen – Kohäsionspolitik 2021 bis 2027 und ff.

10-11 Europäische Aktionen/Initiativen: Thema Asylpolitik



12-13 | ... wir berichteten: Mannheim: 15% der Wahlberechtigten bringen CDU-Oberbürgermeister ins Amt, darunter viele aus der AfD | „Bürger zweiter Klasse“

| Köln: Linke setzt Akzente beim Hochhauskonzept | Paris: Höhe von Neubauten auf 37 Meter oder zwölf Stockwerke begrenzt



14 | Bremens Koalitionsvertrag: „Veränderung gestalten: sicher, sozial, ökologisch, zukunftsfest“



Einleitung und Dokumentation des Abschnitts „Unsere zentralen Botschaften“ (Auszug)

17 | Kommunale Initiativen – In Sachen Kita



18 | Spanien: 5. Abkommen für Beschäftigung und Kollektivverhandlungen (5. Aenc) | Zielstellungen der europäischen Mindestlohnrichtlinie wirken

19 | Tarifbericht des WSI und Inflationsentwicklung

20 | Rechte Provokationen – demokratische Antworten – Redaktionsnotizen.

21 | Rechte Kräfte in der EU | Italien | Finnland | Slowakei | Spanien

22 | Neue Studie: Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie in

den östlichen Bundesländern

24-25 | Bilder und Folgen von Traumatisierung sowie arbeitsbedingter schwerer Depression – Eine Gedanken-skizze zu Kunst und arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen



26-29 | Machtkampf um die pazifische Inselwelt | Proteste gegen den Militärpakt zwischen Papua-Neuguinea



und USA | UN-Diskussion über Dekolonisierung

30-31 | Kalenderblatt 2010: BRD nimmt Vorbehalte gegen UN-Kinderrechtskonvention zurück | Kin-



der haben Rechte – Vorläufer | UN-Kinderrechte ins Grundgesetz – überfällig

32 | Rezension: Felix Jaitner, Russlands Kapitalismus

Nächste Ausgabe der Politischen Berichte Nr. 5: 12. Oktober 2023

Ausgabe Nr. 4 am 3. August 2023, Preis 4,00 Euro
Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Landtagswahlen in Hessen und Bayern

Prognose für Landtagswahl in Hessen am 8. Oktober 2023

Rosemarie Steffens, Langen. Nach der Wahlprognose vom 1. Juli wäre das Wahlergebnis der CDU etwas geringer (minus 1,5 Prozentpunkten) wie im Jahr 2018, nämlich 25,5 %. Boris Rhein, Nachrücker für den ausgeschiedenen Ministerpräsidenten Bouffier, muss durch die Wahl im Amt bestätigt werden. – Die Grünen mit der Prognose von 16 % (minus 3,8 Punkte) stellen das Spitzenduo Angela Dorn und Tarek Al Wazir. Sie warnten die hessische CDU, ihren bisherigen Kurs für eine Linie nach dem Vorbild von Merz und Söder zu verlassen. Inzwischen ist aber klar, dass die CDU mit Forderungen nach bundesweiten Grenzkontrollen nach bayerischem Vorbild und härteren Maßnahmen zur Begrenzung der „illegalen“ Zuwanderung der AfD Konkurrenz machen will und damit gleichzeitig die Bundesinnenministerin und SPD-Spitzenkandidatin in Hessen, Nancy Faeser, aufs Korn nimmt. Diese solle „endlich die bundesweiten Grenzkontrollen durch die Bundespolizei anordnen“. Die SPD läge nach der Wahlvorhersage mit einem leichten Gewinn von 0,2 Punkten bei 20,0 %. – Die Prognose der FDP mit Spitzenmann Stefan Naas liegt bei 5 % (2,5 Prozentpunkte Verlust). – Für die Linke sind 2,0 %, ein Minus von 4,3 Punkten, vorhergesagt. Sie versucht, mit einem

ausführlichen Wahlprogramm für die Rechte Geflüchteter, gegen Armut, für Frieden und gegen Rechts in die Offensive zu kommen. – Die AfD tritt mit dem „gemäßigt“ auftretenden Robert Lambrou zur Landtagswahl an. Lambrou ist jedoch gemeinsam mit dem Sympathisanten der Identitären Bewegung, Andreas Lichert, im Landesvorstand und sie teilen sich die Rollen nach Bedarf. Die AfD würde nach den Vorhersagen einen Zuwachs von 6,9 Punkten auf 20 % erzielen.

<https://dawum.de/Hessen/>

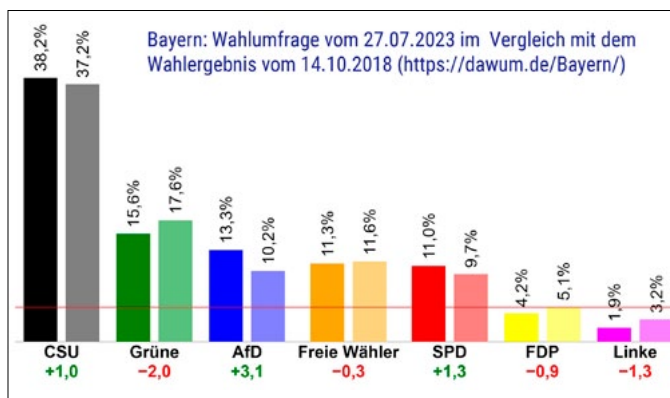
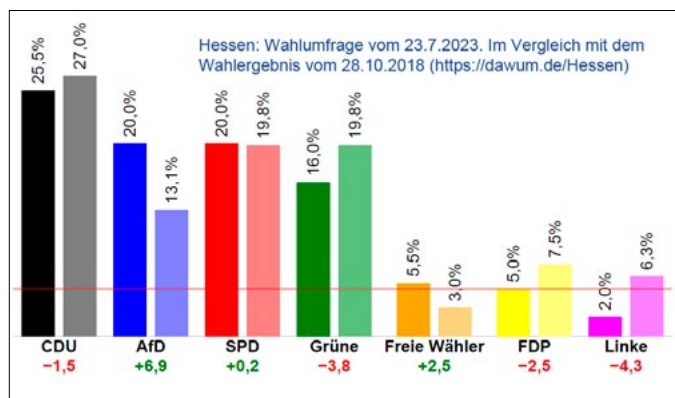
Bayern am 8. Oktober: Landtags-, aber auch Bezirkstagswahlen

Martin Fochler, München. Bundesweit interessant ist immer, ob und wie sich die CSU als Regionalpartei hält. Sollte die FDP, derzeit bei 4,2 %, die Fünf-Prozent-Hürde verfehlen, könnten CSU und Freie Wähler (FW), beide vom Zuschnitt her Regionalparteien, ihre Regierungskoalition mit ca. 100 der 180 Landtagssitze komfortabel fortsetzen. Würde die FDP, gegenwärtig unter die 5 % gesackt, sich erholen, kann es für eine CSU-FW-Koalition wahrscheinlich immer noch reichen, zur Not ginge wohl auch ein Trio mit der FDP. Die AfD legt im Vergleich zu 2018 um 3,1 % zu.

Bildet man eine Summe aus den Ergebnissen für Grüne, SPD, Linke, so war das Ergebnis 2018 bei 30,5 %, nach der

Prognose wären es nun 28,5 %. Die Linke geht mit einer Prognose von 1,9 % in den Landtagswahlkampf. Allerdings werden in den sieben Regierungsbezirken Bayern gleichzeitig mit dem Landtag die Bezirkstage gewählt und 2018 zog die Linke in alle sieben Bezirkstage ein. Im Bezirk Oberbayern (zurzeit ca. 4,7 Millionen Einwohner) ist Die Linke schon seit 2008 im Bezirkstag vertreten, seit 2018 mit drei Mandaten. – Die Bezirke haben das Recht, „überörtliche Angelegenheiten, die über die Zuständigkeit oder das Leistungsvermögen der Landkreise und kreisfreien Gemeinden hinausgehen und deren Bedeutung über das Gebiet des Bezirks nicht hinausreicht,“ selbst zu verwalten. Sie werden als Teil der kommunalen Selbstverwaltung betrachtet, dementsprechend greift bei dieser Wahl die Fünf-Prozent-Klausel nicht. In die Zuständigkeit der Bezirke fällt z.B. die Behindertenpolitik. Als engagierte und fachkundige Ansprechpartnerin der Sozialverbände und Selbsthilfeorganisationen hat sich Die Linke im Bezirkstag von Oberbayern einen guten Ruf erarbeitet. Bei 1,9 % ist das Medieninteresse an der Wahlkampagne nicht groß. Die Bezirkstagswahlen sind ebenfalls nicht gerade im Fokus. Es wird sich zeigen, ob die Wertschätzung, die engagierte Sachpolitik bei den Betroffenen erworben hat, in die breitere Öffentlichkeit durchdringt.

[https://de.wikipedia.org/wiki/Bezirk_\(Bayern\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Bezirk_(Bayern))



• **Online-Termin Redaktionsgespräch** – „Europa vor den Wahlen – wie stellt sich Die Linke und die linke Parteienfamilie dazu auf?“ **Fr, 22.9. von 18 bis 20 Uhr. Zoom-Link bestellen bei:** fochlermuenchen@gmail.com

Politische Berichte

ZEITSCHRIFT FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT SECHSMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, E-Mail: info@linkekritik.de.

Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Blick in die Medien / Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Alfred Küstler (verantwortlich), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Christoph Cornides, Christoph Cornides@t-online.de.

Europa: Rolf Gehring (rog, verantwortlich), gehring@efbww.eu;

efbww.eu; Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de; Thilo Janssen

Aktionen – Initiativen / Wir berichteten / Aus Kommunen und Ländern / Kommunale Initiativen / Gewerkschaftliches, Soziales: Thorsten Jannoff (verantwortlich), t.jannoff@web.de; Jörg Detjen, joerg.detjen@koeln.de; Horst-Ullrich Jäckel, ulli.jaekel@hotmail.de; Bruno Rucker; Johann Witte, johannfirst@web.de.

Rechte Provokationen – demokratische Antworten: Rosemarie Steffens (verantwortlich), rosemariesteffens@web.de; Christiane Schneider, chsneiderh@posteo.de; Ankündigungen, Diskussion, Dokumentation: Martin Fochler (verantwortlich), fochlermuenchen@gmail.com; Globale Debatten – UN-Initiativen: Horst-Ullrich Jäckel (verantwortlich), ulli.jaekel@hotmail.de.

Kalenderblatt: Eva Detscher (evd, verantwortlich), eva.detscher@politische-berichte.de; Rolf Gehring, gehring@efbww.eu;

Titel und letzte Seite (Lektürehinweise / Empfehlungen / Lesezeichen): Alfred Küstler (verantwortlich), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Martin Fochler, fochlermuenchen@gmail.com.

Beilagenmanagement: Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4 €. Ein Jahresabo kostet 39 €, Förderabo: 54 €, ermäßigt: 33 € (jeweils 10 € Portoanteil enthalten), Ausland: 51,20 € (22,20 € Portoanteil), Buchläden und andere Weiterverkäufer: 21 €. Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, alfred.kuestler@politische-berichte.de

Die PP auf dem Weg in die Einsamkeit

Tabelle 1: Die PP ist großer Gewinner und zugleich Verlierer der Wahl. Sie saugte die Ex-Ciudadanos-Wähler auf (6,86 %), biss bei Vox (2,82 % Verluste) ab und legte insgesamt 12,6 % zu. Die 137 erreichten Sitze liegen aber weit unter den eigenen Erwartungen (bis zu 160). • Vox erlebt erstmals einen Rückschlag bei Wahlen mit einem Verlust von 2,82 % der Stimmen. In Kastilien-Leon, wo im März 2022 die erste Koalitionsregierung PP-Vox gebildet wurde, verliert Vox 5 von 6 Sitzen. Vox-Positionen, wie Ablehnung von Feminismus und Gleichstellungspolitik, Beseitigung von Rechten des LGBTI-Kollektivs, von Gesetzen, die sich gegen geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen richten und der Rechte der autonomen Regionen, sind auf breite Ablehnung gestoßen. • Der bereits totesagte Sánchez und die PSOE gewannen 3,45 % hinzu. PP plus Vox übertreffen mit 45,44 % PSOE plus Sumar mit 44,01 % nur knapp, in Stimmen um 0,35 Millionen. • Die katalanischen Unabhängigkeitsparteien (ERC, Junts und CUP) verlieren 40 % ihrer Stimmen und 9 von 23 Sitzen. In Katalonien kommen sie zusammen auf nur noch 28 %. Es triumphieren die Sozialisten (PSC) mit 34,49 %. Sumar erreicht mit 14,03 % Platz 2. Jeder achte Wähler der Sozialisten kommt aus der Stadt Barcelona. Die Politik der Linkskoalition – Entspannung, Versöhnung und Suche nach politischer statt justizieller Lösung -- wird in Katalonien honoriert. • Tabelle 2 stellt die aktuelle Situation

Tabelle 1: Ergebnis der im Parlament vertretenen Parteien	Sitze	Stimmen		
		in Mio.	in %	+/- 2019
Wähler/Beteiligung		24,707	70,4	-%-Punkte
Partido Popular (PP)	137	8,092	33,1	12,60
Partido Socialista Obrero Español (PSOE)	121	7,761	31,7	3,45
Vox	33	3,034	12,4	-2,82
Sumar	31	3,014	12,3	-3,08
Esquerra Republicana de Catalunya (ERC)	7	0,460	1,9	-1,75
Junts por Catalunya	7	0,393	1,6	-0,61
Euskal Herria Bildu (EH Bildu)	6	0,330	1,4	0,21
Partido Nacional Vasco (PNV)	5	0,280	1,1	-0,46
Bloque Nacionalista Galego (BNG)	1	0,150	0,6	0,12
Coalición Canaria (CCA)	1	0,115	0,5	-
Unión del Pueblo Navarro (UPN)	1	0,052	0,2	-
Summe	350	23,681	96,7	-

Die 0,23 Mio Auslandsstimmen konnte nur in der Sitzverteilung berücksichtigt werden, da das amtliche Endergebnis noch nicht veröffentlicht war.

Tabelle 2: Ergebnis nach Blöcken geordnet	Sitze	Stimmen	
		in Mio.	in %
Linke + national. Parteien (PNV, ERC, EH Bildu, BNG)	171	11,995	49,0
Rechte Parteien	171	11,178	45,7
Coalición Canaria (CCA)	1	0,115	0,5
Junts por Catalunya	7	0,393	1,6

im Parlament dar. PP kommt zusammen mit Vox und UPN auf 171 Sitze. Die bürgerliche baskische Regierungspartei PNV gab Feijóo sofort am Tag nach der Wahl den Korb und erklärte, dass mit ihnen eine Regierung unter Beteiligung von Vox nicht machbar sei. Coalición Canaria, die auf den Kanaren mit Unterstützung der PP regiert, verlautebarte mit Blick auf Vox: „Es gibt keine Möglichkeit für Feijóo Präsident zu werden. Wir werden keine Gespensterinvestitur unterstützen.“ • Die PP-Kampagne zum Sturz des „Sánchezismus“ und der „Frankensteinregierung“ ist gescheitert. • Die vier katalanisch-, baskisch- und galicisch-nationalistischen Parteien (PNV, EH Bildu, ERC und BNG) sind prinzipiell bereit, mit der Linkskoalition in Verhandlungen über ihre Unterstützung für eine Neuauflage der Linkskoalition einzutreten. • Gemeinsam würden sie im Parlament mit ebenfalls 171 Stimmen ein Patt erreichen. Die erneute Einsetzung von Sánchez würde möglich, wenn Junts per Catalunya ebenfalls für Sánchez stimmen würde. Ob und für welchen Preis Junts dazu bewegt werden kann, wird sich zeigen. • Sollten die Verhandlungen nicht zum Erfolg führen, wären Neuwahlen unvermeidlich. • Es soll nochmal der Blick auf die Wählerstimmen gerichtet werden: Die Stimmen der Linken summieren sich zusammen mit den 1,2 Millionen antifaschistisch en, pluri-nationalistischen Stimmen für PNV, EH Bildu, etc. auf 11,995 Millionen gegenüber den 11,178 Millionen der Rechten. • Hinzurechnen kann man die Stimmen für Coalición Canaria (0,117 Millionen), Junts (0,393 Millionen) und die über 0,56 Millionen Stimmen, die für kleinere Parteien wie Tierschützer, CUP und regionale Parteien des entvölkerten Spaniens abgegeben wurden (und die nicht für einen Sitz reichten). Das sind 13,1 Millionen von 24,28 Millionen gültigen Stimmen. Sie alle wollen sich nicht von Vox regieren lassen. Vermutlich sind auch etliche PP-Wähler nicht davon begeistert. Es bringt das Dilemma der radikalisierten PP zum Ausdruck. Alleine ist sie nicht stark genug, zusammen mit Vox wird es einsam um sie herum und reicht es auch nicht.

Die rechte Volkspartei kann zusammen mit den Faschisten bei den spanischen Wählern keine Mehrheit erringen

CLAUS SEITZ, SAN SEBASTIÁN

Javier Pérez Royo schrieb am 11.7. in El Diario: „Mit dem Ergebnis vom 28. Mai bekommt die Rechte bei den Parlamentswahlen keine Mehrheit. Das ist keine Meinung, sondern eine empirische Feststellung. Dies war meines Erachtens der erste Grund für den Ministerpräsidenten, das Parlament aufzulösen und für den 23. Juli Wahlen auszurufen. Das Land wurde bei den Regional- und Kommunalwahlen gegen die ‚Abschaffung des Sánchezismus‘ geimpft. Die Wiederholung desselben Arguments kann aufgrund der Natur der Dinge nicht dieselbe Wirkung haben.“

Genauso wenig wie die Wiederbelebung der ETA und anderer Verrückter, mit denen die Rechte am 28. Mai operierte. (...) Jetzt ist es an der Zeit, dass die Linke das, was diese Legislaturperiode prägte, zur Geltung bringt. (...) Bei der Arbeitsreform und der Anhebung des branchenübergreifenden Mindestlohns, begleitet von der größten Schaffung unbefristeter Arbeitsplätze in unserer Geschichte, den Fortschritten bei der Anerkennung der Grundrechte: Euthanasie, Schwangerschaftsabbruch, Trans-Gesetz, usw. (...) In der Idee von Spanien, die PP und Vox haben, hat die Mehrheit der spanischen Bevölkerung keinen Platz. Das ist der

Grund, warum sie Parlamentswahlen nicht demokratisch gewinnen können. Ihre Vorstellung von Spanien ist die gleiche, die General Franco hatte. Die PSOE kann alleine die Wahlen nicht gewinnen. PSOE plus Sumar können sie nicht verlieren. Das wird sichtbar werden in dem Maße, wie wir uns in Richtung des Wahltages bewegen.“ Pérez Royo sollte mit seiner Einschätzung Recht behalten. Was verbleibt, ist, dies mit Daten und Fakten zu illustrieren.

Impressionen eines „schwindelerregenden“ Wahlkampfs

Ende Juni treffen erste Meldungen

über Koalitionsabkommen PP-Vox in Regionen und Städten ein. Vox-Politiker werden zu Parlamentspräsidenten gewählt, in Valencia eine ultrakatholische Abtreibungsgegnerin, in Aragonien eine transphobe Pandemieleugnerin, auf den Balearen einer der den Klimawandel und Gewalt gegen Frauen leugnet und Verschwörungstheorien über die Unterwanderung der weißen Rassen durch Muslime propagiert. Gleichstellungs- und Umweltministerien werden aufgelöst, Regenbogenflaggen von Rathäusern abgehängt, ... In Extremadura, wo die PP im Ergebnis hinter der PSOE bleibt, lehnt PP-Spitzenkandidatin Guardiola eine Koalition mit Vox ab. Auf Anordnung von Feijóo wird dennoch eine Koalition gebildet. Gleichzeitig verbreitet Feijóo, Sánchez solle sich nach der Wahl enthalten, damit die PP als stärkste Partei ohne Vox regieren könnte.

7.7. Bei den San Fermin-Feiern in Pamplona tanzen und singen Mitglieder der PP-Jugendorganisation auf der Straße in T-Shirts mit dem Aufdruck „Que te vote Txapote“, „(Sánchez) Soll dich doch Txapote wählen (wir nicht).“ Francisco Javier García Gaztelu, alias Txapote, war führendes ETA-Mitglied und an mehreren tödlichen ETA-Attentaten beteiligt, für die er 200 Jahre Haft erhielt. Die Rechte macht daraus eine landesweite Kampagne gegen die punktuellen Pakte zwischen Regierung und EH Bildu. ETA-Opfer werfen der PP „eine Banalisierung des Terrorismus“ vor.

In verschiedenen Medien rufen angebliche PSOE-Mitglieder zur Neugründung der PSOE auf, weil Sánchez nur den Separatismus, die Sympathie für den Terrorismus und die extreme Linke fördere, die Spanier anlüge und betrüge.

10.7. Die einzige TV-Debatte mit Sánchez, auf die sich Feijóo einlässt, findet statt. Feijóo wendet erfolgreich die bei US-Fundamentalisten verbreitete Tech-

nik des „Gish Galopps“ an, eine Methode des Debattierens, in welcher der Gegner in einer Flut aus Halbwahrheiten und ihm unterstellten falschen oder lächerlichen Annahmen ertränkt werden soll, so dass es ihm unmöglich wird, alle diese Postulate zu widerlegen. Sánchez, eigentlich ein erfahrener Debattenredner, wirkt angesichts der Dreistigkeit wie gelähmt und gerät aus der Fassung. Die Wahlen scheinen für die Linke endgültig verloren.

11.7. Die TV-Debatte erweist sich mit Zeitverschiebung als Wendepunkt. In den Medien wird mit der Überprüfung des Wahrheitsgehalts von Feijóos Aussagen begonnen.

12.7. Feijóo stellt die Briefwahlen ins Zwielficht. Er bittet nicht nur die Briefträger – unabhängig von ihren Chefs – die Wahlunterlagen innerhalb der Frist zu verteilen, sondern verspricht sogar, dass die Regierung auf ihrer ersten Sitzung unter seiner Leitung die Bezahlung ihrer Überstunden anordnen werde.

17.7. In einem Interview im ersten Kanal des spanischen Fernsehens wagt die Journalistin Silvia Intxaurrenondo mehrmals, Feijóo darauf hinzuweisen, dass seine Aussagen über die Rentenpolitik der PP nicht korrekt wären. Feijóo fordert Intxaurrenondo auf, sich zu entschuldigen.

Feijóo in der Internetplattform für Renter „65 und mehr“: „Sánchezismus heißt: Was auch immer, mit wem auch immer und auf Kosten von was auch immer zu paktieren, um an der Macht zu bleiben. Lügen bei allen Themen und das Gegenteil vom Versprochenen machen. Die spanische Regierung ist eine große Regierung, nicht für die Spanier, sondern für die separatistischen Minderheiten und Populisten, für Veruntreuer, Hausbesetzer und Sexualaggressoren“.

18.7. Nachdem bereits Ex-Ministerpräsident Zapatero (PSOE) in den Wahlkampf interveniert hat und die Meetings

mit Sánchez anfangen, die Säle zu füllen, veröffentlichen 350 ehemalige PSOE-Minister und -Abgeordnete ein Manifest „Das Ziel ist nicht Pedro Sánchez. Sie wollen die PSOE und uns Sozialisten stürzen“.

19.7. In der TV-Debatte zwischen Abascal (Vox), Pedro Sánchez und Yolanda Díaz gibt Abascal den Gesetzen der Regierung die Schuld dafür, dass tausend Vergewaltigter frei herumlaufen würden, dass Männer sich zu Trans-Frauen erklären könnten, um in geschützte Räume von Frauen einzudringen, und dass Hausbesetzer die Wohnung unschuldiger Bürger besetzen könnten, während diese Brot holen gingen. Sánchez und Díaz verteidigen erfolgreich die Regierungspolitik und greifen Feijóo in Abwesenheit an. Yolanda Díaz wird als Gewinnerin gewertet und verleiht Sumar Schwung.

Die Huffington Post titelt: „Feijóo proklamierte das Ende des Sánchezismus und wird jetzt von den eigenen Lügen belagert ... Nach den Lügen über die Renten und den Fall ‚Pegasus‘ erklärt er jetzt, die Aktivitäten des Drogenhändlers Marcial Dorado nicht gekannt zu haben, dabei war der bereits wegen seiner Delikte angezeigt, als die beiden sich kannten.“

Am selben Tag Ignacio Sánchez-Cuenca in El Público: „Höchst seltsam, sich mit maximaler Anständigkeit brüsten und doch wie ein Schurke lügen. Lügt der PP-Führer sogar, wenn er seine Lügen zugibt?“

Während der letzten Woche des Wahlkampfes wird der Hashtag #FeijooLügner mit Hunderttausenden von Nachrichten zur Haupttendenz in Twitter.

21.7. Zwei Tage vor der Wahl erklärt Isabel Ayuso, PP-Präsidentin Madrid: „Ich glaube, dass es schon entschieden ist. Sánchez ist schon im Mai direkt zurückgetreten und all das, was wir jetzt im Wahlkampf erleben ist ein Witz, eine Pantomime, eine große Lüge.“

Info: Das spanische Wahlsystem

Das spanische Wahlsystem befördert ein Zwei-Parteien-System. Die Stimmen werden nicht auf nationaler Ebene ausgezählt, sondern in den 52 Provinzen und den zwei autonomen Städte Ceuta und Melilla. Die Sitze werden dann entsprechend der Stimmenverhältnisse auf Provinzebene verteilt. In vielen kleinen Provinzen sind nur zwei bis fünf Abgeordnete zu wählen. In einer Provinz mit fünf Abgeordnetensitzen können durchaus 15% nicht für einen Sitz ausreichen. Alle Stimmen, die in der Provinz erreicht wurden, gehen dann verloren. Bei dieser Wahl war Sumar mit 600 000 verlorenen Stimmen am stärksten betroffen. Bei einer Auszählung der Stimmen und relativer Verteilung der Sitze auf nationaler Ebene stünden Sumar bei diesen Wahlen 45 Sitze (statt 31) zu, die Linkskoalition käme auf 160 Sitze (statt 153), die Rechten auf 165 (statt 170).

Sumar: Niedergang gestoppt

Das verheerende Ergebnis für Podemos bei den Regional- und Kommunalwahlen trug dazu bei, das Kräfteverhältnis innerhalb des links-grünen Lagers zu klären. Podemos willigte – begleitet von großem öffentlichem Getöse – als letzte von 16 Organisationen ein, im Rahmen von Sumar zu kandidieren und eine „bescheidene Rolle anzunehmen“. Innerhalb von zehn Tagen gelang es Sumar, ausgewogene Listen mit Kandidaten aller Organisationen für alle 52 Provinzen zu formieren. Am Wahlergebnis lässt sich das gut ablesen: Von den künftigen 31 Abgeordneten entfallen elf auf Movimiento Sumar, je fünf auf Podemos, Vereinigte Linke und die Comuns, je zwei auf Compromis und Más País, je eine auf Más Baleares und Chunta Aragonesista.

Nach den Wahlen Ende Mai war das links-grüne Lager in einigen Regionen faktisch von der Land-

karte verschwunden, die Aktivisten waren vom Wahlergebnis ausgeknockt und das öffentliche Ansehen nach dem veritablen Krach mit dem Platzhirsch Podemos weiter gesunken. Der Wahlkampf kam erst in der letzten Woche richtig in Fahrt. Mit über drei Millionen Stimmen (gegenüber einer Million Ende Mai) konnte der Niedergang aufgehalten und der wichtige Beitrag zur Abwehr einer PP-Vox Regierung geleistet werden.

Das einflussreiche Internet-Medium ctxt (contexto y acción) rief zur Wahl von Sumar auf, veröffentlichte aber gleichzeitig eine Liste der Provinzen, in denen Sumar wohl keinen Abgeordnetensitz erreichen könnte, und wo man besser PSOE wählen sollte. Sumar holte seine 31 Sitze in 19 der 52 Provinzen, die eher großstädtisch geprägt sind. In der Hälfte der autonomen Regionen wurde Platz 3 hinter PP und PSOE erreicht.

Besorgnis über die Rolle der Polizei in der französischen Gesellschaft

MATTHIAS PAYKOWSKI. KARLSRUHE.

Der UN-Ausschuss für die Beseitigung rassistischer Diskriminierung (CERD) beim Hochkommissariat für Menschenrechte (1) hat am 7. Juli seine Besorgnis zum Ausdruck gebracht über den legislativen und exekutiven Zustand in Frankreich – aus Anlass der Tötung eines 17-jährigen. Nahel Merzouk wurde im Verlauf einer Verkehrskontrolle durch den Schuss eines Polizisten getötet. (2) Der aus 18 Sachverständigen bestehende UN-Ausschuss hat im Rahmen seines Frühwarn- und Eilverfahrens die in Auszügen dokumentierte Stellungnahme veröffentlicht. (3) Nahel Merzouk ist in diesem Jahr das dritte Todesopfer, 2022 kamen 13 Personen im Zusammenhang mit Verkehrskontrollen der Polizei ums Leben. In 38 Fällen wurden Schüsse auf fahrende Autos abgegeben und etwa 26 000 Menschen versuchten sich einer Kontrolle durch die Polizei zu entziehen!

Ein 2017 erlassenes Gesetz erlaubt es der Polizei, von der Schusswaffe Ge-

brauch zu machen, auch wenn keine unmittelbare Gefahr droht. Es reicht, wenn der Fahrer sich durch Flucht der Kontrolle entziehen will, die Polizisten eine zukünftige Straftat oder eine Gefährdung Dritter durch die Flucht vermuten. Das hat den Spielraum für den Gebrauch der Waffe erheblich erweitert.

2020 wurden weitere Befugnisse für die Polizei und Maßnahmen zum Schutz vor der Öffentlichkeit beschlossen: Die Veröffentlichung von Bildern von Sicherheitsbeamten im Einsatz und Videoaufnahmen von Polizeieinsätzen werden mit empfindlichen Gefängnis- oder Geldstrafen gebüßt. Das macht Berichterstattung über die Einsätze der Polizei zu einem erheblichen persönlichen Risiko.

Seit den Protesten der Gelbwesten hat die Aufrüstung der Polizei nochmals zugenommen. Bei ihren Einsätzen gegen die hoffnungslosen Emeuten in den trostlosen Banlieues bewegt sie sich mit schwer gepanzerten Mannschaftswagen: „Die Taktik gleicht militärischen Operationen mit schnellen Vorstößen, der

Einkesselung und dem „Einkassieren“ der Demonstranten.“ (4)

Die linken Parteien LFI, PS und die Grünen EELV haben am 24. Juli „zur Wiederherstellung der republikanischen Ordnung in der Polizei und zur Achtung der Rechtsstaatlichkeit“ aufgerufen. Die PCF hatte Bedenken, „die Fakten der Polizeigewalt zu verallgemeinern oder den Rassismus in der Polizei anzuprangern“ und wies daraufhin, sie sei sich „der Schwierigkeiten bewusst, mit denen die Polizisten täglich konfrontiert sind“. (5)

Die Erklärungen der linken Parteien sind ein Versuch, auch Antworten zu finden auf die Eskalationen im Polizeiapparat. Im Süden Frankreichs meldeten sich Polizisten reihenweise krank und vom Dienst ab, als in Marseille ein Polizeibeamter Anfang Juli in Untersuchungshaft genommen wurde. Eine Überwachungskamera hatte ihn und drei weitere Beamte dabei gefilmt, wie sie einen 21-Jährigen krankhausreif schlugen. Die Entscheidung der Justiz für Untersuchungshaft gegen den Beamten stellte der Generaldirektor der französischen Polizei infrage: „Vor seinem Strafprozess gehört ein Polizist nicht ins Gefängnis, selbst wenn er Missgriffe oder schwere Fehler begangen hat.“ Die Polizeigewerkschaft Alliance verlangt einen juristischen Sonderstatus für Polizisten. (6)

1 Vereinte Nationen – Büro des Hochkommissars für Menschenrechte: <https://www.ohchr.org/en/treaty-bodies/cerd>.

2 Die Tötung wurde von Augenzeugen im Video festgehalten und in den Internetmedien verbreitet. Sachverhalte zum Tod von Nahel Merzouk dokumentiert aktuell und ausführlich Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/T%C3%B6tung_von_Nahel_Merzouk

3 <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/07/statement-france-un-committee-elimination-racial-discrimination>

4 Interview mit dem Soziologen Christian Joppke, NZZ, 10.7.2023.

5 Le Monde, div. Ausgaben. Insbesondere: 26. und 27.7.2023.

6 F.A.Z. 26.7.2023

7 Points de vue – Sichtweisen. Deutschland – Frankreich, ein vergleichender Blick. Zum 75. Jubiläum des Deutsch-Französischen Institut ist eine komplett neu überarbeitete Auflage des bisher dreimal – zuletzt 2012 – erschienenen Buches „Point de vue – Sichtweisen“ vom dfi herausgegeben worden. In Französisch und in Deutsch und sehr schön aufbereitet, werden fast alle wichtigen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens nebeneinander vorgestellt und behandelt (bis 2021). Der Leser erfährt viel über große und kleine Unterschiede, Gemeinsamkeiten und Sichtweisen in den beiden europäischen Ländern. Ein Lese- und Lernbuch für jeden, der sich für die beiden Gesellschaften interessiert. Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.). Prof. Dr. Frank Baasner, Dr. Stefan Seidendorf, Dominik Grillmayer, Dr. Eileen Keller, Bénédicte King. 2023, Rheinbreitbach: by Kürschners, NDV GmbH & Co. KG 294 Seiten, Broschüre ISBN 978-3-95879-133-6. 19,80 Euro.

DOK: Stellungnahme des UN-Ausschuss CERD (Auszug):

... 4. 4. fordert Frankreich auf, Rechtsvorschriften zu erlassen, in denen die Erstellung von Personenprofilen nach rassistischen Gesichtspunkten definiert und verboten wird, und klare Leitlinien für Strafverfolgungsbeamte zu entwickeln, insbesondere für die Polizei, die die Erstellung von Personenprofilen nach rassistischen Gesichtspunkten bei polizeilichen Maßnahmen sowie diskriminierende Personenkontrollen und andere rassistische Verhaltensweisen verbieten;

5. fordert Frankreich nachdrücklich auf, seinen gesetzlichen Rahmen zur Regelung der Anwendung tödlicher Gewalt durch Strafverfolgungsbeamte zu überprüfen, um die uneingeschränkte Einhaltung der internationalen Menschenrechtsvorschriften und -standards zu gewährleisten;

6. 6. fordert Frankreich nachdrücklich auf, bei der Bekämpfung von Massenprotesten und Demonstrationen die Grundsätze der Rechtmäßigkeit, der Notwendigkeit, der Verhältnismäßigkeit und der Nichtdiskriminierung zu beachten und sicherzustellen, dass alle Vorwürfe übermäßiger Gewaltanwendung durch Beamte der Strafverfolgungsbehörden im Zusammenhang mit den laufenden Protesten untersucht

werden, auch durch unabhängige Aufsichtsgremien, um die Rechenschaftspflicht zu gewährleisten;

7. 7. fordert Frankreich auf, unverzüglich geeignete Reformen zu ergreifen, die darauf abzielen, die strukturelle Diskriminierung im Strafrechtssystem zu beseitigen, die Rechte der Opfer rassistisch motivierter Straftaten zu gewährleisten, die ethnische Vielfalt innerhalb der Polizei zu fördern und so das Verständnis zwischen der Polizei und der allgemeinen Bevölkerung, insbesondere den Minderheiten, zu fördern;

8. 8. fordert Frankreich auf, Beamte der Strafverfolgungsbehörden kontinuierlich zu schulen, insbesondere im Hinblick auf Deeskalationstechniken und einschlägige internationale Standards wie den Verhaltenskodex für Beamte der Strafverfolgungsbehörden, die Menschenrechtsleitlinien der Vereinten Nationen über weniger tödliche Waffen in der Strafverfolgung und die Grundprinzipien für den Einsatz von Gewalt und Schusswaffen durch Strafverfolgungsbeamte ...

Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator.
Vollständig auf englisch und französisch in der UN-Vertrags-Datenbank: https://tinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=INT%2FCERD%2FSWA%2F9833&Lang=en

Die Regierung Putin eskaliert

AUS DER DISKUSSION DER REDAKTION,
MARTIN FOCHLER, MÜNCHEN

Nach der Eroberung von Bachmut konnte der Aggressor nicht weiter vorrücken. Ferner zeichnete sich ab, dass die Russische Föderation Operationen wie die Erstürmung Bachmuts nicht wiederholen kann. Die RF hatte aber Zeit und Mittel, ihre Stellungen auszubauen. Zur Befreiung besetzter Gebiete kam es bislang nicht.

Die Russische Föderation hatte in dieser Situation die Wahl: Anknüpfend an das Getreideabkommen sowie die Ver-

einbarungen mit der UNO wegen der Reaktorsicherheit im AKW Saporischja konnte sie einen Waffenstillstand ins Gespräch bringen, stattdessen griff sie zum Mittel der Eskalation.

Die Stationierung von Atomwaffen in Weißrussland, laut Regierung Putin seit Anfang Juli im Gang, bindet das Land fest an die RF. Die Entlassung der Reste der Militärfirma Wagner in einen Kontrakt mit Lukaschenka zieht aus einer verfahrenen Situation sogar Nutzen. Die Ukraine hat an ihrer langen nordwestlichen Grenze zusätzliche Sorgen, die

Vision der Wiedereingliederung Weißrusslands wird bestärkt.

Das Getreideabkommen wird mit Blick auf die Welternährungslage diskutiert. Es war aber auch mit einer Art Verzicht von Angriffen auf die Hafenstädte der Ukraine verknüpft. Völlige Ruhe herrschte nicht, nun aber startete die RF eine Serie von Großangriffen auf kulturelle, zivile und wirtschaftliche Einrichtungen an der Schwarzmeerküste. Die ukrainische Abwehr hat – Stand jetzt – große Schwierigkeiten, von See her gestartete Angriffe abzufangen. Es scheint vorstellbar, Getreideexporte der Ukraine über Land umzuleiten, das ist aber teuer. Auch entstehen Einflüsse auf die Erzeu-

Söldner-Marsch auf Moskau

Ende Mai übergaben die Wagner Truppen die Ruinen der von ihnen erstürmten Stadt Bachmut dem regulären Militär. Vier Wochen später rebellierten die Verbände und zogen unter Waffen zwei Tage lang in Richtung Moskau.

Dann bot der Präsident Weißrusslands an, die Militärfirma zu engagieren, einzeln konnten sich die Söldner auch der Armee der RF anschließen. An Vorzeichen hatte es nicht gefehlt. Wutreden des Chefs der Militärfirma Prigoschin steigerten sich zuerst gegen das Oberkommando des Frontabschnitts, dann gegen das Kriegsministerium und am Ende sogar gegen den obersten Kriegsherrn selbst. Die Wagner-Truppe fühlte sich verraten und verheizt.

Was war geschehen? Während Führungsstäbe großer Militärverbände geschult werden, erreichbare Erfolge und zu erwartende Verluste vorab gegeneinander abzuwägen, hatte die Militärfirma die Risiken der von ihr übernommenen Operation nicht überblickt. Weitere Einsätze dieser Art vor Augen können die Wagner-Leute nichts anderes als verzweifelt gewesen sein. Würden reguläre Verbände auf derartige Aussichten anders reagieren?

Das reguläre Militär, die Polizei, die Geheimdienste ließen die Wagner-Leute ins Leere laufen.

So waren sie sowohl die lästigen Freischärler wie auch die militärisch gesehen irren Operationsplanung vom Typ Bachmut los.



Private „Sicherheits- und Militärunternehmen“

Militärunternehmen wie die in jüngster Zeit viel genannte Wagner-Truppe sind keine Erfindung der Russischen Föderation, es gibt sie weltweit und in großer Zahl.¹ Als Überbleibsel des Söldnerwesens früherer Zeiten können sie auch nicht verstanden werden. Sie finden in den Nationalstaaten der Jetzt-Zeit ihren Platz als Dienstleister, man spricht von der Sicherheitsbranche, ihre Aufgaben reichen von der Sicherung etwa eines Festzeltes über bewaffneten Personenschutz bis zu komplexen Organisationen, Sammelbegriff „Werkschutz“. Wachdienste werden auch von staatlichen Behörden und Militärverbänden angeheuert und gehen als Hilfskräfte mit in Kampfeinsätze.² Skandal machen 2004 Berichte, dass amerikanische Mitarbeiter von Militär- und Geheimdiensten sowie von privaten Militärunternehmen Gefangene im Abu-Ghuraib-Gefängnis nahe Bagdad gefoltert hatten.³ Es entstehen Organisationen, die sich in Kriegen, namentlich in Bürgerkriegen einsetzen lassen.⁴ Militärorganisationen sind – wenigstens dem Anspruch nach – mit dem politischen System verschränkt, das ihr Tun rechtfertigen muss. Militärfirmen hingegen sind mit dem Auftraggeber nur lose, d.h. durch kündbare Verträge gekoppelt. Dies gilt – der Form nach – auch für ihre innere Organisation; so kennen aber viele brutalste Methoden, innerverbandlichen Gehorsam zu erzwingen. Militärfirmen gewinnen ihr Personal aus dem großen Reservoir von Menschen, die nach dem Militärdienst nicht ins zivile Leben zurückfinden. In einem Punkt allerdings sind sie mit der Söldner-Mentalität der Vormoderne verbunden: Ein mächtiger Antrieb ist die Hoffnung auf Beute. Die Verwicklung von Militärfirmen in krimi-

nelle Geschäfte ist Legende, einschlägige Quellen siehe unten.¹

Sicherheitsgewerbe und Wachdienste lassen sich in rechtlich geordnete politische Systeme irgendwie einbetten, ihre Kompetenzen werden beschnitten. Militärfirmen aber nicht, da sie bezahlt werden müssen, sind sie faktisch eine Privatarmee großer Kapitalinteressen, die insbesondere in kleineren Staaten in Entwicklungskrisen zur Stabilisierung von Marionetten eingesetzt werden können. Angesichts dessen schuf die UNO 2005 eine „Arbeitsgruppe betreffend Einsatz von Söldnern als Mittel zur Verletzung der Menschenrechte und zur Verhinderung des Selbstbestimmungsrechts der Völker“, sie „hat die Aufgabe aufkommende Probleme, Erscheinungsformen und Entwicklungen in Bezug auf Söldner und deren Auswirkungen auf die Menschenrechte zu untersuchen und zu ermitteln“.⁵

Diese Initiativen kann sich auf „Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte“⁶ (Art. 47) stützen, in dem 1977 unter anderem definiert wurde, wer Söldner ist, die vor allem auf die Motivation der einzelnen Söldner abhebt – „Streben nach persönlichem Gewinn“ abhebt und feststellt, dass ein Söldner „keinen Anspruch auf den Status eines Kombattanten oder eines Kriegsgefangenen“ hat.

Diese durchaus harte Bestimmung, greift aber nur eine Seite des Problems an. Verzweifelte oder verblende Menschen, die lassen sich trotzdem finden. Es reicht nicht, den einzelnen Söldner zu kriminalisieren, strafbar sollte auch die Auftragserteilung an Militärfirmen werden.

1 https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_privater_Sicherheits-_und_Milit%C3%A4runternehmen 2 <https://de.wikipedia.org/wiki/Academi> 3 <https://de.wikipedia.org/wiki/Abu-Ghuraib-Folterskandal> 4 <https://de.wikipedia.org/wiki/DynCorp> 5 https://de.wikipedia.org/wiki/UN-Arbeitsgruppe_betreffend_Einsatz_von_S%C3%B6ldnern 6 https://fedlex.data.admin.ch/filestore/fedlex.data.admin.ch/eli/cc/1982/1362_1362_1362/20180712/de/pdf-a/fedlex-data-admin-ch-eli-cc-1982-1362_1362_1362-20180712-de-pdf-a.pdf

gerpreise in der EU, siehe die Proteste der EU-Nachbarländer, namentlich Polens.

Militärisch und wirtschaftlich belastet die Eskalation die Ukraine stark, ohne dass der Aggressor dafür sonderlich Aufwand treiben müsste. Putin rühmte sich der Gewinne für die RF durch weltweit gestiegene Getreidepreise und kündigte parallel kostenlose Lieferungen an bedürftige Länder an. Anscheinend geht die RF davon aus, dass sie den Süden der Ukraine von See aus unter Feuer nehmen, von Land aus gestartete Drohnen und Lenk Waffen aber abfangen kann und Luftangriffe nicht befürchten muss.

Die Eskalation verschlechtert die strategische Position der RF trotzdem. Das Land bleibt trotz seiner Träume von Autarkie mit Wirtschaft und Gesellschaft der globalen Welt verflochten. Die Kündigung des Getreideabkommens war auch ein Versuch, die Sanktionen, die

das Land im internationalen Zahlungsverkehr stark behindern, zum Thema zu machen. Das hat nicht gezogen. In der globalen Diskussion ist die Frage der Welternährung das Thema geworden.

In den Medien wird die Kritik der Getreideblockade durch die VR China hervorgehoben. Wir dokumentieren daher die Stellungnahme von Herr Geng Shuang. Die Spekulationen, dass diese Stellungnahme die Zusammenarbeit der Russischen Föderation mit der VR China belasten würde, trägt diese Stellungnahme nicht. Wahr ist aber, dass sie den Versuch der RF, die Weltöffentlichkeit gegen die verhängten Sanktionen aufzubringen, nur recht matt unterstützt.

Zwei Aspekte, die in der bundesdeutschen Debatte keine herausragende Rolle spielen, finden sich in dem Beitrag von Herrn Manrique (Ecuador), der sagt, dass „Angriffe auf zivile Schiffe im Schwarzen

Meer nicht hinnehmbar“ seien. Damit spricht er an: Große Staaten können kleinere durch Seeblockade von der globalen Welt abschneiden; ferner, die fruchtbaren Flächen des Globus sollten auch als Gemeingut verstanden werden.

Die Politik der Russischen Föderation lädiert Zug um Zug immer weiter Grundsätze und Interessen, die in demokratischen Prozessen von der Weltgesellschaft fixiert wurden. Verlässliche Beziehungen lassen sich so nicht aufbauen. Man kann wohl sagen, dass solche Strategien die Position der RF in unvermeidlich kommenden Verhandlungen schwächen werden. Die Rebellion der Wagner-Verbände sollte man nicht überbewerten, es sind Söldner, die für sich persönlich Gewinn und Verlust abrechnen. Als sicheres Anzeichen der Erschöpfung der Kampftruppen an dieser Front kann der Vorfall trotzdem gelten.

DOK:

Herr Geng Shuang (China) (spricht auf Chinesisch), ungekürzt, Red.

Ich danke Untergeneralsekretär DiCarlo und Untergeneralsekretär Griffiths für ihre Informationen. Ich habe auch den Ausführungen von Herrn Khazin aufmerksam zugehört.

Die Schwarzmeer-Getreide-Initiative und die Vereinbarung über die russischen Lebensmittel- und Düngemittelausfuhren sind für die Sicherung der weltweiten Lebensmittelversorgung und die Stabilisierung des globalen Lebensmittelmarktes sehr wichtig. Beide sollten in ausgewogener, umfassender und wirksamer Weise umgesetzt werden, und die berechtigten Anliegen der beteiligten Parteien sollten berücksichtigt werden. In den letzten Tagen hat die Russische Föderation wiederholt erklärt, dass sie bereit ist, eine Wiederaufnahme ihrer Teilnahme an der Initiative in Erwägung zu ziehen, wenn substanzielle Fortschritte bei der Beseitigung von Hindernissen für ihre Getreide und Düngemittelausfuhren erzielt werden. Auch Generalsekretär Guterres hat erklärt, dass er sich weiterhin dafür einsetzen wird, dass Getreide und Düngemittel aus der Ukraine und Russland den Weltmarkt erreichen.

China hofft, dass die betroffenen Parteien im Interesse der Aufrechterhaltung der internationalen Ernährungssicherheit und der Linderung der Ernährungskrise insbesondere in den Entwicklungsländern handeln werden, indem sie mit den zuständigen Organisationen der Vereinten Nationen zusammenarbeiten, um den Dialog und die Konsultationen zu verstärken, einander auf halbem Wege entgegenzukommen und sich um eine ausgewogene Lösung für die berechtigten Anliegen aller Parteien zu bemühen,

damit Russland und die Ukraine ihre Getreide- und Düngemittelausfuhren so bald wie möglich wieder aufnehmen können. Die Lage in der Ukraine eskaliert seit geraumer Zeit immer weiter und zeigt eine zunehmende Tendenz mit zahlreichen Angriffen auf wichtige zivile Infrastrukturen. China ruft die Parteien dazu auf, Ruhe walten zu lassen, Zurückhaltung zu üben, sich strikt an das humanitäre Völkerrecht und die Grundsätze der Notwendigkeit, der Unterscheidung und der Verhältnismäßigkeit zu halten, von Angriffen auf Zivilisten und zivile Infrastrukturen abzusehen und alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine Ausweitung des Konflikts zu verhindern und so eine größere humanitäre Krise abzuwenden.

Der wahre Weg zur Lösung der humanitären Situation in der Ukraine liegt in einer politischen Lösung der ukrainischen Frage. China ruft die Konfliktparteien erneut auf, die Friedensgespräche so bald wie möglich wieder aufzunehmen, und appelliert an die internationale Gemeinschaft, die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. In der Ukraine-Frage hat sich China stets dafür eingesetzt, dass die Souveränität und territoriale Integrität aller Länder gewahrt bleibt. Die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen sollten respektiert und die berechtigten Sicherheitsbedenken aller Parteien ernst genommen werden. Jede Anstrengung, die zu einer friedlichen Lösung der Krise beitragen könnte, sollte unterstützt werden. China wird sich weiterhin für Frieden und Dialog einsetzen und unermüdlich mit der internationalen Gemeinschaft zusammenarbeiten, um eine politische Lösung der Ukraine-Frage zu fördern.

Herr Manrique (Ecuador), (spricht auf Spanisch) Auszug

... Obwohl Getreideexporte an sich keine Nahrungsmittelhilfe darstellen, spielen sie weiterhin eine wichtige Rolle bei der Linderung der Ernährungsunsicherheit und damit bei der globalen humanitären Lage. Die Umsetzung der Schwarzmeer-Getreide-Initiative hat Millionen von Menschen vor dem Hunger bewahrt (...)

Wie könnte die Resolution 2417 (2018) schlechter umgesetzt werden, in der der Rat vor fünf Jahren alle Parteien aufforderte, das ordnungsgemäße Funktionieren der Nahrungsmittelsysteme und -märkte in bewaffneten Konflikten sicherzustellen? Und wie könnte man die Entscheidung, die Getreideinitiative auszusetzen, schlechter begleiten als durch die Bombardierung der ukrainischen Hafenstädte und der Infrastruktur für die Getreideverladung, insbesondere in Odessa? Ganz zu schweigen davon, dass jegliche Bedrohung oder jeder Angriff auf zivile Schiffe im Schwarzen Meer nicht hinnehmbar wäre.

Ecuador betont, wie wichtig es ist, die Systeme der Lebensmittel- und Wasserversorgung zu respektieren, und erinnert an das bestehende Verbot, für das Überleben der Zivilbevölkerung unentbehrliche Objekte, einschließlich landwirtschaftlicher und agrarischer Güter, anzugreifen, zu zerstören, zu entfernen oder unbrauchbar zu machen. ...

Das offizielle Sicherheitsrat-Dokument von 21. Juli ist bei <https://documents.un.org/prod/ods.nsf/home.xsp> unter dem Aktenzeichen S/PV.9382 zu finden („N2321463.pdf“).

Eine von uns angefertigte DeepL-Rohübersetzung steht auf unserer Webseite <https://linkekritik.de/index.php?id=synopsen>, Englisch: N2321463.pdf, Deutsch: N2321463-a3-de.pdf.

Einigung zur Asbestrichtlinie!

ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Rat, Parlament und Kommission haben sich kurz vor Ende der schwedischen Ratspräsidentschaft auf die Revision der Arbeitsschutzrichtlinie Asbest geeinigt. Das Europaparlament hatte im Oktober 2022 einen legislativen Initiativbericht vorgelegt, der verschiedenste Aspekte der Asbestproblematik abdeckte, neben dem eigentlichen Arbeitsschutzbereich auch die Qualifizierung von Beschäftigten, bessere Unterstützung für Asbestopfer, die Anerkennung asbestbedingter Berufskrankheiten, einen europäischen Rahmen für nationale Asbestbeseitigungspläne, das Screening von Asbest und weitere Punkte (siehe auch PB 3/2021 und 6/2022). Die Kommission reagierte mit einem Richtlinienvorschlag, der lediglich eine Absenkung des Grenzwertes und Änderungen bei den Messverfahren vorsah. Das Parlament hat dann in seiner Reaktion fast alle seine alten Forderungen wieder vorgelegt. Nach drei Verhandlungsrunden war in den meisten Punkten wenig Annäherung erreicht, die Debatte um den Grenzwert war für alle Seiten zentral, aber beileibe nicht der einzige Punkt mit großen Divergenzen. Dann kam doch etwas überraschend die Einigung am 27. Juni. Aus der Parlamentsdelegation wird berichtet (verkürzte Zusammenfassung, noch keine schriftliche Fassung):

Definition von Asbest und Geltungsbereich: Alle Tätigkeiten, bei denen Arbeitnehmer im Rahmen ihrer Arbeit exponiert sind oder sein können. Erweiterung der Liste um Erionit. Bei passiver Exposition (etwa am Bürotisch in einem Asbest kontaminierten Gebäude) muss der Arbeitgeber eine umfassende Risikobewertung durchführen.

Methodik der Fasermessung und Arbeitsplatzgrenzwert: Absehbar wird nur noch Elektronenmikroskopie als Nachweisverfahren angewandt mit bis 2028 zu validierendem zweigleisigem System: entweder 10 000 Fasern pro Kubikmeter einschließlich dünner Fasern (französisches Messsystem) oder 2 000 Fasern pro Kubikmeter ohne dünne Fasern (Messsystem, dass in anderen Ländern genutzt wird – Orientierung an der Faserdefinition der WHO).

Entfernung und Entsorgung von asbesthaltigen Materialien hat Vorrang vor anderen Formen des Umgangs mit Asbest, aber kein generelles Verbot der Einkapselung.

Schutzmaßnahmen für Arbeitnehmer: Vor Beginn der Arbeiten müssen eventuelle Asbestbelastung durch den Arbeitgeber geklärt werden. Dekontamination von Räumlichkeiten und Beispi-

le für weitere Maßnahmen (z. B. Staubminimierung, Sedimentation). Bei sogenannter sporadischer und geringer Exposition, Streichung von Ausnahmen bezüglich der medizinischen Überwachung und deren Registrierung. Regelmäßige Probenahmen unter realistischen Bedingungen. Arbeitsunterbrechung bei Überschreitung des Grenzwertes und bei begründetem Verdacht auf Exposition.

Medizinische Überwachung / asbestbedingte Krankheiten: Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, ein Register aller ärztlich diagnostizierten asbestbedingten Berufskrankheiten zu führen, die Liste der einschlägigen Krankheiten soll erweitert werden.

Feuerwehreute: In Leitlinien soll die Kommission die Bedingungen für den Zugang von Einsatzkräften zu Informationen über das Vorhandensein von Asbest klären und festlegen, wie potenzielle Asbestexpositionen von Feuerwehreuten zu berücksichtigen sind.

Informationspflichten gegenüber Behörden: Erweiterte Liste von Elementen, die in der Meldung benötigt werden (z. B. Liste der Arbeitnehmer, die wahrscheinlich am Standort eingesetzt werden, Ausrüstung, medizinische Besuche ...)

Schulung der Beschäftigten: die Min-



Asbest: Thema des Arbeitsschutzmagazins des europäischen Gewerkschaftsinstituts.

destanforderungen an die Ausbildung sollen erweitert und detailliert beschrieben werden.

Asbestsanierungsunternehmen: Diese Unternehmen müssen vor Arbeitsaufnahme eine Genehmigung der zuständigen Behörden einholen und den Nachweis über sichere Arbeitsverfahren erbringen.

Schlussbestimmungen: Bei Wiederaufbaumaßnahmen in Drittländern (z. B. in der

Ukraine) müssen Arbeitgeber die Risiken einer Asbestexposition der Arbeitnehmer berücksichtigen. Weiter: Notwendigkeit von Investitionen in Forschung und Entwicklung (Abfalltechniken usw.).

Die Ergebnisse lesen sich in weiten Teilen wie die 2010 (!) von Seiten des Gewerkschaftsverbands der Holz- und Bauarbeiter (EFBH) in ihrer Asbestkampagne aufgelisteten Forderungen. Ihre Umsetzung wird äußerst komplex. Sollte sie weitgehend gelingen, wäre eine effektive Minimierung der hohen Asbesterkankungen (heute sind 70 000 bis 80 000 der insgesamt etwa 100 000 arbeitsbedingten Krebstoten in Europa Asbestopfer) möglich. Arbeitgeber und Präventionseinrichtungen sehen den 2 000er-Grenzwert als kaum umsetzbar an. Allerdings gilt dieser Grenzwert in den Niederlanden schon seit längerem und wird dort wohl auch (weitgehend) eingehalten.

Spanische Ratspräsidentschaft – Was kommt?

Eva Detscher, Karlsruhe. Am 1. Juli 2023 wird dem turnusmäßigen Wechsel folgend Spanien den Ratsvorsitz im Rat der Europäischen Union übernehmen. Im gleitenden Wechsel arbeiten die Mitgliedsstaaten in Dreiergruppen zusammen (aktuell Spanien, Belgien und Ungarn). Dort werden langfristige Ziele formuliert sowie Programm, Themen und Fragestellungen für einen Achtzehnmonatszeitraum vereinbart. Die jeweils anderen Mitglieder der Dreiergruppe „unterstützen den Vorsitz auf der Grundlage des Achtzehnmonatsprogramms des Rates bei all seinen Aufgaben“. (Beschluss 2009/908/EU) Dem spanischen Vorsitz folgt am 1.1.24 Belgien, dann übernimmt Ungarn. Ergebnis eines solchen Verfahrens ist die zu beobachtende Kontinuität und Unaufgeregtheit bei den halbjährlichen Vorsitzwechseln, als auch ein gegenseitiges Einhegen.

Das aktuelle Achtzehnmonatsprogramm: – Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der EU (Stärkung der industriellen Basis bei beschleunigtem

grünem und digitalem Wandel und mit Nutzung von Innovationen); – Übergänge fair, gerecht und integrativ (soziale Dimension Europas stärken, Bewältigung der demografischen Herausforderung); – Stärkung der internationalen Partnerschaften, der multilateralen Zusammenarbeit und der Sicherheit in all ihren Dimensionen sowie der Aufbau einer ehrgeizigen Handelspolitik bei gleichzeitiger selbstbewusster Verteidigung der EU-Interessen, Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung.

Spaniens Schwerpunkte (Pedro Sánchez, 15.6.): 1. Reindustrialisierung der EU und Gewährleistung ihrer offenen strategischen Autonomie. 2. Fortschritte beim grünen Übergang und bei der Umwelthanpassung (Strommarktreform, Energieeffizienzvorschriften). 3. Förderung von mehr sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit (Arbeitnehmerrechte in der EU, Reform der Schuldenregeln, EU-Haushalt). 4. Stärkung der europäischen Einigung.

Niemanden zurücklassen – Kohäsionspolitik 2021 bis 2027 und ff.

NORA SCHÜTTPELZ, BRÜSSEL*

Ein zentrales Verfassungsziel der EU ist die Verbesserung und zugleich Angleichung der Lebensverhältnisse in der ganzen Union. Klingt nicht nach der „neoliberalen EU“? Ist aber so: Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union sind fünf Artikel dem „wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt“ in den Mitgliedstaaten und Regionen der EU gewidmet (Artikel 174 bis 178), dem Ziel der so genannten Kohäsionspolitik. Auch wenn „Aufwärtskonvergenz“ nach Bürokratendeutsch klingt, dieses Ziel ist die Grundlage der Umverteilungspolitik der EU, die finanziell durch die EU-Strukturfonds unteretzt wird – immerhin mit 378 Milliarden Euro für die sieben Jahre 2021 bis 2027, d.h. etwa ein Drittel des gesamten EU-Haushalts. Ein Großteil davon wird von den Regionen in Abstimmung mit den Kommunen, Sozialpartnern, Wirtschaftsakteuren und Zivilgesellschaft verwaltet, und so soll es auch sein. Denn das sind die Orte, an denen Politik am konkretesten, am deutlichsten sichtbar und am direktesten für jeden gestaltbar und demokratisch kontrollierbar ist. Zugleich machen sich Krisen und Schuldenbremsen hier am deutlichsten bemerkbar, wenn leere Kassen öffentliche Investitionen wegbrechen lassen.

Öffentliche Investitionen sind Ausgaben des Staates bzw. der Regionen und Kommunen in Verkehrsinfrastruktur, ÖPNV, (sozialen) Wohnungsbau, Hochschulen, Schulen und Forschung, Umstieg auf klimafreundliche Technologien, digitale Netze, Gesundheitswesen, Altenpflege, Stromnetze, Sporteinrichtungen, Kultur, Stadt- und Dorfentwicklung oder touristische Infrastruktur. In der vergangenen Förderperiode 2014 bis 2020 machten Unterstützungszahlungen der EU fast 14 % der gesamten öffentlichen Investitionen in der EU aus. In den 15 Mitgliedstaaten, die weniger als 90 % der durchschnittlichen Wirtschaftskraft erwirtschaften konnten, steuerten die EU-Strukturfonds sogar über die Hälfte (52 %) der öffentlichen Investitionsmittel bei. Deutschland gehört nicht zu diesen 15, aber besonders Ostdeutschland würde heute ohne EU-Förderung längst nicht dastehen, wo es heute ist, da Umverteilung auch hierzulande nicht Politikziel Nummer 1 ist.

Dieser Aspekt bei den EU-Ausgaben ist durchaus beeindruckend. Doch der EU-Haushalt ist eben nur etwa ein Prozent des BIP der EU und die Kohäsionspolitik davon wiederum ein Drittel. Es müssen also Prioritäten gesetzt werden. Die Ge-

setzung dazu, welche Ziele und Maßnahmen in einem Siebenjahreszeitraum gefördert werden sollen, ist jeweils ein jahrelanger politischer Aushandlungsprozess im Europäischen Parlament und zwischen den EU-Institutionen Parlament, Rat und Kommission.

Auch ohne Corona, ohne ChatGPT, ohne Krieg gegen die Ukraine und Energie- und Rohstoffkrise war bereits in den Jahren der Verhandlungen über die 2021 begonnene Förderperiode klar: Der grüne und digitale Wandel sind Kernthemen, die wir angehen müssen. Aber es war 2017/18 nicht von Anfang an entschieden, ob weiterhin ein so hoher Anteil des EU-Haushalts in die Kohäsionspolitik gehen sollte – der deutsche EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger schlug 2017 zunächst ein Szenario mit über 30 % Kürzung bei der Regionalförderpolitik als Option vor. Auch war umstritten, ob die weniger entwickelten Regionen in den reicheren Staaten (wie der Osten Deutschlands) weiter davon profitieren sollten, ob neben erneuerbaren Energien nicht doch weiter massiv in den Ausbau von Gasinfrastruktur investiert werden sollte, wie stark Umwelt- und Klimaschutz gewichtet sein würden, ob und wie stark Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten unterstützt werden sollten, ob Großunternehmen oder vor allem KMU von den Fördermitteln profitieren sollten und vieles mehr. Dabei prallten konservativ-neoliberale Positionen mit Fokus auf globale Konkurrenzfähigkeit, Marktorientierung und Abschottung gegen linke und liberale Politikansätze von sozial und ökologisch nachhaltiger, inklusiver und auch gegenüber Nicht-EU-Staaten kooperativer Entwicklung. Am Ende stand ein Kompromiss.

Ein wichtiger Erfolg war, dass eine Formulierung deutlich abgeschwächt wurde, die es, verkürzt gesagt, zuließ, Verstöße gegen die EU-Schuldenbremse mit der Aussetzung von Strukturfondszahlungen zu sanktionieren. Zu den positiven Aspekten des Gesamtpakets zählt die Stärkung der sozialen Dimension, zum Beispiel in Bezug auf sozialen Wohnungsbau, auf die Integration von Migrant*innen und Geflüchteten sowie die Stärkung nachhaltiger Stadtentwicklung. Im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal sollen 30 % der Mittel aus dem größten Fördertopf, dem EFRE, für grüne Ziele bereitgestellt werden, Investitionen größtenteils sozial und ökologisch zukunftssicher gestaltet werden. Lob erhielt das Parlament auch für eine starke Orientierung auf Kreislaufwirtschaft und die Absage an veraltete Müllverbrennungstechniken. Der

neugeschaffene Just Transition Fonds für besonders vom dringend notwendigen Kohleausstieg betroffene Regionen ist in erster Linie ein Instrument, um die sozialen Auswirkungen des Übergangs zu einem grünen Europa auszubalancieren. Er soll zur Schaffung von guten, grünen Arbeitsplätzen beitragen, Start-ups, Universitäten und öffentlichen Forschungseinrichtungen wie auch Kleinstunternehmen unterstützen und auch das kulturelle Industrieerbe bewahren helfen.

Wie diese Regelungen sich nun in den 379 Programmen der verschiedenen Regionen in der EU nachlesen, zeigt eine erste Zusammenfassung in Zahlen und Diagrammen im „Arbeitsdokument der Kommission: Kohäsion 2021–2027: Eine immer stärkere Union schmieden“ vom Mai 2023¹. Neben vielen positiven Ausblicken ist zu sehen, dass durchaus weiter ein starkes Augenmerk auf marktrelevanten Kriterien wie Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsmarktzahlen liegt, aber eben auch darauf, „niemanden zurückzulassen“. Dieses „niemanden zurücklassen“ sollten wir alle noch viel ernst nehmen. Klimawandel findet statt. Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelt ist Realität. Frauen- und Minderheitenrechte dürfen nicht in Frage gestellt werden. Migrationsbewegungen haben immer zu Europa gehört – seine eigene kriegerische Geschichte ist dafür ganz wesentlich verantwortlich. Veränderungen und Krisen finden heute verstärkt gleichzeitig und in rascher Folge statt. Manchem und mancher ist das zu schnell, zu viel. Aus meiner Sicht ist das keine Entschuldigung, zum „old white man“, zum Realitätsverweigerer (auch in weiblicher Form) oder/und Unterstützer rechtsnationalistischer Rattenfänger zu werden. Es ist erst recht kein Grund für Linke, selbervorder Realität und notwendigen Veränderungen davonzulaufen. Aber es ist unsere Aufgabe, den Grundgedanken der Kohäsionspolitik als Solidaritätspolitik zu verteidigen und weiterzuentwickeln. „Niemanden zurücklassen“ sollte sich viel stärker durch alle Politikbereiche hindurchziehen und Teil umfassender Entwicklungsstrategien sein. Als Linke wollen wir sozial-ökologische Transformation unseres Wirtschaftens und gesellschaftlichen Zusammenlebens in der Union als oberste Priorität von EU-Investitionspolitik sehen.

* Nora Schüttpelz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro Martina Michels im Europäischen Parlament. Weiterer Artikel zum Thema: <https://www.dielinke-europa.eu/de/article/13573.niemanden-zur%C3%BCcklassen-koh%C3%A4sionspolitik-2021-2027-und-wie-geht-es-weiter.html>

¹ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2462

Refugee Support Aegean (RSA): Einigung EU-Rat ist ernste Bedrohung für das Recht auf Asyl

Die von den EU-Mitgliedstaaten am vergangenen Donnerstag, den 8. Juni, erzielte Einigung ebnet den Weg für sofortige Verhandlungen („Trilog“) mit dem Europäischen Parlament, dessen Positionen zu den Vorschlägen im März 2023 angenommen wurden. Ziel ist es, die seit 2016 anhängige Reform des europäischen Rechtsrahmens für Asyl abzuschließen. Das Mandat des Rates verschärft die Ungleichheiten zwischen den EU-Ländern beim Flüchtlingsschutz durch obligatorische Grenzverfahren, ein strengeres Zuständigkeitskriterium für das „Ersteinreiseland“ und äußerst komplexe Verfahren, die im Wesentlichen den Status quo als Solidaritätsformen festschreiben. Außerdem wird der Zugang zu internationalen Schutzverfahren durch eine Reihe von Bestimmungen, die das Grundrecht auf Asyl verletzen, in unzulässiger Weise eingeschränkt.

Das APR-Mandat schränkt die Möglichkeit ein, einen Asylantrag zu „stellen“, da es von den Flüchtlingen verlangt, dass sie ihre Absicht, Schutz zu erhalten, persönlich vor den benannten nationalen Behörden äußern. Personen, die einen Registrierungstermin vereinbart haben, werden daher bis zum Tag ihres persönlichen Erscheinens nicht als „Asylbewerber“ betrachtet, wie die griechische Regierung in direktem Widerspruch zur Rechtsprechung der nationalen Gerichte und des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) behauptet. Anträge, die mehr als sieben Arbeitstage nach einer früheren Rückkehrentscheidung gestellt werden, werden als unzulässig abgewiesen, wenn in der Zwischenzeit keine neuen Gründe aufgetreten sind. Dies hat Refugee Support Aegean (RSA) ist eine eingetragene gemeinnützige Organisation, die sich für die Rechte von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Griechenland einsetzt; <https://rsaegrean.org/en/a-dire-threat-to-the-right-to-asylum-eu-council/>

UNHCR und IOM drängen auf entschlossenes Handeln nach der jüngsten Tragödie im Mittelmeer

Das UNHCR, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, und die Internationale Organisation für Migration (IOM) drängen nach der jüngsten Tragödie im Mittelmeer, der schlimmsten seit mehreren Jahren, auf dringende und entschlossene Maßnahmen, um weitere Todesfälle auf See zu verhindern. Das Schiff befand sich Berichten zufolge seit dem Morgen des 13. Juni in Seenot. Die griechische Küstenwache kündigte am Morgen des 14. Juni eine groß angelegte Such- und Rettungsaktion nach dem Schiffunglück an.

Die Pflicht zur unverzüglichen Rettung von Personen in Seenot ist eine Grund-

besonders schwerwiegende Folgen für Asylbewerber in Griechenland, wo neu ankommende Personen systematisch von den Polizeibehörden abgeschoben oder zurückgeschickt werden, bevor ihr Asylantrag registriert wird.

Darüber hinaus hat der Rat eine breitere Definition des Begriffs „sicherer Drittstaat“ als Grund für die Ablehnung von Asylanträgen ohne inhaltliche Prüfung gebilligt, die von Griechenland unterstützt wird. Das vorgeschlagene Konzept birgt die unmittelbare Gefahr einer weiteren Ausweitung der willkürlichen Praxis, die Griechenland in den letzten sieben Jahren nach dem „giftigen“ EU-Türkei-Abkommen verfolgt hat. Der Rat erlaubt die Einstufung von Staaten als „sichere Drittstaaten“, die ihre eigenen Bürger verfolgen und Flüchtlingen keinen Rechtsstatus und keine vollen Rechte gewähren. Er hebt die Verpflichtung der Staaten auf, methodische Regeln für die Verwendung des Konzepts festzulegen, was im Widerspruch zur Rechtsprechung des EuGH steht, und geht davon aus, dass die Sicherheit von Drittstaaten durch ihre bloße Zusicherung, dass Migranten im Rahmen von Abkommen mit der EU „im Einklang mit den einschlägigen internationalen Standards“ behandelt werden, erfüllt ist.

Der Beginn der „Triloggespräche“ zwischen den EU-Mitgesetzgebern zeigt, dass es dringend notwendig ist, sich der vom Rat vorgeschlagenen Demontage des gemeinsamen Europäischen Asylsystems zu widersetzen und faire und wirksame Asylverfahren zu gewährleisten, die den Bedürftigen einen echten Zugang zum Schutz garantieren.

Der Beginn der „Triloggespräche“ zwischen den EU-Mitgesetzgebern zeigt, dass es dringend notwendig ist, sich der vom Rat vorgeschlagenen Demontage des gemeinsamen Europäischen Asylsystems zu widersetzen und faire und wirksame Asylverfahren zu gewährleisten, die den Bedürftigen einen echten Zugang zum Schutz garantieren.

regel des internationalen Seerechts. Sowohl Schiffskapitäne als auch Staaten sind verpflichtet, Personen in Seenot Hilfe zu leisten, unabhängig von ihrer Nationalität, ihrem Status oder ihren Umständen, auch auf seeuntüchtigen Schiffen, und unabhängig von den Absichten der Personen an Bord.

Alle Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Suche und Rettung ergriffen werden, müssen mit der Verpflichtung, den Verlust von Menschenleben auf See zu verhindern, vereinbar sein.

UNHCR und IOM begrüßen die in Griechenland angeordneten Ermittlungen zu den Umständen, die letztlich zum

Kentern des Schiffes und zum Verlust so vieler Menschenleben geführt haben. Sowohl der UNHCR als auch die IOM waren in enger Abstimmung mit den Behörden in Kalamata, Südgriechenland, vor Ort, um den Überlebenden Unterstützung und Hilfe zukommen zu lassen, u.a. in Form von Hilfsgütern, Hygienartikeln, Dolmetschern und Beratung für die traumatisierten Überlebenden nach der Tortur.

UNHCR und IOM weisen erneut darauf hin, dass die Suche und Rettung auf See ein rechtliches und humanitäres Gebot ist.

„Die EU muss Sicherheit und Solidarität in den Mittelpunkt ihres Handelns im Mittelmeer stellen. Angesichts der zunehmenden Flüchtlings- und Migrantenbewegungen im Mittelmeer sind kollektive Anstrengungen, einschließlich einer stärkeren Koordinierung zwischen allen Mittelmeerstaaten, Solidarität und gemeinsame Verantwortung, wie sie im EU-Pakt zu Migration und Asyl zum Ausdruck kommen, unerlässlich, um Leben zu retten. Dazu gehört auch die Einrichtung eines vereinbarten regionalen Ausschiffs- und Umverteilungsmechanismus für Menschen, die auf dem Seeweg ankommen, wofür wir uns weiterhin einsetzen“, sagte Gillian Triggs, stellvertretende UNHCR-Hochkommissarin für Schutz.

„Es ist klar, dass der derzeitige Ansatz für das Mittelmeer nicht funktionieren kann. Jahr für Jahr bleibt es die gefährlichste Migrationsroute der Welt mit der höchsten Sterblichkeitsrate. Die Staaten müssen sich zusammentun und die Defizite bei der proaktiven Suche und Rettung, der schnellen Ausschiffung und den sicheren regulären Wegen beheben. Diese kollektiven Bemühungen müssen die Menschenrechte der Migranten und die Rettung von Menschenleben in den Mittelpunkt aller Maßnahmen stellen“, sagte Federico Soda, Direktor der IOM-Notfallabteilung.

<https://www.acnur.org/es-es/noticias/comunicados-de-prensa/acnur-y-iom-instan-una-accion-decisiva-tras-la-ultima-tragedia-en-el>

amnesty: Für legale Zugangswege nach Europa

Bei einem Schiffbruch vor der Küste Griechenlands starben am frühen Mittwochmorgen mindestens 79 Menschen. 567 Personen werden noch vermisst, darunter offenbar 100 Kinder. Es muss dringend eine unabhängige Untersuchung eingeleitet werden, um die Umstände des

Vorfalles zu klären. Adriana Tidona, Expertin für Migration bei Amnesty International, kommentierte den Schiffbruch folgendermaßen:

„Hier handelt es sich um einen Schiffbruch unvorstellbaren Ausmaßes. Diese Toten waren vermeidbar. Wir fordern dringend eine gründliche, unabhängige und unparteiische Untersuchung der Ursachen des Vorfalles, sowie das Bereitstellen von Hilfe und Unterstützung für die Überlebenden. Viele Fragen sind offen. Warum wurde der Such- und Rettungseinsatz nicht früher eingeleitet? Wieso ist www.amnesty.de/informieren/aktuell/griechenland-schiffsunglueck-legale-zugangswege-nach-europa-notwendig

sea-watch.org: Offener Brief von über 180 Menschenrechtsorganisationen und Initiativen

<https://sea-watch.org/bis-zu-600-menschen-ertrinken-vor-pylos-griechenland-nur-wenige-tage-nachdem-sich-eu-innenministerinnen-auf-eine-weitere-aushoehlung-des-asylrechts-einigen/>

Heute, am Weltgeflüchtetenstag, fordern wir gemeinsam eine vollständige und unabhängige Untersuchung der Ereignisse, klare Konsequenzen für die Verantwortlichen, ein Ende der systematischen Pushback-Praktiken an den europäischen Grenzen und Gerechtigkeit für die Opfer. Bis heute bleiben unzählige Fragen unbeantwortet. Nach Aussagen der Überlebenden schleppte die griechische Küstenwache das Boot ab und brachte es zum Kentern. Warum wurde dieses gefährliche Manöver überhaupt versucht? Hat die griechische Küstenwache das Boot in Richtung Italien geschleppt, um die Menschen in die italienische oder maltesische Verantwortung abzuschieben? Warum haben weder die griechische Küstenwache noch die italienischen oder maltesischen Behörden früher eingegriffen, obwohl sie mindestens 12 Stunden zuvor alarmiert worden waren?

(...) Aus diesem Grund fordern wir ein sofortiges Ende der (systemischen) Grenzgewalt. Wir fordern:

1. dass sowohl die griechische als auch europäische Regierungen und Institutionen sicherstellen, dass lückenlose, gründliche und unabhängige Untersuchungen zu den Ereignissen durchgeführt werden.
2. dass die griechische Regierung die

das Boot gekentert? Transparenz, Wahrheit und Gerechtigkeit müssen sichergestellt werden – für die Überlebenden und ihre Familien sowie für diejenigen, die ums Leben gekommen sind. Während die Welt darauf wartet, dass die Überlebenden die Möglichkeit erhalten, ihre Version des Vorfalles darzulegen, ist Amnesty International besorgt über die mangelnde Klarheit der Angaben griechischer Behörden.

Es muss dringend eine Untersuchung eingeleitet werden, um die Umstände des Vorfalles zu klären.

Überlebenden des Schiffbruchs von Pylos unverzüglich aus den (halb-)geschlossenen Einrichtungen entlässt und ihnen stattdessen eine menschenwürdige Unterbringung und jede Art von Unterstützung gewährt, die sie benötigen – z.B. unabhängige Rechtsberatung, psychologische Unterstützung und die Möglichkeit, mit Familie und Freund:innen zu kommunizieren. Außerdem stehen wir für die Freilassung der 9 verhafteten Männer ein. Wir verurteilen die Kriminalisierung von Menschen auf der Flucht, die für illegalisierte Einreisen und Todesfälle auf See verantwortlich gemacht werden. Diese Anschuldigungen dienen dazu, die verantwortlichen staatlichen Akteur:innen zu entlasten.

3. alle europäischen Außengrenzstaaten auf, das Verzögern von Rettungen nicht als Waffe einzusetzen. Darüber hinaus fordern wir unabhängige Untersuchungen und konsequente Maßnahmen der Europäischen Kommission gegen die systematische Pushback-Praxis und unterlassene Hilfeleistung auf See und an Land durch europäische Mitgliedsstaaten – wie sie in den letzten Jahren von Organisationen und Aktivist:innen umfassend aufgezeigt wurde.

4. die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf, sichere und legale Fluchtrouten nach Europa zu schaffen, da dies die einzige Lösung ist, um weitere Tote auf See zu verhindern. Die GEAS-Reform, die das Recht auf Asyl in der Europäischen Union weiter aushöhlt, darf nicht Gesetz werden.

Außerdem fordern wir die Schaffung eines längst überfälligen staatlichen europäischen Seenotrettungsprogramms.

Was heißt hier sicher?

PRO ASYL kritisiert den Beschluss der Innenminister*innenkonferenz vom 15. Juni 2023, die Liste der sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ um sieben weitere Länder zu erweitern, scharf.

„Zur Entlastung der Kommunen zählt ebenso die Liste der sicheren Herkunftsstaaten, die erweitert und künftig fortwährend überprüft werden muss. Die Innenministerkonferenz hat sich daher dafür ausgesprochen, dass Georgien, Armenien, Moldau, Indien und die Maghreb-Staaten seitens des Bundesinnenministeriums als sichere Herkunftsländer eingestuft werden.“ Die aktuellen Beschlüsse gehen sogar noch weiter: Hier soll nun, laut der Pressemitteilung des Berliner Innensenats, das Bundesinnenministerium die Einstufung der neuen „sicheren Herkunftsländer“ vornehmen. Hierfür gibt es keine rechtliche Grundlage und so kann dies nur als Verbreitung politischer Stimmungsmache verstanden werden. Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Urteil von 1996 festgelegt, dass der Gesetzgeber bei der Einstufung eines Landes zum „sicheren Herkunftsstaat“ die Rechtslage, die Rechtsanwendung und die allgemeinen politischen Verhältnisse in diesem Staat untersuchen muss. Die Einstufung als „sichere Herkunftsstaaten“ erfordert, dass in jenem Staat eine gewisse Stabilität und hinreichende Kontinuität der Verhältnisse bereits eingetreten ist und deshalb weder Verfolgungshandlungen noch unmenschliche und erniedrigende Behandlung oder Bestrafung stattfinden. Der Gesetzgeber ist zudem verpflichtet, eine gründliche antizipierte Tatsachen- und Beweiswürdigung der verfügbaren Quellen vorzunehmen, wenn er einen Staat als sicher listen wolle. Das Konzept der „sicheren Herkunftsstaaten“ ist allerdings bereits im Kern unvereinbar mit dem individuellen Recht auf Asyl. Denn in einem Asylverfahren müssen die Antragsstellenden die eigene individuelle politische Verfolgung darlegen, sollten aber nicht darüber hinaus eine gesetzlich festgeschriebene Vermutung über das Herkunftsland widerlegen müssen. Pro Asyl fordert Bundestag und Bundesrat auf, keine weiteren Herkunftsstaaten als vermeintlich „sicher“ einzustufen und damit tatsächlich gefährdeten Menschen in diesen Staaten das Recht auf Schutz zu verweigern. Insbesondere sollten die gesetzgebenden Organe nicht hinnehmen, dass – wie in der Berliner Pressemitteilung zur Innenminister*innenkonferenz dargestellt – das Bundesinnenministerium über eine solche schwerwiegende Einstufung entscheidet, anstelle wie im Grundgesetz in Art. 16 a vorgesehen der Bundestag und Bundesrat.

<https://www.proasyl.de/news/was-heisst-hier-sicher-wie-die-innenministerinnen-gefluechtete-entrechteten-wollen/>



<https://sea-watch.org/spenden/foerdermitglied>

15% der Wahlberechtigten bringen CDU-Oberbürgermeister ins Amt, darunter viele aus der AfD

THOMAS TRÜPER, MANNHEIM

Mannheim hat am 9.7.23 erstmals seit Kriegsende ein CDU-Mitglied zum Oberbürgermeister gewählt. Damit wird Mannheim künftig – wie schon Stuttgart – „schwarz regiert“. Der bisherige Amtsinhaber Peter Kurz (SPD) war nach 16 Jahren kein drittes Mal angetreten, und so wurde die Wahl spannend. Die CDU stellte den seit 18 Jahren amtierenden Kämmerer Christian Specht (CDU) auf („Kompetenz und Erfahrung“), die SPD ihren Fraktionsvorsitzenden Thorsten Riehle, einen Kulturunternehmer mit neun Jahren Gemeinderatserfahrung. – Bei einer Wahlbeteiligung von 32,22% (2015: 30,1%) errang Specht 45,64% der Stimmen. Er war von der FDP und den Freien Wählern (Mannheimer Liste) öffentlich unterstützt worden. Riehle lag mit 30,24% unter den Erwartungen. Mit 13,80% fast schon abgeschlagen war der Kandidat der Grünen, die seit 2019 die stärkste Fraktion im Gemeinderat stellen. Die gemeinsame Kandidatin der Linken, der Tierschutzpartei und der Klimaliste (letzte nicht im Gemeinderat vertreten), Isabell Belser, erzielte 4,98%.

Da keiner der Bewerber die absolute Mehrheit erreichte, kam es zu einer „Neuwahl“ (Stichwahl), bei der in Baden-Württemberg kein*e Kandidat*in ausgeschlossen ist. Allerdings verzichteten 5 der 8 Kandidierenden der ersten Runde auf eine erneute Kandidatur. Es blieben Specht, Riehle und ein 1%-Kandidat übrig. Es gab Gespräche zwischen den Grünen und SPD, an deren Ende eine wenig überraschende „Vereinbarung“ über künftige Schwerpunkte der Kommunalpolitik in Mannheim im Falle der Wahl Riehles stand. Die Grünen empfahlen daraufhin die Wahl Riehles. Die Linke tat sich schwerer. Sie rief auf, Specht nicht zu wählen, auch nicht den dritten Kandidaten, aber auf jeden Fall wählen zu gehen. Zu einer Wahlempfehlung für Riehle konnte sie sich zusammen mit ihren Wahlbündnispartnern nicht durchringen. Es gab zwar Gespräche mit der SPD auf Basis von fünf Forderungen (z.B. Erhöhung der „Sozialquote“ bei Neubauvorhaben von 30 auf 50%), die aber von der SPD nur mit wohlwollender Unverbindlichkeit quittiert wurden.

Der Wahlkampf vor der ersten Runde war gezeichnet von inhaltsarmen Stichwörtern wie mehr Kita-Plätze, mehr Klimaschutz, Verkehrsentlastung für die City, mehr Wohnungen – Schlagworte, die keiner der Kandidierenden nicht im Munde führte – das Wie und mit welchen Finanzmitteln blieb aber unbesprochen. Specht und Riehle sprachen beide davon, es gehe hier nicht um „Lagerwahlkampf“; Riehle versuchte sehr deutlich „die Mitte“ anzusprechen. So ging es am 9.7. in die Neuwahl. Rein theoretisch hätte der Mitte-Links-Block um Riehle mit zusammen 49,02% Chancen gehabt, die vereinte Rechte von Specht zu schlagen,

insbesondere wenn eine Mobilisierung von bisherigen Nichtwählenden gelungen wäre. Man konnte davon ausgehen, dass das rechte Lager bereits auf dem Höhepunkt seiner Mobilisierungsmöglichkeiten angekommen war. Denn die Aussicht, endlich einen rechten Oberbürgermeister bekommen und der grün-rot-roten Mehrheit im Gemeinderat einen erheblichen Dämpfer verpassen zu können, hatte wohl noch den letzten rechten Wähler auf die Beine gebracht. In den Stimmbezirken, in denen Mitte-Links stark ist, war die Wahlbeteiligung schwach bis sehr schwach (im Arbeiterviertel Waldhof West ganze 6,06%), und somit noch Potenzial zu heben.

Tatsächlich errang Riehle in der Stichwahl 48,89%, Specht jedoch 49,89%. Die Wahlbeteiligung betrug nur noch 30,88%. Riehle fehlten 860 Stimmen, um die Wahl für sich zu entscheiden.

Die Presse rätselte schon beim ersten Wahlgang, wie es Specht gelungen war, in den ehemals „roten Hochburgen“ Waldhof und Schönau bis fast 59% zu erreichen. Hierfür sind jedoch zwei Faktoren zu erkennen:

1. Genau diese beiden Stadtteile wiesen bei der Gemeinderatswahl 2019 die Spitzenwerte von 20,58% bzw. 15,31% für die AfD auf. Aus der öffentlichen Wahrnehmung war die AfD bei der jetzigen OB-Wahl vollkommen verschwunden. Denn sie hatte auf eine eigene Kandidatur verzichtet. Sie brauchte ihren Wähler*innen nicht zu verkünden, dass mit Stimmen für Specht der „grün-rote Siff“ gute Chancen hat, die Mehrheit zum „Diktat“ zu verlieren. Und die CDU brauchte sich zur AfD kein bisschen zu äußern, sie musste nur auf deren Stimmen warten. Solche Überlegungen spielten am 3.6. beim Weißwurstfrühstück mit Friedrich Merz, als dieser zur Wahlkampfunterstützung für Specht kam, mit Sicherheit eine Rolle, ganz im Sinne von Merz' jüngsten AfD-Kooperationsaussichten.

2. Während des OB-Wahlkampfes stand ein weißer Elefant im Raum: Das Heizungsgesetz. Es ist auffällig, dass Specht in Stadtteilen gut punkten konnte, die weder Fern- noch Nahwärmeanschlüsse haben (40% der Haushalte), z.T. mit großen Siedlergebieten der 1920er-Jahre, in denen die Eigentümer*innen sicher kaum etwas mehr diskutierten als die möglichen Umrüstkosten. Da sind die Merz-CDU und die AfD die besten Schutzheiligen ...

Im Mai nächsten Jahres stehen in Mannheim die Gemeinderatswahlen an. Beim gegenwärtigen Zustand der Parteien des Mitte-Linksblocks auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ist mit einer erneuten Mehrheit von 28 zu 20 rechten Stimmen nicht so ohne Weiteres zu rechnen.

„Bürger zweiter Klasse“

BRUNO ROCKER, BERLIN

Im Zuge der Aufarbeitung der Wahlerfolge der AfD in ostdeutschen Kommunen erschien am Samstag, den 8. Juli in der FAZ ein Kommentar von Stefan Locke unter dem Titel: „Bürger zweiter Klasse?“ Darin heißt es u.a.: Bosch etwa zahlt Mitarbeitern 3000 Euro Inflationsausgleich – aber nur im Westen, die 500 Dresdner Beschäftigten gehen leer aus.“ Warum ist so eine Ungleichbehandlung möglich? Wo liegen die Gründe? Dazu einige Anmerkungen.

Der Tarifvertrag der IG Metall für den Tarifbezirk Berlin-Ost, Brandenburg und Sachsen vom Herbst 2022 sieht wie in allen anderen Tarifbezirken auch neben den Tarifierhöhungen auch einen Inflationsausgleich in Höhe von 3000 Euro (netto) vor. Das Problem bei Bosch ist die fehlende Tarifbindung. Bosch in Dresden ist, wie viele ostdeutsche Standorte insbesondere in der IT-Branche, nicht tarifgebunden. Die IG Metall hat in Ostdeutschland tatsächlich nur in der Automobilindustrie und bei den entsprechenden Zulieferern die Tarifbindung durchsetzen können. Die Mitgliederzahlen ansonsten sind zu schwach. Die Vorstände renommierter Unternehmen halten zwar gerne „Sonntagsreden“ über den Aufbau „Ost“, nehmen aber Extraprofite aufgrund fehlender

Tarifbindung erneut rückläufig

Laut Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg haben im vergangenen Jahr nur noch 43 Prozent der westdeutschen und 33 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten in Betrieben mit Branchentarifvertrag gearbeitet. Bundesweit lag der Durchschnitt bei 41 Prozent, das sind fast 20 Prozent weniger als im Jahre 2000. Hinzu kommen zwar noch etwa 10 Prozent aus Betrieben mit Firmentarifvertrag. Das ändert den Trend jedoch nicht, der in der öffentlichen Diskussion sowohl auf den Strukturwandel in der Wirtschaft als auch auf aktive „Tarifflucht“ der Arbeitgeber zurückgeführt wird. Auch die betriebliche Mitbestimmung durch Betriebs- und Personalräte ist in Ost- wie in Westdeutschland seit Jahren tendenziell rückläufig. Gut 40 Prozent aller Beschäftigten arbeiteten in Betrieben, die weder tarifgebunden sind, noch über eine gesetzlich verankerte betriebliche Mitbestimmung verfügen.

Der Instituts-Forscher Christian Hohendanner weist in der gleichen Presseinformation des Instituts darauf hin, dass Betriebe mit Betriebsrat sich im Durchschnitt durch eine höhere Produktivität und weniger Personalfuktuation auszeichnen. Sie böten zudem höhere Löhne sowie mehr Arbeitszeitflexibilität.

Tarifbindung gerne mit. Das betrifft u. a. die Chip-Industrie in Dresden. Es gibt allerdings auch noch andere Gründe für Ungleichheit:

Ostdeutsche Arbeitnehmer sind in ihrer Haltung seit „Treuhand-Zeiten“ nach wie vor skeptisch gegenüber den „westdeutschen“ Gewerkschaften eingestellt, selbst in der Automobilindustrie. So bewegen

sich die Mitgliederzahlen bei Tesla in Brandenburg nahe Berlin wohl eher im dreistelligen Bereich, während die Beschäftigtenzahlen im fünfstelligen Bereich liegen. Die Faustformel der Tarif-Experten der IG Metall lautet: Du brauchst 50 Prozent Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb und die Belegschaft wird handlungsfähig. Dann entfällt das kollektive Betteln.

Köln: Linke setzt Akzente beim Hochhauskonzept

MICHAEL WEISENSTEIN, AUS PLATZJABBECK 3/23

In Köln wird es ein neues Konzept zu Hochhäusern geben. Der Hochhausbau im linksrheinischen Bereich bis zum Militärring und rechtsrheinisch bis zum Grüngürtel soll geregelt werden. Die Linke sieht das kritisch. Hochhäuser verursachen oft mehr Schwierigkeiten als sie Probleme lösen:

In NRW ist es nicht möglich, Sozialwohnungen in Hochhäusern zu bauen. Aber gerade die fehlen. Die erforderlichen großen Abstände zum nächsten Gebäude machen das Hochhaus ineffektiv. Sechs- bis siebengeschossige Bebauung ist am besten geeignet, möglichst viele Wohnungen auf möglichst wenig Fläche unterzubringen.

Das Umfeld des Hochhauses ist auf Straßenniveau oft sehr unwirtlich. Auch gute Architektur verhindert die negativen Auswirkungen des Hochhauses auf das Umfeld nicht. Denn die vermeintlich gute Architektur lässt sich in der Regel kaum von unten sehen. Das ist der Vogelperspektive vorbehalten. Es gibt beim Hochhaus hohe Anforderungen an die Statik und den Brandschutz. Das bedeu-

tet, es ist überproportional viel Beton und Stahl erforderlich. Somit ist die Klimabilanz schlecht. Nur selten gibt es Hochhäuser, die teilweise aus Holz gebaut sind.

Diesen Argumenten ist der Stadtentwicklungsausschuss teilweise gefolgt: In der linksrheinischen Innenstadt soll auch künftig nicht höher als 22,5 Meter gebaut werden. Soll ein Hochhaus außerhalb der linksrheinischen Innenstadt gebaut werden, welches 30 Prozent oder mehr über die Nachbarschaft hinausragt und maximal 40 Meter hoch ist, müssen Kriterien erfüllt werden, die noch genauer zu definieren sind. Über 40 Meter müssen weitere Kriterien erfüllt werden, auch die Auswirkungen auf das gesamtstädtische Bild und die Bedürfnisse der Stadt müssen mit abgewogen werden.

Paris: Höhe von Neubauten auf 37 Meter oder zwölf Stockwerke begrenzt

MARTIN FOCHLER, MÜNCHEN

6. Juni 2023. Auf der englischsprachigen Plattform www.dezeen.com berichtet die Architekturredakteurin Lizzie Crook: „Paris hat nach dem umstrittenen Bau des vom Schweizer Büro Herzog & de Meuron entworfenen Turms Tour Triangle wieder eine Höhenbegrenzung für neue Gebäude in der Stadt eingeführt.“

Die gestern angekündigte Höhenbegrenzung wird Neubauten in der französischen Hauptstadt auf eine Höhe von 37 Metern oder zwölf Stockwerken begrenzen ...“¹

14. Juni 2023. de.euronews.com bringt eine eigene Übersetzung eines Beitrags von Saskia O'Donoghue: „... Obwohl Pa-

ris eines der berühmtesten hohen Gebäude der Welt beherbergt – den Eiffelturm, was sonst? – hat die Stadt lange dafür gekämpft, eine Stadt mit niedrigen Gebäuden zu bleiben. Mit der Verabschiedung eines neuen ‚Plan Local d'Urbanisme‘ (PLU) in diesem Monat, der nach Ansicht der Befürworter eine umweltfreundlichere Bauweise fördern soll, könnte die Stadt des Lichts dieses Ziel erreicht haben. Der PLU trat in Kraft, nachdem der Pariser Stadtrat dafür gestimmt hatte, die Höhe neuer Gebäude auf 12 Stockwerke – oder etwa 37 Meter – zu begrenzen.“²

Obwohl das Thema Hochhaus in vielen Städten der BRD strittig ist, findet die Nachricht nicht in die breite Öffentlichkeit. Dabei handelt es sich um das Ergebnis eines 2020 gestarteten, breit angelegten Willensbildungsprozesses:

www.paris.fr:

„2020 startete die Commune von Paris eine „Bürgermobilisierung“ zur Überarbeitung des ‚Plan Local d'Urbanisme‘ (PLU), mit dem in Frankreich Regeln für die Flächennutzung auf dem Gebiet einer Stadt oder einer Interkommunalität für einen Zeithorizont von 10 bis 15 Jahren festgelegt werden“ ... „Die im Jahr 2020 begonnene Bürgermobilisierung umfasste insbesondere:

- 53 138 Vorschläge aus den Phasen der Konzentrierungen
- Fast 8 000 Mitwirkende
- 30 Monate Arbeit am Revisionsverfahren
- 51 öffentliche Sitzungen
- 233 Termine für die Beteiligung
- Fast 140 organisierte Workshops und Sondierungsspaziergänge
- Mehr als 600 Akteurshefte von 161 Mitwirkenden: Fachleute, Vereine, Stadtteilräte und Privatpersonen.“³

Die 37-Meter-Grenze entstand in diesem Prozess, der Erfahrungen der Stadtgesellschaft Erfahrungen mit Hochbauten verarbeitet.

Während die Kommune von Paris im Juni 2023 aus Fehlentwicklungen der vergangenen Jahrzehnte zieht, entschließt sich der Münchner Stadtrat im selben Monat, derartige Fehler zum System zu erheben und eine bauliche Gliederung der Stadt durch sogenannte Hochpunkte anzusteuern. – Lediglich die Fraktionen der Linken und der München Liste /ödp stimmten dagegen. – Es ist gut möglich, dass der Plan Local d'Urbanisme bioclimatique de Paris (Lokaler bioklimatischer Stadtplan von Paris) einen Trend setzt, und es ist schade, dass sich in den großen Medien auch bei intensiver Nachsuche dazu nichts findet. Auch die *Politischen Berichte* wurden erst durch eine Mitteilung der Münchner Initiative Hochhausstopp, die diese Debatte von europäischem Rang zeitnahe registriert hat, aufmerksam gemacht.



Links: Der Tour de Montparnasse wurde 1973 fertiggestellt, das Bauwerk löste 1977 eine erste Höhenbegrenzung aus, die 2010 wieder aufgehoben wurde.⁴ Rechts: Der heftig umstrittene Bau des Wolkenkratzer Tour Triangle von Herzog & de Meuron kann durch die jetzige Beschlussfassung nicht mehr gestoppt werden, sie bezieht sich auf neue Bauten.⁵

(1) Lixzi Crook, Paris setzt Wolkenkratzerverbot nach Gegenreaktion des Tour-Dreiecks wieder in Kraft, www.dezeen.com/2023/06/06/paris-skyscraper-ban/ (2) Saskia O'Donoghue, de.euronews.com/kultur/2023/06/14/paris-sagt-non-zu-hohen-gebauten-aber-was-steckt-hinter-dem-verbot (3) www.paris.fr/pages/la-revision-du-plan-local-d-urbanisme-plu-17018#mieux-comprendre-les-enjeux-de-la-revision-du-plu (4) Bildzitat: dematads-mod. paris.fr/public/20201201_Livre%20PLU_internet_bp.pdf, S.81, 82 (5) www.dezeen.com/2019/05/22/tour-triangle-paris-skyscraper-herzog-de-meuron/ (6) hochhausstop.de/aktuelles/

Bremens Koalitionsvertrag: „Veränderung gestalten: sicher, sozial, ökologisch, zukunftsfest“

Quelle: https://www.dielinke-bremen.de/fileadmin/2022/Landesverband/2023/Wahlen_2023/Koalitionsvertrag_2023_11.pdf

Redaktionelle Vorbemerkung zur Dokumentation. Martin Fochler, Thorsten Jannoff. In unserer letzten Ausgabe (8. Juni) konnten wir berichten, dass die Parteigremien von SPD, Grünen und Linken mit sehr klaren Mehrheiten der Aufnahme von Koalitionsgesprächen zugestimmt hatten. Schon Ende Juni lag eine Koalitionsvereinbarung vor, die von Landesparteitagen der drei Parteien akzeptiert wurde. Am 5. Juli wählte die Bürgerschaft die Senatorinnen und Senatoren, die die Landesregierung bilden. Trotz der Rechtsverschiebung der politischen Stimmung, die wir bundesweit sehen, kam es nicht zu einem CDU/SPD Bündnis, sondern zur Fortsetzung der Bremer Mitte-Links-Koalition. Wie lässt sich das erklären?

Mit der Aussage „Wir machen einen positiven Wahlkampf“ (ausführlich siehe PB 3/2022) – versuchte z.B. die Linke, greifbare Problemlösungen ins Zentrum der Debatte zu rücken. Die Wählerschaft sollte wissen, was von einer nächsten Mitte-Links Koalition konkret zu erwarten wäre. Dieser Stil prägt auch die Koalitionsvereinbarung; Umfang: 8.146 nummerierte Zeilen auf 169 Seiten, gestaltet als lange Liste von Darstellungen spezifischer Problemlagen dieses Bundeslandes aus zwei Städten. Zu jedem Bereich werden konkrete Maßnahmen angekündigt.

EXKURS: So wie die Wahlprogramme der Parteien haben auch Koalitionsvereinbarungen den Ruf des Unnützen. (Kein Mensch liest das!) Politisch wirksam sind sie trotzdem. Ganz kurz: Was eine Partei nicht in ihr Wahlprogramm geschrieben hat, wird sie in Koalitionsverhandlungen nicht vorbringen können. Was nicht in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben ist, werden die Ministerien nicht in Gang setzen. Nachträgliche Initiativen zur Erweiterung der Koalitionsvorhaben stellen den Koalitionskonsens in Frage. Die sachliche Qualität der Vereinbarung muss sich vor der Fachbeamtenschaft beweisen, die jede Regierung vorfindet. Wird Unmögliches oder Widersprüchliches verlangt,

wird die gewählte Regierung zum Gespött, zuerst der Bürokratie und dann der Medien und am Ende der Leute.

Die Bremer Koalitionsvereinbarung, die ungefähr 290 Sachpunkte mit durchschnittlich ca. fünf Lösungsansätzen auflistet, kann nicht als fesselnde Erzählung gelesen werden. Aber diese Struktur erleichtert die demokratische Kontrolle des Regierens. Versäumnisse und auch Fehlwirkungen können durch Parlament, Parteien, Öffentlichkeit und Betroffene in die politischen Diskurse gezogen werden, eine öffentliche Meinung für oder auch gegen bestimmte Vorhaben wirkt sich aus auf das Regierungshandeln, und für die Parteien ergibt sich eine Stoffsammlung fürs nächste Wahlprogramm. Dieses Prüfprogramm muss die Vereinbarung der Mitte-Links Koalition aushalten.

Um einen Eindruck von Struktur und Zielsetzungen des Bremer Koalitionsvertrags zu geben, dokumentieren wir das Inhaltsverzeichnis sowie Auszüge des Abschnitts „Unsere zentralen Botschaften“. Wir geben alle 18 wieder und zu fünf Punkten auch die Maßnahmen zur Problembearbeitung. (Wir dokumentieren aus der Kurzfassung (S. 5 bis 12), auf den

Seiten 13 bis 169 werden die Punkte noch sehr viel detaillierter angesprochen).

Jedoch erlaubt schon dieser reduzierte Blick aufs Material die Vermutung, dass diese „Mitte-Links-Regierung“ auf Landesebene funktionieren kann, weil die Regierungsarbeit transparent gemacht wird.

Als Musterbuch linker Politik wäre die Koalitionsvereinbarung des Stadtstaates fehlinterpretiert. Übergreifend interessant ist der Ansatz, großartige Rahmenungen zu vermeiden und die einzelnen Vorhaben für sich sprechen zu lassen.

Wie kann eine solche kleinteilig-langwierige Liste eine politische Richtung bezeichnen wie z.B. „Mitte-Links“? Versuchen wir es mit einem Rückgriff auf die Arbeiten Pierre Bourdieus. Das „System der materiellen Daseinsbedingungen“, von dem die öffentliche Dienste und Leistungen ein großes Teil ausmachen, tritt den Leuten als „strukturierende Struktur“ gegenüber, es begegnet den Leuten im Alltag und bei der Lebensplanung; als System von Hürden und Zäunen zwecks Privilegiensicherung oder als System von Wege und Brücken zur freierer, emanzipierter Lebensgestaltung. Die Richtung zeigt sich in jedem Einzelfall, und das trägt das Gesamtbild: Mitte-Links.

Die Methodestrenger Sachlichkeit dient auch der politischen Emanzipation, sie macht das staatliche Handeln für die Einzelnen und ihre Organisation greifbar und angreifbar, das ist schon ein demokratisches Gegenbild zum Trend der autoritären Ermächtigung.



Koalitionsvertrag, Inhaltsverzeichnis:

Präambel	3	Verbraucher*innen-schutz	123
Unsere Schwerpunkte	5	Sozialer Zusammenhalt	124
Wirtschaft	14	Jugend und Familie	128
Arbeit	25	Senior*innen	131
Häfen	32	Flucht, Migration, Integration und Partizipation	134
Gleichstellung	38	Inneres	138
Klimaschutz und Umweltschutz	42	Justiz und Verfassung	144
Frühkindliche Bildung und Kindertagesbetreuung	51	Sport	146
Bildung	59	Bürgerbeteiligung, Beiräte, Demokratie	150
Wissenschaft	71	Bund, Europa und Internationales	152
Kultur	82	Einfache, effiziente und digitale Verwaltung	154
Medien	88	Digitale Stadtgesellschaften	158
Kirchen und Religionsgemeinschaften	90	Finanzen u. Personal	162
Bau, Wohnen, Stadtentwicklung	91	Zusammenarbeit der Koalitionspartner	167
Innenstadt	98	Ressortverteilung	169
Hauptbahnhof	103		
Verkehr	104		
Gesundheit	111		
Pflege	120		

Koalitionsvertrag, Abschnitt „Unsere zentralen Botschaften“ (Auszug)

Gute Arbeit in einer sich verändernden Wirtschaft

Die digitale und ökologische Transformation unserer Wirtschaft sozial gerecht gestalten. Wirtschaft und Arbeitswelt befinden sich weltweit in einem umfassenden strukturellen Wandel. Klimaschutz, instabile und sich verändernde Lieferketten, Digitalisierung, neue Arbeitsorganisation und Fachkräftemangel betreffen auch Bremen und Bremerhaven. Wir werden die klimaneutrale und digitale Transformation unserer Wirtschaft sozial gerecht gestalten. Dafür werden wir intensiv mit Unternehmen und Beschäftigten zusammenarbeiten, um notwendige Innovationen sowie Gründungsgeschehen zu fördern und so das Land Bremen als starken Wirtschaftsstandort zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Die Koalition wird deshalb unter anderem:

- den notwendigen Beitrag Bremens zur Umstellung der Stahlproduktion auf Wasserstoff leisten,

die Rolle und Sichtbarkeit Bremens im Bereich der Luft- und Raumfahrt sowie den Automobilstandort mit regionalen Ansätzen beispielsweise in der E-Mobilität unterstützen.

- Den Gewerbeentwicklungsprogramm 2030 umsetzen, Gewerbeflächen entwickeln und kurzfristig ein Gewerbeflächensofortprogramm auf den Weg bringen.
- die HANSE KITCHEN zu einem Food Hub in Land Bremen mit bundesweiter Sichtbarkeit weiterentwickeln und jungen Gründer*innen Raum und Ressourcen bieten.
- den Aus- und Weiterbildungscampus für Transformation und Innovation realisieren und die Wirtschaftsförderung Bremen zu einem Transformationsdienstleister weiterentwickeln.

Die Zukunft unserer Häfen sichern.

Die bremischen Häfen sichern gemeinsam mit den anderen deutschen Seehäfen nicht nur die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik Deutschland, sondern sind für unseren Wirtschafts- und Industriestand-

ort Deutschland das Tor zur Welt. Wir stehen zur Anpassung der Fahrinne der Außenweser. Die große Zukunftsaufgabe besteht darin, unsere Häfen den neuen globalen und regionalen Gegebenheiten, Anforderungen und Zielen anzupassen. Dabei gilt es, auch den Bund in die Pflicht zu nehmen, sich im Zuge der nationalen Hafenstrategie mit höheren Beiträgen an der Finanzierung der Seehäfen zu beteiligen.
(Es folgen 4 Punkte zur Durchführung)

Gute Arbeit schaffen. Wir wollen möglichst vielen Menschen den Zugang zu qualifizierter und existenzsichernder Arbeit eröffnen, um die Arbeitslosigkeit im Land Bremen weiter zu reduzieren und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Zentral ist für uns dabei eine gute Aus- und Weiterbildung. Sie ist neben dem Studium wesentliche Voraussetzung für ein ausreichendes Fachkräfteangebot.

Die Koalition wird deshalb unter anderem:

- am beschlossenen Ausbildungsfonds, am Tarifreue- und Vergabegesetz, am Landesmindestlohn und an der bremischen Aufstiegsfortbildungsprämie festhalten.
- eine aktive Arbeitsmarktpolitik in den Quartieren betreiben, um mehr Menschen als bisher in geförderte Beschäftigung zu bringen.
- ein Landesprogramm „Aufstieg zur Fachkraft“ auflegen, um Geringqualifizierte, die auf Fachkräfteniveau aufsteigen wollen, mit einem Zuschuss zum Lebensunterhalt zu fördern.
- ein Kompetenzzentrum „Fachkräftegewinnung und Zuwanderung“ aufbauen.
- Berufsschulen zu Campus weiterentwickeln und die Qualität der beruflichen Bildung so entscheidend verbessern.

Kinderbetreuung und Bildung als Schlüsselprojekt

Den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung umsetzen. Kindertagesstätten leisten einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie dienen aber nicht nur der Betreuung der Kinder, sie sind Bildungsstätten und helfen den Kindern wichtige Kompetenzen, insbesondere auch Sprachkompetenzen, für ihr weiteres Leben zu erwerben. Umso wichtiger ist es, dass wir allen Kindern ein Betreuungs- und Förderangebot machen und gerade die Familien erreichen, die dieses Angebot bis jetzt noch zu wenig in Anspruch nehmen können. Dabei werden wir uns beim Platzausbau auf die Stadtteile konzentrieren, die bisher zu geringe Betreuungsangebote aufweisen. Wir werden den Kita-Ausbau mit aller Kraft vorantreiben und dafür Aus- und Weiterbildung sowie Fachkräftesicherung intensivieren. Soweit trotz aller Ausbauanstrengungen Betreuungsplätze fehlen, werden wir Standards temporär befristet flexibilisieren.

Die Koalition wird deshalb unter anderem:

- höchste Priorität darauf legen, jedem Kind in Bremen einen Kita-Platz bzw. einen Platz in der Tagespflege anbieten zu können.
- alle rechtlich vorgesehenen Möglichkeiten nutzen, um kurzfristig für mehr Personal in den Kitas zu sorgen. Die Ausbildungskapazitäten für Erziehungsberufe werden wir mindestens verdoppeln und die Plätze für Praxisintegrierte Ausbildung mindestens vervierfachen.
- durch aufsuchende Arbeit die verbindliche Sprachstandsfeststellung vor der Einschulung gewährleisten. Jedes Kind mit Sprachförderbedarf soll verpflichtend im letzten Jahr vor der Einschulung die Kita besuchen.
- Das Betreuungsangebot flexibler gestalten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Gute Bildung für alle. Unser Ziel ist es, dass alle Kinder unabhängig von ihrem Elternhaus, der Herkunft oder dem Wohnort ihre Potentiale auch in der Schule entfalten können. Wir werden dafür sorgen, dass mehr Schüler*innen einen Schulabschluss erreichen. Kinder mit großen Herausforderungen brauchen dafür eine besonders intensive Unterstützung. Vordringliches Ziel ist es dabei, dass sie sicher Lesen, Schreiben und Rechnen lernen. Grundlage dafür ist gut qualifiziertes Personal mit genügend Zeit, um auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen einzugehen.

Die Koalition wird deshalb unter anderem:

- die Doppelbesetzung von Klassen in den Grundschulen vorantreiben, beginnend mit den ersten Klassen der Grundschulen in besonders herausfordernden Lagen.
- das beschlossene Sprachförderkonzept umsetzen.
- schrittweise alle Schulen mit einer Stelle Schulsozialarbeit und Schulen in herausfordernden Lagen mit einer zweiten Stelle ausstatten.
- die Zuweisungsrichtlinie für Lehrkräfte weiterentwickeln, um Unterrichtsausfall zu verringern und für die für Inklusion notwendige Personalausstattung zu sorgen.
- weitere Schulen zu Ganztagschulen ausbauen, so dass der ab 2026 geltende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung erfüllt werden kann.
- die Beratung der Schulen durch das Institut für Qualitätssicherung intensivieren.
- die Untersuchung zu den Lernausgangslagen durch das Institut für Qualitätssicherung kontinuierlich auf alle Schulen ausweiten.

Klimaneutral, digital und fit für die Zukunft

Das Land Bremen wird klimaneutral: Die Klimakrise macht einen Wandel unserer Wirtschaft und unseres alltäglichen Handelns notwendig. Wir werden daher alle erforderlichen Schritte unternehmen, damit Bremen bis 2038 klimaneutral wird und werden zu diesem Zweck den Aktionsplan Klimaschutz umsetzen. So leisten wir unseren Beitrag im Kampf gegen die globale Klimakrise, sichern die Lebenschancen kommender

Generationen, steigern die Attraktivität und Lebensqualität unserer Städte und sichern die Wettbewerbsfähigkeit unsere Wirtschaft. Die Kosten dieser Transformation werden wir sozial gerecht verteilen. In Stadtteilen mit besonders hohen Lärmemissionen und Feinstaub werden wir gemeinsam mit den Menschen vor Ort Pläne für den Ausgleich dieser Belastungen entwickeln und umsetzen.

(Es folgen 5 Punkte zur Durchführung)

Bremen und Bremerhaven als Zentren von Wissenschaft, Forschung und Innovation stärken. Forschung und Wissenschaft sind entscheidende Innovationsmotoren für unser Bundesland. Ob technologischer Fortschritt, Klimawandel oder Fachkräftesicherung – wir brauchen eine gut aufgestellte Hochschullandschaft, um den Herausforderungen unserer Gesellschaft zu begegnen. Dafür braucht es nicht nur kluge Köpfe, sondern auch eine gute Infrastruktur und gute Arbeitsbedingungen. Schon jetzt ist das Land Bremen einer der erfolgreichsten Wissenschaftsstandorte Deutschlands. Darauf wollen wir aufbauen und eine enge Verknüpfung von Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft weiter vorantreiben.
(Es folgen 6 Punkte zur Durchführung)

Umbau der City. Innenstädte prägen eine Stadtgesellschaft und sind ein Ort gemeinsamer Identität und Selbstbewusstseins. Wir wollen Innenstädte, die vielfältige Angebote haben für Jung wie Alt, für hiesige Familien wie für Tourist*innen, für den kleinen Geldbeutel wie für den großen. Wir wollen neben dem nach wie vor zentralen Einzelhandel Nutzungen wie Wohnen, Kultur, Tourismus, Gesundheit und Wissenschaft stärken. Der Teilumzug der Uni Bremen wird dabei eine wichtige Rolle spielen, insbesondere um die City für junge Menschen aufzuwerten. Unser Ziel ist ein Nutzungsmix für die Innenstadt, der sowohl zum Einkaufen als auch zum längeren Aufenthalt – auch ohne zu konsumieren einlädt. (Es folgen 4 Punkte zur Durchführung)

E-Government made in Bremen

Die Bürger*innen und Unternehmen erwarten vom Staat ein funktionierendes und einfach in Anspruch zu nehmendes Angebot von Dienstleistungen. Effektiv arbeitende Verwaltungen sind erforderlich, um die vielfältigen Herausforderungen der Zukunft meistern zu können. Deshalb ist es erforderlich, die Digitalisierung der Verwaltungsangebote voranzutreiben, ihre Bedienungsfreundlichkeit kontinuierlich zu verbessern und durch effizientere Verfahren die Beschleunigung von Antragsbearbeitung gewährleisten. So entwickeln wir Bremen und Bremerhaven

zu „Smart-Citys“ und fördern die Teilhabe an einer digitalen Stadtgesellschaft.
(Es folgen 4 Punkte zur Durchführung)

Öffentliche Finanzen. Die sich überlappenden Krisen und die daraus resultierenden dringend notwendigen Unterstützungsmaßnahmen haben auch die staatlichen Finanzen stark beansprucht. Die kommenden Jahre werden deswegen geprägt sein durch eine starke Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und Erstellung eines Sanierungsprogramms bei gleichzeitiger inhaltlicher, aber auch finanzieller Schwerpunktsetzung auf die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Wir setzen uns für eine Entschuldung der Kommunen durch den Bund und eine sozial gerechte Steuerpolitik ein, um die finanziellen Grundlagen unseres Gemeinwesens zu sichern.
(Es folgen 6 Punkte zur Durchführung)

Attraktive und lebenswerte Stadtgesellschaften

Sozialer Zusammenhalt und soziale Sicherheit. Als Koalition werden wir die Lebensbedingungen für die Menschen in unserem Land verbessern, Teilhabe ermöglichen und Chancengerechtigkeit schaffen. Wir werden den sozialen Zusammenhalt stärken und ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft verhindern und betrachten Armutsbekämpfung als Querschnittsaufgabe des Senats. Mit unserer Politik bekämpfen wir Ungerechtigkeiten, verringern Armut und eröffnen allen Menschen die gleichen Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben. Ungleichheiten – ob nun zwischen den Quartieren oder Menschen – wirken wir entgegen und organisieren solidarische Strukturen direkt vor Ort, die Menschen in allen Lebenslagen unterstützen. Für diese Ziele haben wir bereits gut etablierte Programme wie z.B. Wohnen in Nachbarschaften oder Lebendige Quartiere etabliert, die wir fortsetzen und mit anderen quartiersbezogenen Aktivitäten gut verzahnen.

Die Koalition wird deshalb unter anderem:

- die „Freikarte“, mit der alle unter 18-Jährigen frei nach den eigenen Interessen Freizeitangebote in unseren beiden Städten nutzen können, weiterführen und zudem die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Bremen-Pass beibehalten
- die in der letzten Legislaturperiode eingeführten Budgets für überregionalen Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit dauerhaft absichern und bedarfsgerecht weiterentwickeln
- die Angebote für Crackabhängige auf 24/7 (gesundheitliche Grundversorgung, persönliche Hygiene, Aufenthalts- und Ruhemöglichkeiten) auslegen und Angebote auf die Stadtteile verteilen, um größere Szenenbildungen zu verhindern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch hier Modellprojekte zur Substitution etabliert werden.
- das Programm „Ältere im Quartier“ fortsetzen

und im Rahmen des Landesprogramms Lebendige Quartiere ausbauen.

- ein Landesantidiskriminierungs- und ein Partizipationsgesetz beschließen, um Diskriminierung entgegen zu wirken und Teilhabe von Menschen mit Migrationserbe zu fördern.
- das erfolgreiche Projekt Housing First ausweiten und in das Regelangebot nach dem SGB XII überführen.
- die Hilfsangebote für Drogen- und insbesondere crackabhängige Menschen verbessern und auch dezentral anbieten.
- ein kontinuierliches Monitoring queerfeindlicher Gewalt erstellen und Schutzwohnungen für junge LGBTQ*-Personen, die in ihrem Umfeld und ihren Familien Gewalt erfahren, einrichten.

Gleichstellung in Staat und Gesellschaft durchsetzen. Die Durchsetzung der Gleichstellung der Geschlechter ist nicht nur verfassungsrechtlicher Auftrag, sondern ein zentrales politisches Anliegen für uns.

Die Koalition wird deshalb unter anderem:

- die Entgeltgleichheitsstrategie weiter umsetzen und durch ein Landesaktionsprogramm für Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt ergänzen.
- die positiven Erfahrungen der Modelle „Wege in Beschäftigung“ und „Perspektive Arbeit für Frauen“ zum Anlass nehmen, solche Programme zu verstetigen und auszubauen.
- das Landesgleichstellungsgesetz evaluieren und weiterentwickeln und dabei queere Identitäten berücksichtigen.
- die Maßnahmen des Landesaktionsplanes zur Umsetzung der Istanbul-Konvention ausfinanzieren und konsequent umsetzen, Frauenhäuser und Kinderschutzeinrichtungen finanziell absichern und 24/7-Schutzplätze schaffen.

Gut wohnen und leben. Unser Ziel ist die soziale, kulturell vielfältige, grüne Stadt mit bezahlbarem Wohnraum, hoher Lebensqualität und genug Freiraum für die Bürger*innen aller Generationen. Wir richten die Bau- und Stadtplanung an den Anforderungen der Klimaanpassung aus. Wir wollen in allen Stadtteilen für ausreichend Sozialwohnungen und kommunale Wohnungen sorgen und langfristig die Hälfte des Mietwohnungsbestands in gemeinwohlorientierte Hand legen.
(Es folgen 6 Punkte zur Durchführung)

Gesundheit und Pflege im Fokus. Die Sicherstellung einer bedarfsgerechten stadtteilbezogenen Gesundheitsversorgung ist Teil der sozialen Infrastruktur. An der kommunalen Trägerschaft unserer Kliniken halten wir fest. Dazu muss die Sanierung des Klinikverbundes gelingen, auch indem wir Kooperationen vorantreiben und Angebote konzentrieren. Unser Ziel ist eine am Menschen ausgerichtete Gesundheits- und Pflegepolitik mit gesundem Lebensverhältnissen und gleichem Zugang zur Gesundheitsversorgung für

alle. Für die Sicherung der Gesundheitsversorgung sind ausreichende Krankenhausinvestitionen genauso erforderlich, wie mehr niedrigschwellige Angebote in den Quartieren, zum Beispiel in Form von Gesundheits- und Hebammenzentren oder kommunalen MVZs.

(Es folgen 7 Punkte zur Durchführung)

Sichere Nachbarschaften schaffen. Das Sicherheitsgefühl der Bürger*innen trägt maßgeblich für eine gute Lebensqualität in den Stadtteilen bei. Wir wollen, dass sich alle Menschen im Land Bremen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer sozialen Lage oder ihrem Geschlecht sicher fühlen und sich in jeder Situation auf ihren Staat verlassen können – sei es auf dem Weg nach Hause, beim Warten auf den Bus oder beim Feiern. Dafür stärken wir unsere Sicherheitsbehörden in Bremen und Bremerhaven und investieren kontinuierlich in die Sicherheit und Ordnung vor Ort.
(Es folgen 5 Punkte zur Durchführung)

Mobilität für alle – Umweltverbund stärken – Verkehrswende umsetzen. Mobilität ist ein soziales Grundrecht, essenziell für Wirtschaft, Arbeit und Wohlstand und muss klimaneutral werden. Wir setzen daher die Verkehrswende um und nehmen insbesondere die bisher schlechter angebundenen Stadtteile in den Fokus. Wir verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz, der alle Verkehrsmittel einschließt. Der Dialog mit der Stadtgesellschaft ist dabei Grundlage für die erfolgreiche Umsetzung aller Maßnahmen.
(Es folgen 4 Punkte zur Durchführung)

Es lebe der Sport! Der Sport ist ein unverzichtbarer Bestandteil in unserer Gesellschaft und wirkt in vielseitiger Weise positiv auf die Menschen in den Stadtteilen – sei es in den Sportvereinen, beim Schwimmunterricht oder bei Angeboten im öffentlichen Raum. Er fördert nicht nur die Gesundheit eines jeden einzelnen, sondern stärkt auch Zusammenhalt und Gemeinschaftsgefühl in unserer Gesellschaft.
(Es folgen 5 Punkte zur Durchführung)

Kultur: Vielfalt und Profil. Bremen hat sich zu einem Land mit starkem kulturellem Profil entwickelt. Dies stärkt nicht nur die Qualität Bremens als Wohnort, sondern auch als attraktiver Wirtschaftsstandort. Kulturakteure*innen leisten mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag sowohl zum Wandel als auch zum Zusammenhalt des Gemeinwesens. Dieses Wirken der Kulturschaffenden hat unsere Wertschätzung verdient. Konkret bildet sich diese in unserer klaren Haltung zur Sicherung der Kunstfreiheit ebenso ab wie in der konkreten Förderung künstlerischer Produktivität.
(Es folgen 7 Punkte zur Durchführung)

Die Linke: Kitas gehören in öffentliche Hand!

RENSBURG. Warum wird in der aktuellen Debatte um den Fachkräftemangel in Kindertageseinrichtungen und der Prüfung der Übertragung städtischer Kindertagesstätten an freie Träger nicht über die Situation der Kinder gesprochen? Am 5. April 1992 ist die VN-Kinderrechtskonvention in Deutschland in Kraft getreten. Artikel 3, Absatz 1 besagt: „Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“ Besonders seit Beginn der Coronapandemie hat sich die Situation der Kinder drastisch verschlechtert. Familien waren wesentlich stärker auf sich selbst gestellt. Viele Eltern waren gestresster, denn sie mussten Kinderbetreuung und -beschulung mit Erwerbsarbeit, eventuell Sorgen um den Arbeitsplatz und der eigenen Angst vor den Folgen der Pandemie in Einklang bringen. Räumliche Enge Zuhause und fehlende Ausweichmöglichkeiten in Kindertageseinrichtungen waren Risikofaktoren für familiären Stress und Aggression sowie für häusliche Gewalt. (...) Einerseits sind besonders die jüngeren Kinder ohne verbale Kommunikation auf aufmerksame und gleichbleibende Bezugspersonen angewiesen. Nur so können Bedürfnisse erfüllt und Verhaltensstörungen festgestellt werden. Andererseits verbringen unsere Kinder immer mehr Zeit in Kindertageseinrichtungen, der Einfluss der Familienerziehung nimmt kontinuierlich ab und die staatliche Erziehungsverantwortung wächst. Die aktuelle Diskussion um die Übertragung städtischer Kindertagesstätten an freie Träger wird die personelle Situation in an den städtischen Kindertageseinrichtungen verschärfen. Kitagruppen fahren im Notlaufprogramm, der interne und externe Personalwechsel ist hoch und die Leidtragenden sind hierbei vor allem die Kinder.

<https://img.linke-rdeck.de>

Entlastung für viele Familien durch Neufassung der Elternbeitragsordnung:

LÜNEBURG. In einer Sondersitzung des Jugendhilfeausschuss am 24.5.23 und mit der Zustimmung der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der Gruppe die Partei/Die Linke wurde eine Neufassung der Benutzungs- und Elternbeitragsordnung für die Kitas und Horte der Stadt an den Rat in seiner Sitzung am

1.6.23 empfohlen. Die Neustaffelung der Gebühren im Krippen- und Hortbereich, die in enger Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe entstanden ist, sieht eine deutliche Umverteilung und finanzielle Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen vor. Dies sogenannte Null-Zahler-Grenze wird von 16 734 Euro auf 30 000 Euro Bruttojahreseinkommen der gesamten Familie angehoben. Erst ab diesem Einkommen werden überhaupt Gebühren erhoben. Vivienne Widawski, Fraktionsvorsitzende der Gruppe Die Linke/Die Partei und Vorsitzende des Jugendhilfeausschuss: „Es ist ein großartiges Zeichen an die Familien unserer Stadt, dass wir in diesem Thema überparteilich und auch mit der Verwaltung zusammen konstruktiv an einem Strang gezogen haben. Eine gerechtere Staffelung der Elternbeitragsordnung, die gerade Familien mit geringerem Einkommen entlastet, war mehr als überfällig, und wir werden bei diesem Thema auch weiter am Ball bleiben.“

<https://www.dielinke-lueneburg.de>

Mehr Geld für Kitas nötig!

GÖTTINGEN. Angesichts der aktuellen Kita-Krise fordern die Kommunen in Niedersachsen 600 Millionen Euro mehr zur Finanzierung des Personals. Nach Angaben des Niedersächsischen Städtetages hat die bisherige Finanzierung nur ein Drittel der Personalkosten gedeckt. Alleine zwischen 2017 und 2021 seien die Kosten um 37 Prozent gestiegen. Thorben Peters, Landesvorsitzender der Partei Die Linke Niedersachsen, unterstützt die Forderung der Kommunen nach mehr Geld: „Die Kommunen sind komplett unterfinanziert und werden von der Landesregierung im Stich gelassen. Nicht mal die jetzigen Personalkosten werden gedeckt, dabei bräuchte es zusätzlich eine Aufwertung des Berufs. Denn selbst wenn die Kommunen die Kosten decken könnten, fehlt es an Personal aufgrund der schlechten Bezahlung. Das Recht auf einen Kita-Platz, geschweige denn eine gute Betreuung, wird so künstlich kaputtgespart. Unsere Kommunen brauchen mehr Geld!“

<https://www.die-linke-goettingen.de>

Alarmierende steigende Entwicklungsdefizite bei Kindern im Vorschulalter:

JERICHOW. Zu den Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchungen und den steigenden Förderbedarfen der Kinder betont Nicole Anger, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke: „Die Übersicht der Schuleingangsuntersuchung zeigt, dass bei den Jüngsten seit Jahren die Förderbedarfe ansteigen. Bei den Pflichttests für Kinder, die im kommenden Jahr eingeschult

werden, zeigt sich, dass es einen signifikanten Anstieg der Förderbedarfe bei Artikulation, Grammatik und Feinmotorik gibt. Diese Ergebnisse sind gravierend. Frühkindliche Bildung muss endlich auch qualitativ umsetzbar sein. Dazu ist es erforderlich, mehr pädagogische Fachkräfte in die Kita zu holen. Diese müssen vor allem Zeit haben, um den Bedarfen der Kinder gerecht zu werden. Sprache und Motorik bilden sich durch Interaktion. Es braucht daher ausreichend Zeit und persönliche Zuwendungen für die sprachliche und motorische Begleitung. Wenn jedoch eine Fachkraft bis zu 20 Kinder am Tag betreut, gehen die Förderbedarfe der Kinder unter. Das ist fatal für die Entwicklung der Jüngsten. Außerdem dürfen Programme wie die Sprachkitas nicht erneut zur Debatte stehen. Fachkräfte mit logopädischer Qualifikation sind ein Mehrwert für die Entwicklung der Kinder. Auch Kitasozialarbeit kann hierbei unterstützen und Kinder mit Förderbedarfen in individuelle therapeutische Angebote vermitteln. Sprachkitas und Kitasozialarbeit müssen dauerhaft an den Einrichtungen installiert werden.“

www.dielinke-jerichowerland.de

Stadt darf nicht zur stärkeren Belastung von Familien beitragen!

LEIPZIG. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 14. Juni den Antrag der Fraktion Die Linke für ein Kita-Elternbeitrags-Moratorium für Leipziger Kindertageseinrichtungen, Horten und bei Tageseltern abgelehnt und damit zahlreichen Eltern in Leipzig eine Absage erteilt. Viele Familien kamen in den letzten Jahren durch die mit den Krisen steigenden Lebenshaltungskosten an ihre Grenzen. Unsere Fraktion hatte sich gewünscht, sie zumindest auf einer Ebene vorerst entlasten zu können. Zumindest einen Erfolg konnten wir erzielen: Die Verwaltung wird beim Freistaat für einen angemessenen Personalschlüssel, einen angemessenen Landesanteil an der Finanzierung von Kindertageseinrichtungen einsetzen. Mit der Forderung nach der Wiedereinführung eines durch den Freistaat gegenfinanzierten, beitragsfreien Vorschuljahres konnten wir uns nicht durchsetzen. „Wir dürfen nicht vergessen, dass es sich bei der Kindertagesbetreuung um eine essentielle Leistung für die Familien unserer Stadt handelt. Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass alle Familien diese Leistung auch leisten können. Gerade in Zeiten massiv steigender Preise sollten wir als Stadt nicht zur stärkeren Belastung der Familien beitragen“, erklären Juliane Nagel und William Rambow, Sprecher:innen für Kinder und Jugend der Fraktion Die Linke im Leipziger Stadtrat.

www.linksfraktion-leipzig.de

Spanien: 5. Abkommen für Beschäftigung und Kollektivverhandlungen (5. AENC)

Claus Seitz, San Sebastián. Anfang Mai vereinbarten die Gewerkschaften CCOO und UGT mit den Arbeitgeberverbänden CEOE und CEPYM das 5. Abkommen für Beschäftigung und Kollektivverhandlungen (5. AENC), das eine Erhöhung der Entgelte 2023 um 4 % und 2024 und 2025 um jeweils 3 % vorsieht. Daneben sind weitere Erhöhungen um 1 % pro Jahr vorgesehen, falls die Inflation die vereinbarten Margen überschreiten sollte. Da die Inflation im Juni 2023 aber auf 1,9 % gesunken ist, zeichnet sich eher eine dringend erforderliche Aufholbewegung bei den Reallöhnen ab.

Beim AENC handelt es sich nicht um einen Kollektivtarifvertrag, sondern um „verpflichtende Empfehlungen der Tarifvertragsparteien an alle Firmen und

Belegschaften des Landes für die Tarifverhandlungen in den kommenden drei Jahren“.

Laut Comisiones Obreras (CCOO) sind

mehr als 4 000 Tarifverträge für über elf Millionen Beschäftigte betroffen, von denen dieses Jahr noch mehr als 1.300 zur Verhandlung anstehen.

Unai Sordo (Generalsekretär der CCOO): „Der AENC ist ein Hebel. Tausende von Tarifkommissionsmitglieder sind aufgerufen, ihn anzuwenden und zum Erfolg zu führen.“ Die UGT erwartet, „dass der Pakt als Impuls für die Kollektivverhandlungen dient und auch zu den Firmen und Sektoren durchdringen wird, wo die gewerkschaftliche Kraft schwächer ist.“

2022 hatte die Inflation von 8,4 % zu Kaufkraftverlusten von über 5 % geführt. Obwohl die Gewerkschaften eine Kampagne „Lohn oder Konflikt“ führten, konnten sie sich mit ihrer Forderung nach Aufnahme einer rückwirkenden Revisionsklausel zur Absicherung der Entgelte gegen die hohe Inflation im neuen AENC nicht durchsetzen. Nur in gut organisierten Sektoren konnten für 2,7 Millionen Beschäftigte zusätzliche Erhöhungen um 5 % durchgesetzt werden.

Um Entgelterhöhungen auch für die schwächsten Sektoren zu erreichen, wurde der 5. AENC schließlich ohne rückwirkende Inflationsklausel abgeschlossen. Die Gewerkschaften kündigten aber an, bei jeder einzelnen Verhandlung den Inflationsausgleich 2022 zum Thema zu machen. Bis dato konnten so im laufenden Jahr für 1,27 Millionen Beschäftigte ein rückwirkender Ausgleich für 2022 erzielt werden.

Neben Entgelten beinhaltet der 5. AENC Vereinbarungen zu vielen weiteren Themen wie Gesundheits- und Un-

Streiks, Tarifverträge 2023

Das bisherige Highlight war der erfolgreiche Kampf der Gewerkschaften in den großen Modeketten mit um die 80 % weiblicher Beschäftigung, bei Inditex – Zara, Massimo Dutti, Stradivarius – (36 000 Beschäftigte), bei Primark (9 000) und H&M (4 000). Zuerst musste Inditex nach Mobilisierungen und Streiks der Belegschaften erstmals einen Tarifvertrag mit landesweiter Gültigkeit abschließen. Die Jahresentgelte der Verkäuferinnen wurden je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit auf 18- bis 22 000 Euro (nach vier Jahren) und der Verantwortlichen und Kassiererinnen auf 24 500 Euro erhöht. Hinzu kommen Kommissionen und Prämien. 2023 und 2024 wird im Februar jeweils ein Inflationszuschlag von 1 000 Euro gezahlt. Daneben gibt es jährlich 450 Euro für Beschäftigte mit Kind, 200 Euro für Schulmaterial und 500 Euro für Kinder, die an der Hochschule studieren, sowie einen monatlichen Kinder-

krippenzuschlag in Höhe von 170 Euro je Kind. Alles eingerechnet sollen dadurch die Entgelte je nach Region um 20 bis 40 Prozent, maximal 6 000 Euro steigen. Bei Primark gibt es 18 % mehr in drei Jahren. Bei H&M legten die Beschäftigten während des Schlussverkaufs 110 von 125 Geschäfte an zwei Tagen völlig lahm. Neben Entgelterhöhungen und einem einmaligen Inflationsausgleich von 500 Euro konnten hier vor allem Neueinstellungen gegen die unerträgliche Arbeitsbelastung vereinbart werden. Auch für die 260 000 Beschäftigten der großen Kauf- und Möbelhäuser sowie Technomärkte (Corte Ingles, Carrefour, Ikea, Leroy Merlin, MediaMarkt, Fnac, Eroski, Apple ...) wurde ein „historischer“ Tarifvertrag erreicht. Neben 17 % Entgeltsteigerungen für 2023 bis 2026, wurden Erhöhungen des Urlaubsgelds, des Homeoffice-Entgelts, die Reduzierung der verpflichtend zu arbeitenden Samstage und Sonntage und eine Begrenzung der befristeten Beschäftigung auf 10 % vereinbart.



Zielstellungen der europäischen Mindestlohnrichtlinie wirken

Rolf Gehring. In Artikel 5 formuliert die Richtlinie: angemessenen Lebensstandard, Armut trotz Erwerbstätigkeit verringern, sozialen Zusammenhalt und die soziale Aufwärtskonvergenz fördern, geschlechterspezifische Lohngefälle verringern. Außerdem sollen Tarifbindung und Tarifstrukturen gestärkt werden. In den Zielstellungen sind sichtbar Ansprüche und Forderungen der Gewerkschaften aufgenommen. Die folgenden Meldungen zeigen, dass die europäische Initiative, sicherlich nicht als kausaler Auslöser, aber doch unterstützend wirkt. Logo: DGB/lightwise/123RF.com

Rumänien: Ein neues Gesetz in Rumänien zur Funktion des sozialen Dialoges erweitert die Befugnisse von Gewerkschaften für die Gründung von Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen vor. Die Änderung folgt der Verpflichtung der nationalen Regierungen, Tarifverhandlungen gemäß der EU-Richtlinie über Mindestlöhne zu fördern. (S.a. PB 1/2023, S. 18)

www.etuc.org/en/building-social-dialogue-romania

Estland: Der estnische Gewerkschaftsbund (EAKL) hat mit dem Minister für Wirtschaft und Informationstechnologie und dem estnischen Arbeitgeberverband eine Goodwill-Vereinbarung geschlossen, die einen Rahmen für Mindestlohnerhöhungen bis 2027 festlegt, der dann

50 % des Durchschnittslohns erreichen soll. Schrittweise Anhebungen: 42,5 % des Durchschnittslohns im Jahr 2024, 45 % im Jahr 2025, 47,5 % im Jahr 2026 und 50 % im Jahr 2027.

www.etuc.org/en/tripartite-minimum-wage-deal-estonia

Portugal: Im Mai trat in Portugal nach Verhandlungen mit den Sozialpartnern ein neuer arbeitsrechtlicher Rahmen, die sogenannte Agenda für menschenwürdige Arbeit, in Kraft. Er enthält rund 70 Maßnahmen, die die Arbeitsbedingungen und die Vereinbarkeit von Privat-, Familien- und Berufsleben verbessern sollen. Neue Bestimmungen sind u.a.:

- 28 statt 20 Tage Elternurlaub für Väter;
- Erhöhter Trauerurlaub beim Tod des Ehepartners oder bei einer Fehlgeburt;

- Telefonisch oder online selbst gemeldeter Krankenstand für maximal drei Tage zweimal im Jahr;
- Beschränkung von Zeitverträgen und Vermutung eines Arbeitsverhältnisses zwischen Arbeitnehmern auf digitalen Plattformen;
- Erweitertes Recht auf Telearbeit;
- Höhere Abfindungen;
- Zahlung von mindestens 80 % des nationalen Mindestlohns für Berufspraktika;
- Anreize für Arbeitgeber, Tarifverträge abzuschließen.

www.etuc.org/en/new-labour-code-portugal

Niederlande: Die Gewerkschaft FNV setzt angesichts der hohen Inflation eine zusätzliche Lohnerhöhung für Reinigungskräfte durch. Im Dezember 2021 wurde ein Tarifvertrag mit den Arbeitgebern des Reinigungsgewerbes abgeschlossen, der eigentlich bis Juli 2024 gilt. Es wurde nun vereinbart, dass die Reinigungskräfte eine zusätzliche Lohnerhöhung von 12 % erhalten. Nach dem geltenden Tarifvertrag würden die Löhne bis Juli 2024 nur um 1,5 % steigen.

www.fnv.nl/

fallprävention, Behinderung, Arbeitszeit (Gleitzeit, Urlaubsplanung, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf), Homeoffice, Recht auf digitale Nichterreichbarkeit und Intimität (Videoüberwachung, Geolokalisierung), Pläne zur Gleichstellung von Frauen und Männern, Diversität (LGTBI), technologischer Wandel, Klimawandel. Daneben Empfehlungen zur Umsetzung von Normen und Gesetzen in den Betrieben, wie z.B. der Arbeitsreform (Regelung zu Zeitarbeitsverträgen, zu Kurzarbeit), der Rentenreform (flexibler Übergang in die Rente, Teilverrentung).

Am 21. Juni führten die CCOO unter dem Motto „Wir haben den AENC. Jetzt bist Du an der Reihe“ eine Konferenz mit über 1000 Mitgliedern von Tarifkommissionen aus allen Branchen und Regionen durch. Hier wurden u.a. erfolgreiche betriebliche Beispiele für die Umsetzung des AENV in Tarifverträgen vorgestellt.

Mindestlohn und Tarifverträge: Seit 2019 hat die Linksregierung den Mindestlohn um 46,75 % von 735,90 Euro auf 1.080 Euro monatlich (bei 14 Monatszahlungen 15.120 Euro jährlich) angehoben. Für Tagelöhner sind das 51,15 Euro/Arbeitstag. Wegen der großen Bedeutung des Tourismus und der Landwirtschaft sowie des hohen Anteils kleinerer und mittlerer Firmen liegt das Niveau vieler Tarifverträge gerade mal auf dem Niveau des Mindestlohns. Als 2020 der Mindestlohn auf 1000 Euro erhöht wurde, mussten über 40 große Tarifverträge für 2,5 Millionen Beschäftigte ihre Basislöhne auf den Mindestlohn anheben, einige davon um über 30 %. Von der Anhebung des Mindestlohns 2023 profitieren 2,272 Millionen Personen. 57% davon sind Frauen, 31,7 % Jugendliche zwischen 16 und 24 Jahre. Für 46,9 % der in der Landwirtschaft Beschäftigten müssen die Löhne erhöht werden.

„Kaskadenförmige Kollektivverhandlungen“: Als „kaskadenförmig“ charakterisiert F. Luján (UGT) das System der spanischen Tarifverhandlungen. „Unser Konzept ist: Zuerst der Mindestlohn für das ganze Land, danach der AENC, danach ein Branchen-Tarifvertrag auf staatlicher Ebene, danach einer auf Provinz-Ebene und schließlich einer auf Firmen-Ebene. Je ortsnäher, umso besser ist es für den Arbeiter.“ Maria Cruz Vicente von den CCOO glaubt, dass „allgemein die Provinz-Tarifverträge besser sind als die staatlichen. Die Provinz-Verträge passen sich besser an die Gegebenheiten vor Ort an.“ Unai Sordo, Generalsekretär der CCOO: „Unser Modell der Kollektivverhandlungen ist stark verwurzelt auf dezentraler Ebene. Das stärkt die Beteiligung der betroffenen Personen. So können wir gute Tarifverträge erreichen, die die Lebensqualität der Menschen verbessern.“

Tarifbericht des WSI und Inflationsentwicklung

Bruno Rocker, Berlin. Dem neuen Europäischen Tarifbericht 2022/2023 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) zufolge haben die Beschäftigten in der EU 2022 höhere Reallohnsenkungen hinnehmen müssen als zunächst angenommen. Danach sind im vergangenen Jahr in der Spitze in Griechenland und Tschechien die Reallohne um über acht, in Estland sogar um mehr als neun Prozent eingebrochen. In der Bundesrepublik entsprach der Rückgang mit 4,1 Prozent in etwa dem EU-Durchschnitt.

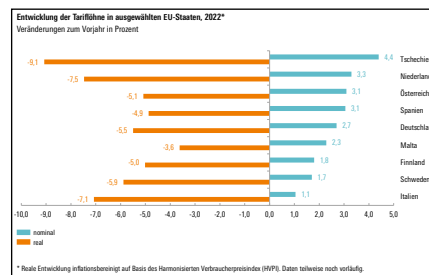
Die hohen Inflationsraten, getrieben durch höhere Importpreise für fossile Energien, gefolgt von den steigenden Nahrungsmittelpreisen und schließlich außerordentlich steigenden Unternehmensgewinnen, sind dafür verantwortlich. Ganz offensichtlich haben dem Bericht nach etliche Unternehmen mit Verweis auf gestiegene Kosten ihre Preise überproportional angehoben und dadurch zusätzlich Inflationsdynamiken ausgelöst. Die Unternehmensgewinne steigen also wie bereits 2021 ungewöhnlich stark und tragen damit zusätzlich zur Inflation bei. Die Gesamtentwicklung zeigt entsprechend einen zurückgehenden Anteil der Löhne am Volkseinkommen. Die Lohnquote sinkt. Von dem oftmals behaupteten Impuls der Tarifpolitik auf die Inflationsentwicklung (Lohn-Preis-Spirale) kann also keinesfalls die Rede sein. Im Gegenteil: Die Tariflohnsteigerungen in 2022 lagen in allen vom WSI betrachteten Ländern unterhalb der Inflationsrate. Vorstandsmitglieder großer Industriegewerkschaften räumen ein, dass die fatalen Wirkungen der hohen Inflation auf den Lebensstan-

dard der Beschäftigten nicht allein durch Tarifpolitik aufzuhalten seien. Auch für 2023 rechnet die EU-Kommission mit einer Fortsetzung dieser Entwicklung, also weitere Reallohnverluste. Für die Bundesrepublik wird mit einem Minus von um die 1,3 Prozent gerechnet. Der Tarifbericht des WSI weist auch auf die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung hin, die ebenfalls zeigen, dass die Lohnentwicklung keinesfalls als Ursache des Preisauftriebs in Frage kommt. Stattdessen tragen die Gewinnsteigerungen den Zahlen nach erheblich zur Binneninflation bei. Dem WSI-Bericht zufolge sind inzwischen die realen Tarifsteigerungen in allen untersuchten Ländern der EU seit 2015 durch die jüngsten Reallohnverluste vollständig aufgezehrt. Es hat eine Umverteilung zugunsten der Löhne und zugunsten der Kapitaleinkommen stattgefunden.

Die Inflation trifft nicht alle gleichermaßen

Die zwar tendenziell leicht zurückgehende Inflationsrate in der Bundesrepublik lag zuletzt im Juni dieses Jahres immer noch bei 6,4 Prozent. Die Energie ist zwar derzeit nicht mehr in erster Linie ein Treiber, dennoch steigt der Preis insgesamt gegenüber 2022 weiterhin. Beim Erdgas z.B. ist oftmals trotz sinkender Weltmarktpreise in den Haushalten keine Entspannung spürbar, weil die Versorger gesunkene Großhandelspreise, zumindest gegenüber den Bestandskunden, nur sehr verzögert weitergeben.

Wichtigster Treiber der Inflation auf Jahressicht sind inzwischen jedoch die Nahrungsmittel mit einem Preisanstieg



von nahezu 14 Prozent. Laut Berichten u.a. in der FAZ stellte das Statistische Bundesamt dabei extreme Beispiele fest: Quark (plus 42 %), Tomatenketchup (plus 40 %), Pizza (plus 25 %), Orangensaft (plus 25 %) aber auch Milch (plus 17 %) oder Brot (plus 14 %), alles gegenüber dem Vorjahr.

Bekanntermaßen wirkt die Inflation besonders fatal auf die Lebenshaltung der einkommensschwachen Haushalte, weil diese einen relativ hohen Anteil ihres knappen Budgets für Nahrungsmittel und Energie ausgeben müssen. In anderen Ländern gibt es durchaus Gegenmaßnahmen zur Verbesserung der Lage in den einkommensschwachen Haushalten. In Spanien z.B. wird seit Januar dieses Jahres auf die wichtigsten Grundnahrungsmittel keine Mehrwertsteuer mehr erhoben. Eine Debatte darüber hat sich auch in der Bundesrepublik entwickelt. Der bayerische Ministerpräsident hat prompt für seinen Wahlkampf für die CSU die Forderung nach Befreiung der Grundnahrungsmittel von der Mehrwertsteuer ebenso aufgenommen wie die Forderung nach Fortsetzung der Mehrwertsteuersenkung in der Gastronomie über 2023 hinaus. Im Oktober dieses Jahres finden in Bayern Landtagswahlen statt.

Thilo Janssen, Malte Lübker: Europäischer Tarifbericht des WSI 2022/2023 auch Abb., FAZ, 12./15.7. 2023

Standpunkte zur Wahl des AfD-Landrats im Kreis Sonneberg.

Bodo Ramelow (Die Linke) Ministerpräsident von Thüringen, kritisiert die Berichterstattung nach der Wahl des AfD-Politikers zum Landrat. Parallel zum Erstarken der AfD nähmen die negativen Pauschalurteile über Thüringer und Ostdeutsche zu. Aus skandalisierender Berichterstattung und verkürzten Analysen entstehe die Wahrnehmung, dass die 52 Prozent der Wähler Sesselmans alle Nazis seien. Das blende aus, welche sozialen und politischen Friktionen im Osten Deutschlands vorliegen und was die AfD aktuell in ganz Deutschland hochtreibe und führe zu einer Verzerrung der Realitäten in Ostdeutschland. Wissenschaftliche Studien wie der Thüringen-Monitor (hätten) „bei der großen Mehrheit der Menschen (84 %) ein zuverlässiges Demokratieverständnis“: die Demokratie sei die „beste aller Staatsideen“ gemessen. West- und Ostdeutsche müssten über Probleme wie bessere Schulbildung, mehr Kindergärten und bessere medizinische Versorgung im ländlichen Raum reden. Als Ministerpräsident erlebe er, „dass auf unsere Kompetenzen schlicht verzichtet wird ...“. (EPD, 19.7.23; ARD-Interview, 20.7.23)

Georg Maier (SPD), Innenminister Thüringen. Der Ausgang der Landrats-

wahl zeige, dass weder Wahlaufufe gegen die AfD noch deren Beobachtung durch den Verfassungsschutz Menschen davon abhielten, diese Partei zu wählen. Konkrete Sachpolitik sei das Mittel, um die AfD zu bekämpfen. Er appellierte an die rot-rot-grüne Koalition und die CDU in Thüringen, „einen Modus zu finden, um die politische Selbstlähmung des Landtages zu überwinden“. Bei allen Plänen zur Krisenbewältigung soll eine soziale Abfederung mitgedacht werden – ob Heizungsgesetz oder Aus für Verbrennermotoren. „Wir haben da wirklich eine Überforderung vieler Menschen gehabt.“ (belltower news)

Der Eifelkreis Bitburg-Prüm steht zu seiner – über 30jährigen – Partnerschaft mit dem thüringischen Kreis Sonneberg. Den neu gewählten AfD-Landrat will man derzeit nicht treffen. Der Eifelkreis begründet das damit, das Sesselmann mit Menschen in seiner Partei verbündet sei, die offen rechtsextremes Gedankengut vertreten. Das lehne man ab. Den Beschluss, an der Partnerschaft festzuhalten, haben der Landrat des Eifelkreises Bitburg-Prüm Andreas Kruppert (CDU), die Beigeordneten des Kreises und die Fraktionsvorsitzenden im Kreistag gemeinsam gefällt. (SWR aktuell 14.7.23)

Eine Analyse zum Thema „Die AfD im Umfragehoch“ hat Gerd Wiegel (Die Linke) in der Zeitschrift Luxemburg verfasst, in der er auch die auf den Seiten 22/23 vorgestellte Studie des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts einordnet. (<https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/afd-im-umfragehoch/>)

Ein AfD-Antrag, der tief blicken lässt. Christiane Schneider. Am 22. Juni hat der Bundestag einen Gesetzentwurf der AfD diskutiert, der darauf zielt, das unabhängige Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) abzuwickeln. Die AfD erregt sich über verschiedene Analysen des Instituts, die nachweisen, dass und wie die AfD ihr Ziel verfolgt, die in Artikel 1 Abs. 1 GG – „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ – verbrieften Garantien als zentrale Bestimmung der demokratischen Verfasstheit zu beseitigen. Zuletzt hatte das DIMR die Analyse „Warum die AfD verboten werden könnte“ vorgelegt, die dezidiert die in der Gesamtpartei fest verankerte national-völkische Ausrichtung herausarbeitet. In der Bundestagsdebatte waren sich alle anderen Fraktionen in der Kritik des AfD-Ansinnens überraschend einig. Auch die CDU/CSU, die das DIMR nicht selten kritisiert, warf dem Antrag vor, die Aufgabe des Schutzes von Menschen-

würde und Menschenrechte schleichend zu diskriminieren. Der Gesetzentwurf wurde in den Menschenrechtsausschuss überwiesen.

Extrem rechte Angriffe an Schulen nehmen zu. Rosemarie Steffens. Die Lehrkräfte Max Teske und Laura Nickel aus Burg im Spreewald, Brandenburg, waren, weil sie extrem rechte Vorfälle an ihrer Schule öffentlich machten, den Anfeindungen von Nazis ausgesetzt. Beide kündigten an, die Schule zu wechseln. Teske kritisierte an Schulamt und Bildungsministerium, dass sie sich nicht vor die Angegriffenen gestellt und dafür gesorgt hätten, dass Rechtsextremismus keinen Platz an Schulen hat. Die beiden Lehrkräfte hatten im Frühjahr mit einem Pfarrer das Bündnis „Schule für mehr Demokratie“ gegründet.

Dieses Bündnis wie auch die Vereine Opferperspektive und „#unteilbar-Südbrandenburg“ sowie die Brandenburger Linke verlangten, dass der Minister, die Schulleitung und die zuständigen Bera-

tungsstellen das Problem in seiner ganzen Dramatik öffentlich anerkennen und so engagierte Einzelpersonen entlasteten. Auch die Gesellschaft „Wirtschaftsregion Lausitz“ zeigte sich besorgt: „Wir sind jetzt schon nicht mehr in der Lage, die offenen Stellen zu besetzen“, so Geschäftsführer H. Jahn. Die Wirtschaft müsse weltoffen auftreten, um eine Zukunft zu haben.“

Die Zahl rechtsextremistischer Vorfälle an Schulen in Brandenburg erhöhte sich im Schuljahr 2022/23 von 30 auf 70 deutlich. (Migazin, 16.7.23)

Übereifrige Ermittlungen wegen „Höcke ist ein Nazi“-Plakat. Christiane Schneider. Ende Juni informierte das LKA/Staatsschutz Hamburg die VVN-BdA-Vorsitzende Conny Kerth, dass gegen sie ermittelt werde: Auf dem von ihr angemeldeten 8.-Mai-Fest in Hamburg war am VVN-Stand ein Plakat mit der Aufschrift „Björn Höcke ist ein Nazi“ angebracht, das den anwesenden Polizeibeamten zur Meldung bewog und die Ermittlungen auslöste.

Von Ermittlungen wegen des Plakats sind bzw. waren ebenfalls Menschen aus Frankfurt, Schleswig-Holstein, Chemnitz betroffen. Grundlage ist § 188 StGB – „Gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung“ –, wobei die entsprechenden Behauptungen geeignet sein müssen, „die öffentliche Betätigung des Betroffenen deutlich zu beeinträchtigen“. Seit 2021 wird von Staats wegen ermittelt, wenn die Strafverfolgungsbehörden wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung ein Einschreiten von Amtswegen für geboten halten.

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt hat die Ermittlungen inzwischen mit einer interessanten Begründung eingestellt. „Björn Höcke ist ein Nazi“ sei keine Beleidigung, sondern „ein an Tatsachen anknüpfendes Werturteil“, das von der Meinungsfreiheit gedeckt sei. Dies gelte umso mehr, zitiert die Tagesschau am 4.7. aus der Begründung, „vor dem Hintergrund, dass der Betroffene nach allgemeiner Auffassung dem äußersten rechten Rand seiner Partei angehört, sich in den letzten Jahren ausweislich einer Vielzahl von Presseveröffentlichungen in eindeutig nationalistisch-völkischer Weise mit rassistischen Anklängen und unter Hervorhebung eines natürlichen Führungsanspruchs der Deutschen geäußert und sich dabei immer wieder Formulierungen bedient hat, die zum Standardvokabular der Vertreter des Nationalsozialismus vor Mai 1945 gehörten.“ Die Hamburger Behörden müssen sich erklären.

ITALIEN

Strategiedebatte über EU-Wahl

Zur Bildung einer Mehrheit im zukünftigen EU-Parlament vertreten die Regierungsparteien Forza Italia und Lega unterschiedliche Strategien. Forza-Vizepräsident Tajani (EVP-Fraktion) bevorzugt ein Bündnis mit den Liberalen (Renew-Fraktion) unter Ausschluss von Le Pens ID-Fraktion. Lega-Chef Salvini: „Jemanden von vornherein aus dem Mitte-Rechts-Bündnis auszuschließen, ist kurzsichtig. Der Wind ist klar und heikel, und die Europawahlen werden entscheidend sein. Die Türen sollten den Sozialisten und einer Ursula-Mehrheit nicht wieder geöffnet werden.“ Salvini wittert die Chance, nach den Wahlen 2024 einen Paradigmenwechsel im EU-Parlament durch ein Bündnis von EVP (Weber, CSU), ECR (Meloni, Fratelli) und ID (Le Pen und AfD) herbei zu führen. Tajani bezeichnete Le Pens RN und die AfD als „antieuropäische Parteien“. „Die Lega ist etwas ganz anderes. Wir wären froh, wenn die Lega Teil einer Mehrheit wäre, aber ohne Le Pen und die AfD“, sagte er. Die Lega-EU-Abgeordneten Zanni und Compomenosi dazu: „Möchte unser Freund Tajani lieber mit der Demokratischen Partei (PD/S&D), den Sozialisten und Macron weiterregieren? Die Lega arbeitet daran, die Mehrheitsverhältnisse in Europa zu ändern und endlich ein vereintes Mitte-Rechts-Projekt ins Leben zu rufen, das in der Lage ist, den Bürgern nach Jahren der Fehlregierungen durch die Linke konkrete Antworten zu geben.“ Zu der Auseinandersetzung befragt, sagte ECR-Vorsitzende Meloni, dass „es Zeit zum Nachdenken gibt“. (euractiv.de 4.7.2023)

Hart umkämpfte Justizreform

Kern des von der Regierung beschlossenen Gesetzentwurfes ist die Abschaffung des Straftatbestandes Amtsmissbrauch und die Einschränkung von Telefonabhörungen und der Veröffentlichung durch die Medien. Die Einschränkung der Berufungsmöglichkeit der Staatsanwaltschaft bei Freisprüchen wird von Richtern und Juristen als verfassungswidrig eingestuft. Justizminister Nordio nannte die Reform revolutionär und bedauerte, dass Berlusconi sie nicht mehr miterlebe. Er war während seiner Amtszeit mehrmals wegen Amtsmissbrauch und Korruption angeklagt und geißelte die „Diktatur linker Richter“. Die Entrechtung von Richtern, Staatsanwälten und Journalisten bedeute ein Einknicken der Justiz vor dem Verbrechen, äußern Kritiker. Verschärft hat sich der Streit um die Re-

form, nachdem die Justiz Ermittlungen gegen die Tourismusministerin wegen Bilanzfälschung und den Staatssekretär im Justizministerium wegen Weitergabe von Amtsgeheimnissen aufgenommen hat. Im Fall der Tourismusministerin stellte der Richter sich gegen den Staatsanwalt, der das Verfahren einstellen wollte. Nachdem aus Regierungskreisen die Äußerung bekannt wurde, ob ein Teil der Justiz jetzt die Rolle der Opposition einnehme, antwortete der Vorsitzende des italienischen Richterbundes Santalucia: „Es handelt sich um schwere Anschuldigungen, die aus der politischen Welt kommen.“ Die Regierung wolle die Justiz „delegitimieren“ und „ins Herz treffen“. (rainews.it; CORRIERE DELLA SERA 9.7.2023)

FINNLAND

Offener Rassismus von Wahren Finnen-Ministern

Nach zehn Amtstagen als Wirtschaftsminister trat Vilhelm Junnila von den Wahren Finnen zurück. Neben seinen Auftritten in der rechtsextremen Szene wurde ein Vorschlag von ihm gegen den Klimawandel publik: Da der Klimawandel seiner Meinung nach durch die Überbevölkerung verursacht ist, sollte man doch die „Förderung von Klimaabtreibungen“ bei afrikanischen Frauen einführen.

Nachdem der konservative Ministerpräsident Orpo erklärte, gegenüber Extremismus, Nationalsozialismus oder Antisemitismus gebe es „null Toleranz“, werden jetzt Vorwürfe gegen seine Finanzministerin laut. Riika Purra von den Wahren Finnen äußerte auf einem Internet-Blog über Menschen mit Migrationshintergrund, wenn ihr jemand ein Gewehr gäbe, gäbe es nun Tote. Weiter schrieb sie von „türkischen Affen“, dem Gedanken, auf Bettler zu spucken oder „Negerkinder“ zu schlagen. Vor der Presse entschuldigte sie sich damit, das sei eine „Art Insider-Humor“. Die Wahren Finnen übernahmen in der Vier-Parteien-Koalition das Wirtschafts-, Finanz-, Justiz- und Innenministerium. Innenministerin Rantanen hatte noch im März den Begriff „Bevölkerungsaustausch“ im Zusammenhang mit der Entwicklung in der Stadt Espoo benutzt. Laut dem finnischen Innenministerium, das sie nun führt, steht er als Verschwörungstheorie, die Rechtsextreme als Rechtfertigung für Gewalttaten nutzen. Am 12. Juli verpflichten sich die vier Koalitionsparteien in einer Erklärung, „in ihrer Arbeit, Rassismus sowohl in Finnland als auch international aktiv zu bekämpfen“.

Quellen: taz 2.7.23; faz.net 3.7.23; FAZ 13.7.23

„Rechtsextreme streben Regierung gegen ‚Brüsseler Hölle‘ an“

Mit dieser Überschrift weist das Nachrichtenportal Euraktiv am 4. Juli auf einen möglichen Ausgang der vorgezogenen Neuwahlen am 30. September hin. Die in den Umfragen führende Smer (deutsch: Richtung – Sozialdemokratie) signalisierte Bereitschaft, mit den aus der neofaschistischen Bewegung hervorgegangenen Parteien Republika und SNS (Slowakische Nationalistische Partei) eine Koalition einzugehen. „Wenn es nicht zu einer Regierung aus Smer, Hlas und SNS kommt, wird die Slowakei in der Brüsseler Hölle versinken“, zitiert das Portal den SNS-Chef. Smer wird von Politikwissenschaftlern als sozialkonservative, nationalistische Partei eingeordnet. Sie warnt vor „Überfremdung“, nennt Homosexuelle „krank“ und bezeichnete jüngst Putin einen „großen Strategen“. Der SNS wünschte sie viel Erfolg und erklärte, sie werde in der Slowakei nach den Wahlen eine „wichtige Rolle“ spielen. Republika-Chef Uhrík, der es ablehnt, die Deportation von Juden im Zweiten Weltkrieg zu verurteilen, hat in seinem Team einen Kandidaten, der wiederholt Verständnis für Adolf Hitlers Politik äußerte.

SPANIEN

Vox: Kulturdiktat im Amt

In der Stadt Valdemorillo setzte der Vox-Kulturdezernent das Theaterstück „Orlando“ ab – die Hauptfigur ist eine transsexuelle Person. In Santa Cruz de Bezana wurde die Vorführung des Films „Lightyear“ verboten, in dem sich zwei Frauen küssen. Im valencianischen Burriana wurden die Abonnements katalanischer Zeitschriften für die Stadtbibliothek gekündigt, da sie „den Separatismus fördern“. Die letzten Regional- und Kommunalwahlen haben Vox zu Regierungskoalitionen in den Regionen Valencia und Extremadura mit der konservativen Partido Popular geführt und in viele kommunale Ämter. Auf den Balearen gibt es ein Tolerierungsabkommen mit der PP, in Aragon ist es in Verhandlung. In der Region Kastilien/Leon, in der Vox seit 2021 mitregiert, wurden die landesweit angeordneten Kontrollen gegen die Rindertuberkulose gelockert. Ebenso das Verkaufsverbot aller Kälber der Herde bei positivem Befund eines Tieres. „Die Regierung will, das wir unsere Herden opfern, wenn nur eine Kuh krank ist ... Aber Produkte aus Nicht-EU-Ländern dürfen bei uns ohne Auflagen verkauft werden“, hetzte Vox-Vorsitzender Abascal auf einer Wahlkampfveranstaltung in Madrid. Spanien ist das siebtgrößte Exportland für Agrarprodukte.

Quellen: FAZ 19.7.23;

ARTeDe Der Aufstieg der Rechten, youtube

Neue Studie: Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie in den östlichen Bundesländern

Rosemarie Steffens, Langen Vor dem Hintergrund der Landratswahl in Sonneberg, bei der ein AfD-Kandidat erstmals Landrat wurde, warnte der Verfassungsschutz-Präsident von Thüringen, Kramer, davor, AfD-Wähler als Rechtsextreme zu bezeichnen: „Ich wäre sehr vorsichtig damit, das Gros der AfD-Wählerinnen und -Wähler pauschal in irgendeine extremistische Ecke zu schieben.“ Viele Wähler würden sich aus Wut, Frust und Protest für die AfD entscheiden.¹ – Die am 27.06.23 an der Universität Leipzig erschienene Studie des Else Frankel-Brunswick-Instituts für Demokratieforschung in Sachsen legt einen anderen Schluss nahe: rechtsextreme Einstellungen sind in den östlichen Bundesländern weit verbreitet, unter AfD-Anhängern finden sich die meisten Menschen mit rechtsextremen Einstellungen.

Wie kam es zu der Studie?

Aufgrund der Wahlerfolge der NPD und DVU vor allem in Ostdeutschland in den 1990 Jahren wurden von W. Heitmeyer 2002 bis 2012 die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und – unabhängig davon – ab 2002 bis heute die Verbreitung der rechtsextremen Einstellung und autoritäre Dynamiken in der Bundesrepublik untersucht (Leipziger Autoritarismus Studien, auch als „Mitte“-Studien bekannt). Anfangs waren antidemokratische Einstellungen nicht generell stärker in Ost- als in Westdeutschland ausgeprägt, aber es gab zwischen Ost und West von Beginn an unterschiedliche Abwertungsbereitschaften und später deutliche politisch-kulturelle Unterschiede. Während im Westen die Zustimmung zu extrem rechten Aussagen stetig abnahm, nahmen sie im Osten zu. (Anstieg des Antisemitismus bis 2012, zehn Jahre zuvor war er viel seltener in Ost- als in Westdeutschland). Angesichts der Verbreitung extrem-rechter Einstellung und autoritärer Reaktion in Ostdeutschland sollen nun die spezifischen Ursachen in diesen Bundesländern erforscht werden.

Neue Forschungsansätze für Erklärungen

Um Ansatzpunkte für Erklärungen von extrem rechten Weltbildern zu erhalten, wurden auch die (Un-)Zufriedenheit mit der Demokratie und die Anerkennungserfahrung als Bürger, die politische Deprivation sowie die subjektive Einschätzung der nationalen und der eigenen wirtschaftlichen Lage erfragt. Neue Forschungsansätze sind in dieser Studie zu Aussagen über die Gruppenidentifikation und die Einschätzung der DDR durch Zusammenarbeit mit dem For-

schungsverbünden „DDR-Vergangenheit und psychische Gesundheit“ (Mainz) und „Seelenarbeit im Sozialismus“ (Jena) möglich geworden.

In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und dem Gebiet des ehemaligen Ost-Berlins wurden für die Studie bei 3546 Menschen 18 Punkte abgefragt, die für ein rechtsextremes Weltbild stehen. Fünf Antwortmöglichkeiten von „stimme voll und ganz zu“ bis „lehne völlig ab“ waren möglich.

Gefragt wurde nach der Befürwortung einer Diktatur, autoritärer Aggression, autoritärer Unterwürfigkeit, Konventionalismus und Verschwörungsmentalität, Antisemitismus, NS-Verharmlosung und Sozialdarwinismus (zusammengefasst als Neo-NS-Ideologie) sowie „Ausländerfeindlichkeit“ und Chauvinismus, mehrere Formen von Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit.

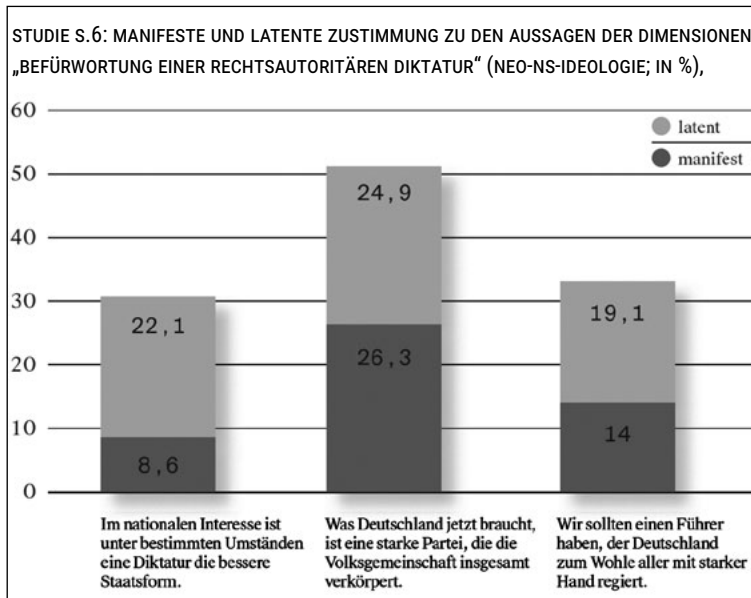
Hohe Zahl von extrem rechten Einstellungen

Das Ergebnis: die Zustimmung zu extrem rechten Aussagen ist hoch. Die Forderung nach einer starken Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert, finden 26,3 % der Befragten voll

und ganz richtig, 24,9 % latent Befürwortende können noch hinzugezählt werden. 20 % stimmen der NS-Verharmlosung (der Nationalsozialismus habe auch seine guten Seiten ...) zu. Ein Drittel unterstützt die sozialdarwinistische Idee des Vorrechts des Stärkeren. 10 % teilen antisemitische Aussagen (die latente Zustimmung ist deutlich größer). Sehr hoch sind der Wunsch nach einem starken Nationalgefühl (60%) und die Zustimmung zu „ausländerfeindlichen“ Aussagen (über 50%). 7 % der Befragten haben ein geschlossen rechtsextremes Weltbild², „ein sehr hoher Prozentsatz, mit dem eine nicht zu unterschätzende Herausforderung für die Demokratie verbunden ist“, heißt es in der Studie. Nicht alle davon gehen wählen – sodass die AfD und andere rechte Parteien noch ein Reservoir haben und ihre Erfolge steigern könnten.

Mit einem höheren Bildungsgrad geht eine geringere Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen einher, es gibt kaum Unterschiede zwischen Männern und Frauen, Ethnozentrismus ist bei Älteren (ab 60) stärker, Neo-NS-Ideologie eher bei der mittleren Altersgruppe verbreitet.

Die politische Einstellung ist seit dreißig Jahren trotz leichter Schwankungen



ANTEIL DER MENSCHEN MIT MANIFEST-RECHTSEXTREMEN EINSTELLUNGEN JE DIMENSION UNTER DEN PARTEIWÄHLERN (IN%)											
(STUDIE S.20)											
	CDU/DSU N=529	SPD N=376	FDP N=89	Grüne N=259	Die Linke N=302	AFD N=323	Nichtwähler N=477	Parteiwahl un sicher N=253	Wahlteilnahme N=350	Rest N=588	
NEO-NS-IDEOLOGIE											
Befürwortung Diktatur	3,6	2,7	4,6	1,2	2,0	22,3	6,1	4,4	7,7	7,8	
Antisemitismus	2,3	5,2	2,3	1,6	3,0	14,0	6,8	3,3	7,9	6,3	
Sozialdarwinismus	2,5	3,8	4,6	1,2	0	8,4	5,7	4,4	8,3	5,7	
Verharmlosung Nationalsozialismus	0,6	0,3	0	0	0	8,5	2,8	1,2	3,2	2,3	
ETHNOZENTRISMUS											
Chauvinismus	12,9	15,3	19,3	5,0	8,0	50,2	20,0	11,6	23,2	20,9	
Ausländerfeindlichkeit	18,8	22,3	17,1	15,9	21,2	59,1	39,5	17,2	31,2	25,7	

relativ stabil, stellen die Autoren fest. Der Wert liegt etwas unter vergleichbaren Studien für die Jahre 2002 bis 2010 (8,0 Prozent) und die Jahre 2012 bis 2020 (9,7 Prozent). Die Bundesländer mit den höchsten rechtsextremen Werten sind Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Die bevölkerungsrepräsentative Erhebung ließ erstmals Vergleiche zwischen den östlichen Bundesländern zu.

Unzufriedenheit mit der Umsetzung der Demokratie im Alltag

Trotz hoher rechter Umfragewerte ist die Unterstützung für die Idee der Demokratie und die verfassungsmäßige Ordnung hoch. Aber es herrscht große Unzufriedenheit mit der Demokratie im Alltag. 77,4 Prozent der Befragten sagen: „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ Und 64,6 Prozent stimmen der Aussage zu: „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.“

Eigene Erfahrungen mit der DDR und dem Vereinigungsprozess – bislang eine Forschungslücke

Neben der Erhebung der Erfahrungen mit der DDR fehle auch eine vertiefende Analyse der „besonderen Herausforderungen, die sich für die politische Kultur aus dem Transformationsprozess in Ostdeutschland“ ergeben. Brähler und Decker wiesen bei der Präsentation der Studie am 28.6.23 darauf hin, dass dieser Demokratie-Verdross nicht aus dem Nichts komme.³

Bei der Vereinigung sei eben keine neue Verfassung erarbeitet worden, aus dem Osten praktisch nichts übernommen worden. Menschen im Osten hätten tatsächlich weniger demokratische Teilhabe, zum Beispiel im Betrieb. Mangels Tarifbindung fehle oft die Erfahrung, eigene Interessen auch durchsetzen zu können. „Das strahlt nach außen ab“. Diesem Thema widmet die Studie ein eigenes Kapitel „Zur Rolle von Gruppen-Identität, DDR-Erleben und Erfahrung gegenwärtiger Staatlichkeit für die rechtsextreme Einstellung“. Hier fließen erste Auswertungen der Fragebögen zum Erleben der DDR und der Wendeerfahrung ein. Mehr als zwei Drittel sind froh, dass sie die DDR noch erlebt haben, rückblickend ist die Zufriedenheit mit dem Leben in der DDR hoch. Ein Viertel der Ostdeutschen erlebt sich als Verlierer der Wende, weniger als die Hälfte als Gewinner. Die Befragten fühlen sich weniger als Bundesdeutsche, eher noch als Europäer und auf jeden Fall als „Ostdeutsche“.

Was noch ungeklärt und Gegenstand weiterer Veröffentlichung sein soll, ist die Frage, welchen Stellenwert eine ostdeut-

sche oder DDR-Identität beim Zustandekommen der politischen Einstellung hat.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands wird schlecht bewertet – die eigene eher gut

Vor dem Hintergrund, sich als Verlierer zu sehen, bewertet ein knappes Drittel aller Befragten die wirtschaftliche Lage Deutschlands ebenfalls als schlecht.

Allerdings fällt die Beschreibung der eigenen finanziellen Lage überraschenderweise eher gut aus: Obwohl über 60 % der Befragten angaben, dass sie weniger als 2000 Euro, 12 % mit weniger als 1000 Euro auskommen müssen, wird die eigene wirtschaftliche Situation von ca. 80 % der Befragten als gut oder teils/teils bewertet.

Gründe, sich als Verlierer zu fühlen

Die eigene finanzielle Lage ist also nicht allein ausschlaggebend dafür, sich als Verlierer zu fühlen. Sozialpolitik allein wäre hierzu nicht das passende Rezept. Der Fragebogen über die Anerkennung im eigenen Lebensumfeld und in der Arbeitswelt und über die Wahrnehmung der eigenen Rechte im Verhältnis zu staatlichen Institutionen gibt darüber weiteren Aufschluss. Es fällt auf, dass in den Bundesländern mit den höchsten Zustimmungswerten zu antidemokratischen Ressentiments in der Tendenz auch die Erfahrung verweigerter Anerkennung häufiger genannt wird. Z.B. auf die Fragen: im Umgang mit Behörden und

Das Thüringen-Forschungsprojekt des Verfassungsblogs⁴

Im Herbst 2024 wird in Sachsen, Brandenburg und Thüringen ein neuer Landtag gewählt. Der „Verfassungsblog gGmbH“, ein gemeinnütziges, wissenschaftliches Forum zu aktuellen Ereignissen und Entwicklungen im Verfassungsrecht, kündigt das „Thüringen-Projekt“ an. „Besonders in Thüringen wirft die Situation angesichts der fragilen Parteienlandschaft und der Vorgänge bei der letzten Regierungsbildung besonders dringende und bislang weitgehend unerforschte rechts- und politikwissenschaftliche Fragen auf“, auf die in den Monaten bis zur Landtagswahl Antworten gefunden werden sollen. Was passiert, wenn autoritär-populistische Parteien auf Landesebene staatliche Mittel in die Hand bekommen? Wie könnten sie ihre Macht über Gesetzgebung, Justiz, Sicherheitsapparat, Verwaltung, Kulturförderung, Schulen, Universitäten, Medien und Rundfunk u.v.m. dazu verwenden, um sich gegen politische und juristische Rechenschaftsforderungen zu immunisieren und die Möglichkeit ihres Abgewähltwerdens unwahrscheinlicher

Ämtern fühle ich mich oft ausgeliefert. Manchmal fühle ich mich als Mensch zweiter Klasse.

Die (scheinbare) Sicherheit einer autoritären Staatlichkeit ist von vielen erwünscht

Einen hohen Stellenwert beim Zustandekommen extrem rechter Einstellungen besitzt nach den Auswertungsergebnissen das „individuelle“ Bedürfnis nach Autorität (selbst wiederum Folge gesellschaftlicher Bedingungen). Einen großen Einfluss hat demnach die Einschätzung der nationalen wirtschaftlichen Lage, die Identifikation mit der „starken deutschen Wirtschaft“. Die Studie verweist darauf, dass auch bei der Vereinigung der beiden Staaten an diesen autoritären Stellenwert der starken Ökonomie (als „Heils“versprechung, rst) angeknüpft worden sei. Der Wunsch nach einer wirtschaftlich starken Nation – politisch und wirtschaftlich – ist groß. Die erwünschte Identifikation mit dieser Macht stelle inhaltlich die Verbindung zu den zentralen Dimensionen Chauvinismus und Ethnozentrismus her.

Eine wichtige Rolle spielen dabei Verschwörungsideologien, also das Gefühl, dass dunkle Mächte unerkannt regieren und Politikerinnen und Politiker nur Marionetten seien. Die Antwort darauf sei in dieser überfordernden Krisensituation und dem dauernden Wandel der Wunsch nach einer einfacheren Zeit und jemandem, der alles regelt.

zu machen? Welche Interferenzen würden sich auf Bundesebene in Hinblick auf Bundesrat, Bund-Länder-Konferenzen, Auftragsverwaltung ergeben, welche Verwundbarkeiten und Schwachstellen in Staatsaufbau und Verfassungsrecht zeigen sich im Licht einer solchen Szenarioanalyse? Wie wehrhaft ist unsere Demokratie? – Die Öffentlichkeit und die Funktionsträger*innen vor Ort sollen über Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten aufgeklärt und ein entsprechendes Problembewusstsein geschaffen werden. „Damit wollen wir der Gefahr einer naiven und überrumpelten Öffentlichkeit vorbeugen, die nicht oder zu spät zur Gegenwehr in der Lage wäre, und so die Resilienz der demokratischen föderalen Verfassungsordnung insgesamt zu stärken. Im Anschluss an das Projekt lässt sich ermitteln, inwieweit die aufgedeckten Schwachstellen durch Gesetzgebung behoben und so die Resilienz der Verfassungsordnung noch weiter gesteigert werden können.“ – Unter betterplace.org/p122637 wird für dieses Projekt zu Spenden aufgerufen.

1 (MDR, 20.6.23); 2 Als „geschlossen“ wird ein Weltbild bezeichnet, wenn die Antwort lautet: Stimme voll und ganz zu oder stimme überwiegend zu. 3 Kölnische Rundschau 28.6.23; 4 <https://verfassungsblog.de>, verantwortlich: Maximilian Steinbeis

Bilder und Folgen von Traumatisierung sowie arbeitsbedingter schwerer Depression – Eine Gedankenskizze zu Kunst und arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen

RUDI ARENDT, 1/2023, ZULETZT GEÄNDERT 6/2023

Der Künstler als Seismograf: Karl Hofers Selbstbildnis mit Dämonen

„Nur merklich aus dem Zentrum gerückt, hat sich der Maler in wenig selbstbewusster Haltung ins Bild gesetzt. Die Arme abwehrend vor dem Leib erhoben, steht Karl Hofer eingekreist von sich herandrängenden Fratzen und verzerrten Gesichtern. Unheimlich sind nicht nur die übergroßen Erscheinungen, die bizarren Physiognomien der Dämonen und ihre leeren, toten kalten, aber doch feuerglühenden Augenhöhlen, sondern vielmehr auch ihre Ortlosigkeit, ihre Unbestimmbarkeit im Raum. So drängen sie aus einem nicht weiter einsehbaren Hintergrund, staffeln sich über-, hinter- und nebeneinander, verwachsen mit- oder schwimmen ineinander. In der Mitte Hofer, als Maler nur durch seinen hellen Kittel charakterisiert; erscheint sich, die Finger der linken Hand gespreizt, gegen ein Ergreifenwerden zu wehren ...“

So beginnt eine von vielen verschriftlichten Bildinterpretationen Karl Hofers im Jahre 1928 geschaffene Verarbeitung traumatisierender Erlebnisse des ersten Weltkrieges durch das „Selbstbildnis mit Dämonen“.¹

Das Erlebnis des Weltkrieges – der Rückfall der auf ihren zivilisatorischen Fortschritt so stolzen „modernen“ Kultur in hemmungslose Barbarei – prägte, wie durchgängig die Kunst der zwanziger Jahre mit ihrer desillusionierten Sichtweise, auch seine Malerei.² Hofer selber schreibt später einmal Anfang 1944 in einem Brief-



wechsel an Leopold Ziegler:

„Nun sind wir auf der schiefen Ebene und in sausender Fahrt fahren die dazu Auserwählten, zu denen ich gehöre, in die Welt der Schatten. Schon habe ich jeden Zusammenhang mit dieser Welt verloren, feindselig tritt sie mir in allen Äußerungen gegenüber. Die meisten Menschen haben schlimme Träume, aus denen sie zu erwachen froh sind. Ich hingegen lebe nur in meinen Erinnerungen und in meinen Träumen, die häufig und meist schön sind, in denen all das, was uns diese grausige Welt nun versagt, und der böse Traum beginnt, wenn ich erwache.“³

Im Faschismus wurde Hofer wegen seiner expressionistischen Malweise als „entarteter Künstler“ diffamiert.

Francisco Goya: Schlaf oder Traum?



„Eulen, Fledermäuse, eine schwarze Katze und ein Luchs – die Tiere der Nacht umringen einen Mann, der sein Haupt auf seine Unterarme gebettet hat. Keine andere der zahlreichen Grafiken Goyas hat eine solche Popularität erreicht wie dieses Blatt. Entsprechend vielfältig sind die Versuche seiner Interpretation.“

Nun könne man annehmen, der Künstler habe für Klarheit gesorgt, indem er den Titel in das Bild selbst mit hineingenom-

men hat: „El sueño de la razón produce monstruos“. Wer nun „sueño de la razón“ mit „Schlaf der Vernunft“ übersetze, könne zu der Auffassung gelangen, dass der schlafende Künstler aller rationalen Kontrolle verlustig gegangen sei und infolgedessen von den Monstern seiner Fantasien heimgesucht wird. In zeitgemäßer neurophysiologischer Formulierung könnte man sagen, dass die Herabstufung der rationalen, differenzierenden und planenden Leistungen der Großhirnrinde die affektgesättigten Inhalte des limbischen Systems voll zur Geltung kommen lasse.

„Aber trifft diese Deutung wirklich

zu?“ Zweifel seien angebracht. Dem spanischen „sueño“ komme nämlich auch die Bedeutung „Traum“ zu. Als „Wachtraum“ gehöre er zu den mehr oder weniger bewusst eingesetzten Techniken kreativen Arbeitens. Indem die rationale Kontrolle durch eine „Regression im Dienste des Ich“, wie Ernst Kris es nannte, geschwächt werde, finde der Künstler Zugang zu den zunächst verborgenen, oft unbewussten Themen und gewinne so auch die Möglichkeit zu ungewöhnlichen, überraschenden neuen Verknüpfungen.

So gesehen enthielte die Radierung also keine Warnung vor einer Schwächung der Vernunft, sondern eine Anregung, mit deren Hilfe kreative Menschen wachträumend hinter kulturelle, gesellschaftliche wie auch individuelle Fassaden zu blicken imstande seien. Beide Sichtweisen könnten sich ergänzen: „Was durch den „Schlaf der Vernunft“ an Monstern entsteht – und nur zu gern

versteckt und verdrängt wird –, lässt sich wachträumend wiedergewinnen und einer rationalen Kontrolle zuführen.“

(Zitate in diesem Abschnitt: Hartmut Kraft im Deutschen Ärzteblatt)⁴

Traumatisierungen und Depressionserkrankungen in der Arbeitswelt – Anerkennung von Berufskrankheiten

Ob Karl Hofer bei seinem Selbstbildnis Anleihen bei Goyas Traumbild genommen hat, ist nicht belegt. Dennoch lassen sich mit der Interpretation durch Hartmut Kraft in der Verbindung mit den oben angeführten Selbstbildnissen rationale kreative Gedanken in Beziehung zu arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen setzen. Traumatisierungen gibt es ja in der Arbeitswelt. So können wir die o.g. Kunstschaaffenden auch als Arbeitende (Mobbing als alltäglichem Kleinkrieg und Ausdruck von Arbeitsverdichtung) sowie im Krieg als an der Front in Uniform den gesundheitlichen Schädigungen durch das traumatische Erlebte ausgesetzte Individuen sehen.

Dr. Wolfgang Hien kommt in seinem Gutachten zu dem Suizid eines langjährigen beschäftigten Krankenpflegers bei Asklepios Hamburg Sankt Georg⁷ zu folgenden Erkenntnissen:

„Einmalige extreme Angst- und Schockzustände können schwere psychische Erkrankungen auslösen. Soldaten und Soldatinnen, die bei ihren kriegerischen Einsätzen in Lebensgefahr geraten, erleiden häufig posttraumatische Belastungsstörungen. Bus- und Bahnfahrer/innen erleben ebenfalls gravierende psychische Erschütterungen, wenn sie in einen tödlichen Unfall verwickelt werden. Aber auch chronische Belastungen wie Schichtdienst und dauerhafte psychosoziale Belastungen, denen Lehrer/innen, Erzieher/innen und Pflegekräfte ausgesetzt sind, können die seelische Gesundheit erheblich beeinträchtigen.“⁵

Zwar wiesen Sozialgerichte nach wie vor Klagen wegen arbeitsbedingter psychischer Störungen ab, doch deutete das Bundessozialgericht (BSG) an, sich grundsätzlicher mit diesem Thema befassen zu wollen. Es sei zu prüfen, ob einem Rettungssanitäter, der wiederholt grausigen Einsätzen ausgesetzt war und an einem PTBS (posttraumatischen Belastungsstörung) leidet, die Anerkennung als Berufskrankheit (BK) zu verweigern, noch rechtens ist (BSG 2021). Das BSG habe eine Sachverständigengruppe beauftragt, ein Gutachten zu erstellen, in dem nicht nur PTBS, sondern auch andere psychische Erkrankungen und insbesondere Depression daraufhin überprüft werden sollen, ob beim Beweis einer gegenüber anderer Faktoren überwiegen-



Wachraum: Spurensuche am Bahnübergang Neuendeicher Weg⁶

den arbeitsbedingten Verursachung oder Verschlimmerung eine BK-Anerkennung angezeigt ist.⁷

Und zur Frage der mit Depression oft verbundenen Selbsttötung:

„In der deutschsprachigen epidemiologischen Literatur ist der arbeitsbedingte Suizid ein seltenes Thema. In ihrem Review gehen Lukaschek et al. (2016) auf verschiedene Berufsgruppen und arbeitsbezogene Faktoren ein. Medizinische Berufe und Pflegepersonal weisen in mehreren internationalen Studien mit RR (relatives Risiko) = 1,3 bis 3,4 im Vergleich mit allen Berufsgruppen die höchsten Risikoraten auf. Als Faktoren benennen die Autoren und Autorinnen hohe Arbeitsbelastung, Erschöpfung aufgrund ständiger Überstunden, Schlafmangel und soziale Isolation, die wiederum durch überbordende Arbeitszeiten bedingt sein kann. In Japan, aber auch in Frankreich und den USA werde bereits seit den 1990er Jahren der arbeitsbedingte Suizid als gesellschaftliches Problem wahrgenommen und diskutiert. Mit dem Begriff ‚Karoshi‘ bekam der Tod durch Überlastung am Arbeitsplatz einen eigenständigen Namen. Arbeitende, deren Ressourcen vollkommen erschöpft sind, sterben entweder durch Herzinfarkt oder durch Selbsttötung, wobei der arbeitsbedingte Suizid auch mit dem Begriff ‚Karojisatsu‘ bezeichnet wird.

In Japan ist der arbeits- und berufsbedingte Tod eine meldepflichtige und entschädigungsfähige Angelegenheit, d.h. Hinterbliebene erhalten

eine entsprechende Sonderrente. Jährlich werden einige Hundert Fälle gemeldet und davon etwa die Hälfte entschädigt. Doch Schutzvereinigungen und Selbsthilfegruppen vermuten hinter den offiziellen Zahlen eine sehr hohe Dunkelziffer und sprechen von Zehntausenden Opfern.

In Deutschland gibt es zum Phänomen des arbeits- und berufsbedingten plötzlichen Todes weder Zahlen noch eine öffentliche Diskussion. Der Arbeitspsychologe und Psychiater Christophe Dejours diskutiert die arbeitsbedingten Suizide als radikale Artikulation neuer Formen des Leidens am Arbeitsplatz: Im gegenwärtigen Kontext neuer Formen der Arbeitsorganisation, z.B. Zielvereinbarungen, Quality Management, Evaluierung von Leistung, steht als zentraler Überlastungsfaktor die Isolation von Kollegen im Vordergrund, weil mögliche Freiräume zur Kompensation von Rückständen verbraucht werden. Die Beschäftigten sind somit auf eine permanente Mobilisierung ihrer individuellen psychischen und intellektuellen Ressourcen angewiesen, die nach Dejours weit in die Sphären privater Beziehungen hineinreichen. Viele Beschäftigte haben daher auch erhebliche Schwierigkeiten, sich nach der Arbeit zu regenerieren. Wenn der Arbeitnehmer schließlich an die Grenzen der Belastbarkeit gerät, ist das Suizidrisiko besonders hoch“⁸

Auf der rehabilitationspolitischen und sozialrechtlichen Ebene müsste, so Wolfgang Hien, ein breiter Diskurs über die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit der Einbeziehung psychischer Erkrankungen in die Berufskrankheitenliste angestoßen werden. Die extremen Belastungen der Pflegekräfte gehörten aus arbeitswissenschaftlicher Sicht eindeutig zu den Krankheiten, die – wie es im SGB VII heißt „nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft durch besondere Einwirkungen verursacht sind, denen bestimmte Personengruppen durch ihre versicherte Tätigkeit in

erheblich höherem Grade als die übrige Bevölkerung ausgesetzt sind“.

Daher sei es an der Zeit, so der Arbeitswissenschaftler, die BK „Durch langjährige extreme Belastungen oder traumatische Erfahrungen bei der Arbeit erzeugte oder verschlimmerte Depressionserkrankung“ in die Liste der Berufskrankheiten aufzunehmen. Im Fall von Herrn Arendt muss der Suizidtod als Folge einer arbeitsbedingten Depression verstanden werden, die – einen entsprechend erweiterten sozialrechtlichen Kontext vorausgesetzt – mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die Kriterien einer Berufskrankheit bzw. einer „Wie-BK“ erfüllen würde.⁹

Die bildliche Darstellung, um damit der „Gefahr ins Auge zu blicken“, ist eine konstruktive und *verständigungsorientierte Form der Kommunikation* (Haber-

HRW, „Vom Krieg gezeichnet“¹¹ Taha, 13 oder 14

Jahre: Am Nachmittag kamen wir von der Schule zurück und sahen die Flugzeuge. Wir schauten alle zu und dachten nicht im Traum daran, dass wir bombardiert werden könnten. Doch plötzlich begannen sie, Bomben abzuwerfen. Die erste Bombe landete in unserem Garten, dann vier auf einmal, ebenfalls im Garten. Die Bomben töteten sechs Menschen,



darunter einen kleinen Jungen, einen Jungen, der von seiner Mutter getragen wurde, und ein Mädchen. An einer anderen Stelle im Garten befand sich eine Frau, die ihr Baby trug. Sie wurde getötet, das Baby überlebte aber. Jetzt sind die Nächte schwierig, weil ich Angst habe. Wir wurden obdachlos. Ich kann die schlimmen Bilder der brennenden Häuser nicht vergessen und wie wir nachts fliehen mussten, weil unser Dorf niedergebrannt wurde¹⁰

mas) gegenüber der *erfolgsorientierten kommunikativen Handlungsweise*, die nur den persönlichen Erfolg zum Zweck erhebt.

Weg zur Anerkennung von Traumata und schwerer arbeitsbedingter Depression als Berufserkrankung – Erste Kontakte und Anfragen bei möglichen Interessierten, relevanten Berufsverbänden, politischen und wissenschaftlichen Akteuren, haben einen Forderungskatalog ergeben:

- Der Sachverständigenrat, der das Arbeitsministerium in Fragen der Erweiterung der Berufskrankheitenliste berät, muss durch Psychotherapeuten ergänzt werden (Forderung der BpTK)
- Der EU-Parlamentsbericht von 2021 beinhaltet eine Aufforderung zur Aufnahme psychosozial bedingter Erkrankungen in die BK-Liste, eine Diskussion auf nationaler Ebene muss erst noch angestoßen werden
- Weitere belastbare Gutachten zur genannten Problematik müssen erstellt und verstärkt in Auftrag gegeben werden
- Mobbing als Folge von Arbeitsverdichtung und Isolation, ist rechtzeitig von den betrieblichen Akteuren des Arbeitsschutzes zu erkennen und zu bekämpfen
- Die Messverfahren zur Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen sind auf ihre Tauglichkeit kritisch zu prüfen, Mitarbeiterbefragungen müssen in einem angstfreien Raum erfolgen
- Für eine Petition zur Erweiterung der BK-Liste an den in Frage kommenden Bundestagsausschuss ist ein Hearing zu veranstalten
- Der Entwurf einer Verordnung zum Schutz vor Gefährdungen durch psychische Belastung bei der Arbeit des Bundesrates gehört erneut auf die Agenda

1 Aus: „Das kommende Unheil“, Susanne Köller in: das verfemte Meisterwerk, Akadmieverlag 2009, Bildzitat: www.kunsthalle-karlsruhe.de/kunstwerke/Karl-Hofer/Selbstbildnis-mit-D%C3%A4monen/BE02D6A2F486459F89568E9FFA48C771/ © VG Bild-Kunst 2 journals.ub.uni heidelberg.de/index.php/ma/article/view/22672/16433 3 Leopold Ziegler – Karl Hofer Briefwechsel 1897–1954, Andreas Hünecke S. 138 4 Hartmut Kraft in PP 4, Ausgabe August 2005, Seite 384 www.aerzteblatt.de/archiv/48123/Schlaf-oder-Traum, Bildzitat (cc) de.wikipedia.org/wiki/Der_Schlaf_der_Vernunft_gebiert_Ungeheuer 5 Siehe auch PM der BpTK: www.bptk.de/psychische-belastungen-am-arbeitsplatz-gefaehrden-gesundheit/ 6 Rudi Arendt, Aquarell Juni 2023, Malnotiz: Steine wie Fußspuren. Seine Entscheidung, der Weg in die vermutete Lichtquelle bleibt mir nur zu respektieren 7 „Ein tragischer Tod, der Fragen aufwirft“, Arbeits- und gesundheitswissenschaftliches Gutachten zur Gefährdung der psychischen Gesundheit des Pflegepersonals im Krankenhaus unter besonderer Berücksichtigung des Suizids von Andreas Arendt, ehem. Krankenpfleger der Asklepios Klinik St. Georg, Hamburg, Dr. Wolfgang Hien, Forschungsbüro für Arbeit, Gesundheit und Biographie, 12/2022, Bremen 8 ebenda 9 Dr. Wolfgang Hien, Gutachten „Ein tragischer Tod, der Fragen aufwirft“, Bremen 12/2022, Seite 16 10 Bild und Text: HUMAN RIGHT WATCH, www.hrw.org/legacy/photos/2005/darfur/drawings/de/index.htm

Machtkampf um die pazifische Inselwelt

VON OLIVER HASENKAMP

Der Machtkampf zwischen den USA und China im Pazifik eskaliert immer mehr. Mittlerweile sprechen einige Politikerinnen und Politiker in den pazifischen Inselstaaten bereits von einem „pazifischen Krieg“. Die Inselstaaten drohen zu Spielbällen der Machtinteressen mächtigerer Staaten zu werden. Und doch ist die politische Situation im Pazifik bei genauer Betrachtung komplexer und verlaufen auch zwischen den Inselstaaten viele Konfliktlinien.

Von Deutschland aus betrachtet liegen die pazifischen Inselstaaten weit weg. Auch wenn gemeinsame Interessen etwa in der internationalen Klimapolitik bestehen, sind die Inselstaaten hierzulande politisch lange weitgehend übersehen worden. Das ändert sich gerade: Erstmals überhaupt hat im vergangenen Jahr mit Annalena Baerbock eine deutsche Außenministerin einen der pazifischen Inselstaaten besucht. Aus deutscher Sicht geht es dabei insbesondere um eine Schärfung des Profils der sogenannten „Klimaaußenpolitik“, welche das Auswärtige Amt proklamiert hat. Doch mit der Hinwendung zum Pazifik liegt Deutschland voll im Trend: seit einigen Jahren richtet sich der Blick von immer mehr Staaten auf den Pazifik und die dortigen Inselstaaten.

Das hat vor allem strategische Gründe, denn der Pazifik mit seinen drei geografischen und kulturellen Zonen Melanesien, Polynesien und Mikronesien bildet eine Pufferzone zwischen den miteinander um globalen Einfluss ringenden Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und der Volksrepublik China. Außerdem grenzen die mit den USA verbündeten Staaten Australien, Neuseeland sowie Japan an die pazifische Inselregion. Diese setzt sich aus vierzehn weitgehend unabhängigen Inselstaaten, von denen zwölf auch Mitglied der Vereinten Nationen sind, sowie einer Vielzahl weiterer Inseln zusammen, die bis heute von ausländischen Mächten wie Frankreich oder den USA „abhängig“ sind. Die Einwohnerzahl der unabhängigen Inselstaaten reicht von gerade einmal etwa 10 000

Menschen auf Nauru oder Tuvalu bis zu etwa einer Million im politisch wichtigen Inselstaat Fidschi und offiziell etwa 9 Millionen Menschen (möglicherweise deutlich mehr) im größten Inselstaat Papua-Neuguinea. Die meisten der Länder besitzen nur geringe Landmassen und wenig Landressourcen, vor allem der Bergbau und die Holzindustrie in Papua-Neuguinea und den anderen größeren melanesischen Staaten Salomonen und Fidschi machen die Region aber auch wirtschaftlich interessant. Hinzu kommen die großen maritimen Wirtschaftszonen mit ihren Fischressourcen und Bodenschätzen in der Tiefsee. Die zunehmende globale Bedeutung der Inselstaaten ist aber nicht nur ein Ergebnis externer strategischer, militärischer und wirtschaftlicher Interessen, sondern zumindest in Teilen auch die Folge eines in den letzten fünfzehn Jahren deutlich angewachsenen Engagements und einer deutlich gesteigerten Professionalität der kleinen, überwiegend noch sehr jungen Inselstaaten in der internationalen Politik.

Machtkampf zwischen den USA und China

Auch wenn viele Staaten dem Pazifik lange nachrangige Bedeutung beigemessen haben, ist der regionale Machtkampf zwischen China und den USA nicht neu. Und doch hat sich in den zurückliegenden zwei Jahren viel verändert und ist der Machtkampf deutlich eskaliert. So haben die USA für den Fall der Errichtung eines chinesischen Militärstützpunkts auf den Salomonen sogar militärische Maßnahmen explizit nicht ausgeschlossen. Der im Mai 2023 aus seinem Amt geschiedene ehemalige Präsident der mit den USA verbündeten Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM), David Panuelo, etwa spricht offen von einem „pazifischen Krieg“. In einem kurz vor dem Ende seiner Amtszeit veröffentlichten, viel beachteten Brief wirft er China unter anderem „politische Kriegsführung“ vor und berichtet über Bestechung von Abgeordneten und dass er während eines Staatsbesuchs in Fidschi von Sicherheitskräften der dortigen chinesischen Botschaft

verfolgt worden ist. Auch aus anderen pazifischen Staaten gibt es Berichte über Einschüchterungsversuche oder Einschränkungen der Pressefreiheit durch chinesische Sicherheitsbeamte.

Ebenso wie kleinere Staaten auf anderen Kontinenten haben einstmals auch im Pazifik zahlreiche Staaten anstatt der Volksrepublik China die Republik China, also Taiwan, als legitime Vertretung des Landes anerkannt. Das hat sich in den letzten Jahren geändert, außerhalb der traditionell eng an den USA ausgerichteten Region Mikronesien steht mittlerweile nur noch Tuvalu auf der Seite Taiwans. Die Salomonen und Kiribati, die im Jahr 2019 als bisher letzte pazifische Staaten zur Volksrepublik gewechselt sind, haben sich mittlerweile zu den wichtigsten Verbündeten Chinas im Pazifik entwickelt. Mit den Salomonen hat China ein Sicherheitsabkommen geschlossen, das Gerüchte über die Errichtung einer möglichen Militärbasis befeuert. In Kiribati plant die dortige zunehmend autokratische Regierung gemeinsam mit China, eine verfallene Landebahn wieder in Schuss zu setzen – auch hier wäre eine anschließende militärische Nutzung durch China denkbar. Gleichzeitig darf darüber nicht vergessen werden, dass die USA seit langem bereits mit mehreren Militärstützpunkten im Pazifik vertreten ist, unter anderem auf der Insel Guam.

Ein Grund dafür, dass der Machtstreit ausgerechnet jetzt eskaliert, hängt aber weniger mit China selbst zusammen als mit der Reaktion der USA. US-Präsident Barack Obama hat zwar bereits vor mehr als zehn Jahren ein pazifisches Zeitalter für die USA verkündet, unter seiner Regentschaft hat die USA den pazifischen Inselstaaten trotzdem vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit zukommen lassen. Unter US-Präsident Donald Trump ist dies einem Befremden gewichen, nicht zuletzt deshalb, weil Trump gerade bei dem für die Inselstaaten so wichtigen Thema des Klimawandels als großer Bremser galt. Das zeigt sich selbst in den Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM), den Marshall-Inseln und Palau, die einst ein US-Treuhandgebiet bildeten und bis heute vertraglich mit den USA assoziiert sind. Während dies über viele Jahre hinweg bedeutete, dass die Staaten etwa bei Abstimmungen in der UN-Generalversammlung zu den engsten Verbündeten der USA zählten, ist die Unterstützung der USA durch diese Staaten international zeitweise deutlich zurückgegangen.

Das Desinteresse der USA, aber auch zeitweise ähnliche Trends bei Australien

LITERATUR UND QUELLEN: Hasenkamp, Oliver / Köllner, Patrick (2023): Die Neuentdeckung des Pazifiks: Möglichkeiten deutscher Zusammenarbeit (GIGA Focus, Nummer 4, 2023). Hamburg: <https://www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/neuentdeckung-des-pazifiks-moeglichkeiten-deutscher-zusammenarbeit> Hasenkamp (2021): „Micronext“ – Regionalism in Confusion. In: Pacific Geographies (Issue #56). Hamburg: https://pacific-geographies.org/wp-content/uploads/2021/08/PG56_DOI10.23791_562331_OH.pdf; Pazifik in der Weltpolitik. WeltTrends 189, Juli 2022. Potsdam: <https://welttrends.de/produkt/welttrends-189-pazifik-in-der-weltpolitik/> Lyons, Kate (2023): Kiribati to return to Pacific Islands Forum at vital moment for regional diplomacy. In: The Guardian: <https://www.theguardian.com/world/2023/jan/30/kiribati-to-return-to-pacific-islands-forum-at-vital-moment-for-regional-diplomacy> Pascal, Cleo (2023): Micronesia's President Writes Bombshell Letter on China's 'Political Warfare'. In: The Diplomat: <https://thediplomat.com/2023/03/micronesias-president-writes-bombshell-letter-on-chinas-political-warfare/>

und zu einem geringeren Anteil auch Neuseeland, haben das chinesische Engagement im Pazifik in den zurückliegenden zehn Jahren stark befördert. Seit Beginn der Präsidentschaft von Joe Biden lässt die USA den Inselstaaten aber sehr viel mehr Aufmerksamkeit zukommen. Das ist aus US-Sicht nicht nur deshalb nötig, um dem chinesischen Einfluss in der Region etwas entgegenzusetzen, sondern auch, weil die Verträge mit den drei mikronesischen Staaten auslaufen und verlängert werden müssen. So haben die USA in den letzten Jahren – auch jenseits von Mikronesien – ihre finanziellen Zuwendungen deutlich erhöht, frühzeitig mit Covid-19-Impfstoff unterstützt, die hochrangige Besuchsdiplomatie und die Zusammenarbeit in der Klimapolitik deutlich ausgeweitet sowie neue Botschaften errichtet – zuletzt in direkter Reaktion auf den dortigen chinesischen Einfluss auf den Salomonen und in Kiribati.

Betrachtet man die Entwicklungen im Pazifik genau, ergibt sich tatsächlich kein lineares Bild eines chinesischen Einflusszuwachs, sondern musste die Volksrepublik auch Rückschläge hinnehmen: Die „Rückkehr“ der USA und die Wahl einer neuen Regierung in Australien könnten China im Juni 2022 zu der vermutlich größten diplomatischen Initiative aller Zeiten im Pazifik bewogen haben – mit der China eine Bruchlandung hingelegt hat. Der damalige chinesische Außenminister Wang Yi bereiste innerhalb weniger Tage alle pazifischen Inselstaaten (mit Ausnahme der FSM), die diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik unterhalten. Ziel war es, ein gemeinsames regionales Abkommen zu schließen. Wie Leaks des Vertragsdokuments zeigen, hätte dieses Abkommen China ermöglicht, Polizeikräfte in den Inselstaaten zu stationieren oder exklusiven Zugriff auf Fischereirechte und sensible Seerechtsdaten zu erhalten. Doch die Inselstaaten lehnten dieses gemeinsame Abkommen geeint ab. Angesichts des großen chinesischen Einflusses ist das durchaus bemerkenswert. Zu den Gründen für das Scheitern des Abkommens gehört, dass es von China überhastet vorangetrieben wurde. Selbst China wohlgesonnene Regierungen fühlten sich überrumpelt und schlecht beteiligt. Viele Regierungen hatten das Gefühl, sich mit dem Abkommen für eine Seite entscheiden zu müssen – ohne Aussicht auf eine ausgewogene Zusammenarbeit sowohl mit den USA als auch China.

Ein weiteres Beispiel dafür, dass chinesischer Einfluss nicht überall zunimmt, ist der politisch einflussreiche Inselstaat Fidschi. Hier wurde im Dezember der seit sechzehn Jahren amtierende Pre-

mierminister Voreqe Bainimarama abgewählt. Bainimarama, der sein Amt durch eine militärische Machtübernahme erlangt hat, war einst eine treibende Kraft, die dem chinesischen Einfluss im Pazifik Vorschub geleistet hat. Vor allem wegen der Bemühungen von Australien und Neuseeland, Fidschi wegen des nicht demokratischen Regierungswechsels zu isolieren, wandte sich Fidschi China zu – und mit ihm viele andere Inselstaaten, welche die Isolierung Fidschis nicht mittragen wollten oder konnten. Schon in den letzten Jahren seiner Amtszeit hat sich Bainimarama jedoch wieder verstärkt Australien und Neuseeland zugewandt und diese anders als China als Teil der pazifischen „Familie“ bezeichnet. Der nun gewählte Premierminister Rabuka, der bereits in den 80er Jahren zwei Militärputsche durchgeführt hat, hat zwar nicht offen mit China gebrochen, sich im Wahlkampf aber durchaus kritisch zu China geäußert.

Innerregionale Dynamiken

In der Betrachtung des Machtkampfs zwischen den USA und China werden solche innerregionalen Dynamiken der pazifischen Inselwelt oft übersehen. Die jüngste Wahl in Fidschi war etwa von enormer Bedeutung für die gesamte Region, weil die befürchtete Destabilisierung des Landes und damit der ganzen Region ausgeblieben ist. Trotz anhaltenden Sorgen gab es keinen erneuten Putsch und keinen Gewaltausbruch. Vielmehr gelang es dem neuen Regierungschef Rabuka kurz nach Amtsantritt sogar, das benachbarte Kiribati in die wichtigste Regionalorganisation – das Pacific Island Forum – zurückzuholen. Die Regionalorganisation hat seit Beginn der Pandemie eine schwierige Zeit durchlaufen, was zu einer zusätzlichen Schwächung der Inselstaaten gegenüber den Großmächten geführt hat. Die regionale Zusammenarbeit hat durch den Wegfall physischer Treffen der Staats- und Regierungschefs durch die Pandemie gelitten. Als im Jahr 2021 ein neuer Generalsekretär der Organisation aus Polynesien, der frühere Premierminister der Cook-Inseln, Henry Puna, gewählt wurde, erklärten die mikronesischen Staaten – neben den drei mit den USA assoziierten Staaten auch Nauru und Kiribati – ihren Austritt aus der Organisation. Sie fühlen sich von den melanesischen und polynesischen Inselstaaten der Region benachteiligt und übergangen. Durch Verhandlungen konnte dieser „Micronexit“ vor seinem Inkrafttreten abgewendet werden und alle mikronesischen Staaten mit Ausnahme Kiribatis, das schließlich im Jahr 2023 in die Organisation zurückkehrte, erklärten den Verbleib im



Das Pazifik-Netzwerk e.V. hat sich die Aufgabe gestellt, die politische, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Situation der pazifischen Inselstaaten einer breiten Öffentlichkeit im deutschsprachigen Raum bekannt zu machen. Dies geschieht in erster Linie durch Publikationen, Vorträge und Seminare. Mit seiner Arbeit unterstützt das Pazifik-Netzwerk Nichtregierungsorganisationen in Europa und in Übersee, die sich für einen atomwaffenfreien und unabhängigen Pazifik einsetzen. Die Respektierung und Vermittlung anderer Lebensweisen und kultureller Werte mit dem Ziel der Völkerverständigung ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des Vereins. Das Pazifik-Netzwerk will dazu beitragen, das Recht auf Selbstbestimmung der Völker im Pazifik im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich durchzusetzen und der zunehmenden Umweltzerstörung und deren Auswirkungen im Pazifik entgegen zu wirken. Gemeinsam mit weiteren Organisationen hat das Pazifik-Netzwerk die Pazifik-Informationsstelle sowie den Ozeanien-Dialog gegründet.

Mehr Informationen zum Verein, seiner Arbeit und der Mitgliedschaft finden sich unter https://www.pazifik-infostelle.org/pazifik_netzwerk

Forum. Dieser Vorgang zeigt exemplarisch, wie schnelllebig und dynamisch regionale Zusammenarbeit im Pazifik ist und dass viele unterschiedliche Konfliktlinien zwischen den Inselstaaten verlaufen. Dies hatte wiederum auch Einfluss auf die chinesischen Bemühungen um ein regionales Abkommen mit den Inselstaaten, da China unterschätzt hat, dass die Staats- und Regierungschefs nach der erst kurz zuvor abgewendeten Abspaltung der mikronesischen Staaten die ohnehin brüchige regionale Einheit nicht weiter gefährden wollten.

Zwar hat es viele Versuche gegeben, die vorübergehende Spaltung des Inselforums durch ausländische Einflussversuche zu erklären. Sie alle zeigen aber, dass es zu kurz greift, die Geschehnisse ausschließlich als einen Machtstreit zwischen den USA und China zu sehen, sondern dass es zahlreiche weitere Konfliktlinien gibt. Einige Beobachterinnen und Beobachter glauben, dass Australien und Neuseeland im Hintergrund die Strippen für die Wahl Punas gezogen haben, um einen Generalsekretär aus ihrem traditionellen Einflussbereich (Melanesien und Polynesien) durchzusetzen, auch wenn

Fortsetzung S. 28

sie damit ein US-nahen Kandidaten aus den Marshall-Inseln verhindert haben. Puna gilt sogar als China-freundlich, was zwar durchaus die harsche Reaktion gegen seine Wahl durch die US-nahen mikronesischen Gebiete erklärt, nicht jedoch den Rückzug des mikronesischen China-Verbündeten Kiribati aus der Organisation.

Auch das trilaterale Militärbündnis AUKUS, an welchem die USA, Australien und Großbritannien beteiligt sind, zeigt, dass die Machtkämpfe im Pazifik durchaus vielfältiger sind als oft dargestellt. Im Rahmen des Bündnisses wird Australien bei dem Bau eigener Atom-U-Boote unterstützt. Das Bündnis wird als klares Signal gegen China gewertet. Es unterstreicht gleichzeitig aber auch, dass es so etwas wie einen „geeinten Westen“, der gemeinsam gegen China agiert, im Pazifik nicht gibt. Denn auch von Frankreich wird das Bündnis als ein Affront gesehen, da mit der AUKUS-

Vereinbarung gültige Verträge zum Kauf konventioneller französischer U-Boote gekündigt wurden. Dies hatte durchaus inner-pazifische Auswirkungen, etwa in der Form, dass sich Australien ungewöhnlich kritisch gegenüber Frankreich mit Blick auf die sehr umstrittene Durchführung eines von der indigenen Bevölkerung boykottierten Unabhängigkeitsreferendums im französischen „Überseegebiet“ Neukaledonien äußerte.

Globale Folgen des Machtstreits

Zunehmende Uneinigkeit zwischen den Inselstaaten wäre durchaus ein Problem für die Welt. Sie gelten beim Klimawandel, aber auch bei anderen Themen, als eine Art moralisches Gewissen der Welt. Trotz regionaler Spaltungen ist es ihnen bisher gelungen, bei dem für sie wichtigsten Thema des Klimaschutzes bei internationalen Verhandlungen weiter mit relativ geeinter Stimme zu sprechen. Ebenso wie der Klimawandel eint die Inselstaaten auch die wichtige Bedeutung, die sie internationalem Recht beimessen, stellt es doch zumindest in der Theo-

rie eine Absicherung gerade für kleine Staaten dar. Über die Jahre hinweg haben sich die Inselstaaten immer wieder dem internationalen Recht bedient, um ihre Bedürfnisse und Interessen voranzutreiben. Ein aktuelles Beispiel ist die Verabschiedung einer von Vanuatu eingebrachten Resolution zur Erstellung eines Rechtsgutachtens zum Klimawandel durch den Internationalen Gerichtshof in der UN-Generalversammlung. Interessant ist auch der Blick auf die Marshall-Inseln, die sowohl vor internationalen als auch nationalen Gerichten versucht haben, gegen die Atomwaffenstaaten und explizit auch gegen die eigentlich verbündeten USA vorzugehen, die nach dem Zweiten Weltkrieg verheerende Nukleartests auf dem Gebiet der heutigen Marshall-Inseln durchgeführt haben. Die Inselstaaten vertreten also durchaus themenspezifisch Interessen, die sie je nach Bedeutung für das eigene Land auch gegen mächtige Staaten vorantreiben.

Das zeigt sich ganz aktuell auch am russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine: Auch wenn der Krieg für viele

Proteste gegen den Militärpakt zwischen Papua-Neuguinea und USA

EDDA LECHNER, NORDERSTEDT

Papua-Neuguinea (PNG) — im Westen des Pazifiks gelegen — und die Vereinigten Staaten (USA) haben am 22. Mai 2023 in Port Moresby ein bilaterales Abkommen über die Zusammenarbeit im militärischen Bereich unterzeichnet. Der auf 15 Jahre angelegte „Sicherheitspakt“ wurde während des Besuchs von US-Außenminister Antony Blinken geschlossen, der Präsident Joe Biden im Rahmen des Leader-DIALOGs des US-Pacific Islands Forum (PIF) vertrat. Das Abkommen soll das Bunkern von Schiffen der US-Streitkräfte, die Wartung von Fahrzeugen, Schiffen und Flugzeugen, die Unterbringung von Personal, die Kommunikation, die Verlegung und den Einsatz von Streitkräften und Material, von Ausrüstungen, Nachschub und Material sowie andere Aktivitäten nach gegenseitiger Vereinbarung ermöglichen.

Der Premierminister von PNG, James Marape, ging in einer Rede auf die militärischen und wirtschaftlichen Aspekte des Abkommens ein: „Wir werden US-Soldaten in unserem Land sehen. Wir werden US-Unternehmer in unserem Land sehen.“ Die von den USA bereitgestellte Unterstützung von 45 Millionen Dollar



würde auch die innere Sicherheit verbessern und mehr ausländische Investoren ermutigen, sich in dem 9-Millionen-Land Papua-Neuguinea niederzulassen. PNG sei reich an natürlichen Ressourcen, aber weitgehend unerschlossen.

Weiter sagte Marape, das PNG-Militär sei das schwächste in der Region und das in einer Zeit hoher Spannungen. Aber, sagte er in einem Interview: „Es handelt sich nicht um einen Militärstützpunkt, der hier eingerichtet wird, um einen Krieg zu beginnen. Es gibt eine spezielle Klausel, die besagt, dass diese Partnerschaft keine Partnerschaft für PNG ist, die als Ort für offensive militärische Operationen von Papua-Neuguinea aus genutzt werden kann.“

Vor der Vertragsschließung hatten aufgebrachte Studierende lautstark vor Ort auf der Straße und in den sozialen Medien gegen das neue Abkommen protestiert. StudentInnen des Mount Hagen Technical College (HATECO) in der Provinz Western Highlands hatten einen Protestmarsch veranstaltet, um die Unterzeichnung des Abkommens noch zu verhindern. Die Universität von Papua-Neuguinea, die Technische Universität und die Universi-

tät von Goroka hatten sich diesen Protestmärschen angeschlossen. „Wir haben eine Petition an die Regierung gerichtet und den Protestmarsch landesweit durchgeführt, weil wir wollen, dass die Regierung den Inhalt des Paketabkommens der gesamten Bürgerschaft bekannt macht und das Dokument auch dem Parlament zur Zustimmung ... vorlegt, bevor es unterzeichnet wird“, sagte einer der Studentenfürer, Gordon Walimbu ... Alles, was im Abkommen über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich geschrieben sei, müsse zum Vorteil von Papua-Neuguinea und seiner Bevölkerung sein.

Dem entgegnete der Premierminister, es handle sich bei dem Abkommen nicht um einen Vertrag im juristischen Sinne, der vom Parlament verabschiedet werden müsste, sondern um ein „Abkommen“, das keiner weiteren Zustimmung bedürfe. Davon ließen sich die Studierenden nicht beeindrucken: „Wir lassen uns nicht als Minderheiten von diesem großen Supermacht-Land, das unsere Regierung in seinem eigenen Interesse überredet hat, austricksen und einschüchtern ... Wir sind Freunde für alle und Feind für niemanden.“

Menschen im Pazifik weit entfernt ist, ist es bemerkenswert, dass alle zwölf pazifischen Inselstaaten, die Mitglied der Vereinten Nationen sind, in den bisherigen Resolutionen zur Verurteilung des Angriffskriegs einstimmig mit der Ukraine stimmten, zuletzt am ersten Jahrestag des Angriffs auf die Ukraine im Februar 2023. Bei dieser Abstimmung stimmten 141 der 193 Mitgliedstaaten der UN für eine Verurteilung von Russlands Angriff, sieben stimmten mit Russland gegen die Resolution, 32 Staaten – darunter China – enthielten sich der Stimme. Keiner der pazifischen Staaten, nicht einmal die Salomonen oder Kiribati, haben sich China angeschlossen und sich enthalten. Auch dies unterstreicht, dass Chinas Vormarsch im Pazifik möglicherweise abgeschwächt worden ist, vor allem aber, dass die Inselstaaten bei ihnen wichtigen Themen wie dem Schutz des eigenen Staatsgebiets gerade als kleine Staaten durchaus eigene Interessen verfolgen.

Fazit

Der Machtkampf zwischen den USA und China nimmt im Pazifik besorgniserregende Ausmaße an. Es bleibt zu hoffen, dass es zu keiner weiteren Eskalation oder gar zu militärischen Handlungen kommt, die weit über den Pazifikraum hinaus Auswirkungen entfalten könnten. Die unmittelbaren Leidtragenden des Machtkampfs sind die Menschen in den pazifischen Inseln. Aus ihrer Sicht ist es dringend notwendig, dass die eigenen Interessen, insbesondere Unterstützung beim Klimaschutz und in der Anpassung an die dramatischen Folgen des Klimawandels, im Mittelpunkt der Zusammenarbeit stehen – und diese von den Partnern nicht nur als Mittel zum Zweck zur Absicherung und Vergrößerung der eigenen Macht im Pazifik gesehen wird. Beim Blick auf die pazifische Inselregion sollten sowohl Medien als auch die Politik und die Wissenschaft nicht den Fehler machen, innerregionale Dynamiken im Pazifik zu übersehen. Auch wenn der Machtstreit zwischen China und den USA massive Auswirkungen auf die Region hat, so bestimmt er nicht allein die nationale Politik, regionale und internationale Politik der pazifischen Inselstaaten. Vielmehr spielen vielfältige eigene Interessen sowie kulturelle und gesellschaftliche Faktoren eine bedeutende Rolle. Auch ist die Vorstellung, dass die pazifischen Inselstaaten sich entweder auf die Seite der USA oder die Seite Chinas schlagen müssten, ein aus Sicht vieler Menschen in der Region durchaus problematisches Konzept, da sie an Zusammenarbeit mit beiden Seiten interessiert sind – ohne dabei jedoch ihre eigene Selbstständigkeit zu verlieren.

1960 hat die UN-Vollversammlung in der Resolution 1514 (XV) festgestellt, dass: „Die Unterwerfung von Völkern unter fremde Unterjochung, Beherrschung und Ausbeutung eine Verweigerung der grundlegenden Menschenrechte darstellt, im Widerspruch zur Charta der Vereinten Nationen steht und ein Hindernis für die Förderung des Weltfriedens und der Zusammenarbeit ist. ... In den Treuhand- und Nicht-Selbstverwaltungsgebieten oder allen anderen Gebieten, die noch nicht die Unabhängigkeit erlangt haben, werden unverzüglich Schritte unternommen, um alle Befugnisse auf die Völker dieser Gebiete zu übertragen, (...) um ihnen völlige Unabhängigkeit und Freiheit zu ermöglichen.“

Zur Umsetzung dieses Beschlusses hat sie 1962 den Spezial-Ausschuss für Dekolonisierung eingesetzt (C-24), dem derzeit 29 Staaten angehören. Seit 1960 haben mehr als 50 der heutigen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen in Afrika, Asien, der Karibik und dem Pazifik ihre Unabhängigkeit erlangt. Derzeit sind noch 17 Gebiete als nicht selbstregiert verzeichnet. Im Pazifik sind es American Samoa, Französisch-Polynesien, Guam, Neu-Kaledonien, Pitcairn und Tokelau.

UN-Diskussion über Dekolonisierung

ULLI JÄCKEL, HAMBURG

Auf der 48. Sitzung des Sonderausschusses für Politik und Entkolonialisierung am 4. Oktober 2022 erklärte der Vertreter von Guam: „Eine Priorität der Regierung blieb es, innerhalb der nächsten Jahre eine Volksabstimmung über den politischen Status durchzuführen, an der nur diejenigen teilnehmen sollten, denen ihr Recht auf Selbstbestimmung historisch verweigert wurde, was im Einklang mit der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker steht. Inmitten der eskalierenden geopolitischen Spannungen in der asiatisch-pazifischen Region setzten die Vereinigten Staaten ihre militärische Aufrüstung in Guam fort. In solchen Angelegenheiten agierten die beiden Seiten nicht auf Augenhöhe ... Guam hatte die Interamerikanische Menschenrechtskommission ersucht, die Vereinigten Staaten zur Rechenschaft zu ziehen und die bürgerlichen und politischen Rechte der Bevölkerung von Guam zu wahren, eine Entwicklung, die im Resolutionsentwurf des Ausschusses und in allen künftigen Verfahren berücksichtigt werden sollte. Aufgrund seiner strategischen Lage befindet sich Guam im Epizentrum der Spannungen. Entscheidungen über die Sicherheit könnten jedoch nicht die Sicherheit der Umwelt, der Wirtschaft, der Gesundheit und des Wohlergehens der Bevölkerung von Guam ausschließen.“

Demgegenüber vertreten die USA, dass der Status der Inselgebiete in Bezug auf ihre Beziehungen zur Bundesregierung eine interne Angelegenheit der Vereinigten Staaten sei und nicht in den Zuständigkeitsbereich des Sonderausschusses für die Lage im Hinblick auf die Umsetzung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an Kolonialländer und -völker falle.

Das französisch verwaltete Kanaky (Neukaledonien) hatte von 1946 bis 1998 den Status eines Überseegebiets, aber mit dem Abkommen von Nouméa 1998 erhielt es 1999 einen Sonderstatus (statut particulier oder sui generis). Es wurde eine neukaledonische Staatsbürgerschaft eingeführt

(zusätzlich zur französischen Staatsbürgerschaft, die parallel zur europäischen Staatsbürgerschaft beibehalten wird), und es wurde eine schrittweise Übertragung der Macht vom französischen Staat auf Neukaledonien selbst eingeleitet, die 15 bis 20 Jahre dauern sollte. Dieser Prozess musste jedoch durch ein Referendum bestätigt werden. Es wurden drei Unabhängigkeitsreferenden abgehalten, 2018, 2020 und 2021. Beim dritten Referendum im Dezember 2021 lehnten 96,5 % die Unabhängigkeit ab, aber die Wahlbeteiligung lag nur bei 43,9 %. Bei den beiden vorangegangenen Referenden lag die Nein-Stimme bei 57 % bzw. 53 %. Das dritte Referendum wurde von den indigenen Bewohnern boykottiert und seine Gültigkeit wird entschieden bestritten. – Magali Tingle, die als Kanak-Frau vor dem C-24-Ausschuss sprach, forderte, dass die Stimme ihres Volkes nach den Schäden und der Stigmatisierung durch 70 Jahre unter dem kolonialen Joch gehört werden müsse. Der Weg zur vollständigen Befreiung müsse durch Dialog und Konsens eröffnet werden, betonte sie und stellte fest, dass seit dem Referendum vom 11. Dezember 2021 die Ergebnisse immer wieder angefochten werden. „Dieses illegitime Referendum hat uns unserer Unabhängigkeit beraubt, und wir werden nie aufhören, es anzufechten“, betonte sie. Auf den Hintergrund hat auf dem Seminar 2022 bereits der kanakische Vertreter Dimitri Qenegei hingewiesen: „Seit der Ernennung von Sébastien Lecornu zum französischen Übersee-Minister ... hat die Verwaltungsmacht ihre Politik in Neukaledonien auf eine Rückkehr zu kolonialen Methoden aus einem anderen Jahrhundert ausgerichtet, um dieses nicht-autonome Gebiet zu erhalten.“ Er warf Lecornu und Präsident Macron vor, „den 12. Dezember 2021 als Termin für die dritte Volksbefragung beizubehalten, wohl wissend, dass die Unabhängigkeitsbefürworter aufgrund der Covid-Krise nicht in der Lage sein würden, eine Kampagne zu führen.“ Aus diesen Gründen hatte die „Front de libération nationale kanak et socialiste“ zum Boykott des Referendums aufgerufen.

BRD nimmt Vorbehalte gegen UN-Kinderrechtskonvention zurück

EVA DETSCHER, KARLSRUHE

Deutschland war eines der ersten Länder, die die UN-Kinderrechtskonvention 1989/90¹ unterzeichnet und am 6. März 1992 ratifiziert hatten (Rang eines einfachen Bundesgesetzes, als Kind gelten alle Menschen bis 18 Jahre). Allerdings äußerte Deutschland mit der Unterzeichnung Vorbehalte. Diese räumten dem deutschen Ausländerrecht Vorrang vor den Verpflichtungen der Konvention ein und sicherten damit die gängige Praxis von Ausländerbehörden, speziell die Möglichkeit der Abschiebehaft gegen Kinder und Jugendliche.

„Der umstrittenste Vorbehalt betrifft das Asyl- und Ausländerrecht.

Hierzu hat die damalige Bundesregierung erklärt, die Kinderrechtskonvention könne nicht ‚dahin ausgelegt werden, dass die widerrechtliche Einreise eines Ausländers in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder dessen widerrechtlicher Aufenthalt dort erlaubt ist‘. Außerdem behalte sich die Bundesregierung vor, ‚Unterschiede zwischen Inländern und Ausländern zu machen.‘ Die Konsequenzen: Flüchtlingskinder ab 16 werden im Asylverfahren wie Erwachsene behandelt. Familien werden durch

Das Kind als Träger von Rechten. Es war ein langer Weg: von den Anfängen der Kinderrechtsbewegung im 18. Jahrhundert bis zur Unterzeichnung der UN-Kinderrechtskonvention im Jahre 1989. Vor 400 Jahren waren Kinder wie kleine Erwachsene. Sie kleideten sich wie die Erwachsenen und sie verhielten sich auch so. Schulen gab es nicht, und alles, was nötig war, lernten sie von den Älteren. Kinder hielten sich dort auf, wo auch die Erwachsenen waren – bei der Arbeit, auf den Märkten, in Lokalen und Herbergen. In vielen Familien wurden selbst Kinder schon von klein auf zum Betteln angehalten. Erst mit der Aufklä-

rung änderte sich auch das Bild der Kindheit. Die Französische Revolution brachte die Erklärung über die Menschenrechte hervor. Und dies trug zu einer vertieften Auseinandersetzung mit der Situation von Kindern bei, auch wenn darin noch nicht explizit auf Kinder eingegangen wurde. In der Folge gab es einige Verbesserungen, insbesondere führte dies zu einer Trennung von Erwachsenen- und Jugendstrafrecht und auch zu arbeitsrechtlichen Konsequenzen. So wurde zum Beispiel in Großbritannien die Fabrikarbeit für Kinder unter neun Jahren verboten.

Quelle: **Deutsches Kinderhilfswerk**⁷

Abschiebungen auseinandergerissen. Die medizinische Versorgung für Kinder mit ungesichertem Aufenthaltsstatus ist eingeschränkt. Auch haben ‚geduldete‘ Kinder nur eingeschränkten Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung. Besonders problematisch ist die Situation von unbegleiteten Minderjährigen.“²

Die Konvention hingegen fordert Gleichbehandlung eines jeden Kindes das der Hoheitsgewalt des Staates untersteht (Art. 1, 2 Abs. 1). Artikel 28 fordert, den „Besuch der Grundschule für alle zur Pflicht und unentgeltlich“ zu machen und allen Kindern den Zugang zu „weiterführenden Schulen allgemeinbildender und

berufsbildender Art“ zu gewähren – gesetzliche Schulpflicht auch für Flüchtlingskinder!

Schulpflicht, Recht auf Schulbesuch ...

... was die Frage nach gesetzlichen Regelungen der Schulpflicht aufwirft, die in Deutschland aufgrund der Kulturhoheit der Bundesländer in den jeweiligen Landesverfassungen geregelt ist. In Bayern z.B. heißt es: „Die Schulpflicht dauert zwölf Jahre. Sie gliedert sich in die Vollzeitschulpflicht (9 Jahre) und die Berufsschulpflicht (3 Jahre).“ Schulpflicht beginnt mit dem Alter des Kindes von sechs Jahren (Stichtagsregelung). Die Länder sind verpflichtet, die Schulpflicht zu regeln, weil das Grundgesetz in Artikel 7, Absatz 1 das gesamte Schulwesen unter die Aufsicht des Staates stellt. Allerdings ist das Recht auf Schulbesuch kein Bestandteil des Grundgesetzes (siehe auch nebenstehende Erläuterung).

Zivilgesellschaftlicher Druck

Zahlreiche zivilgesellschaftlich tätige Verbände sowie wissenschaftliche Einrichtungen kämpfen seit dem Beginn der Zuwanderung in den 50er Jahren für die Regelbeschulung eines jeden Kindes im Lande. Die globale Konvention von 1989 gab diesem Ziel Schwung und Rückhalt. Durch die Kritik an den Vorbehalten der BRD wurden die Handlungsspielräume und die Forderungen deutlich konkreter und entfalteten Wirkung. Einige Landesregierungen (z.B. NRW, Thüringen, Hamburg) passten ihre Schulgesetze



Quellen: (1) **Dokument zur KRK:** https://menschenrechte-durchsetzen.dgvr.de/fileadmin/user_upload/menschenr_durchsetzen/bilder/Menschenrechtsdokumente/crc_de.pdf (2) **UNICEF zu „Deutschland und die KRK“:** https://www.unicef.de/_cae/resource/blob/9372/1767e57102a01def565fb7b97a869122/fa013-kinderrechtskonvention-deutschland-2012-pdf-data.pdf (3) **Rücknahme der Vorbehalte besiegelt:** <https://www.proasyl.de/pressemitteilung/ruecknahme-der-vorbehalte-zur-un-kinderrechtskonvention-nun-auch-offiziell-besiegelt> (4) **Fünfter und sechster Staatenbericht BRD:** <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/fuenfter-und-sechster-staatenbericht-der-bundesrepublik-deutschland-zu-dem-uebereinkommen-der-vereinten-nationen-ueber-die-rechte-des-kind-141862> (5) **5./6. Ergänzender Bericht an die Vereinten Nationen:** https://netzwerk-kinderrechte.de/wp-content/uploads/2021/01/NC_ErgaenzenderBericht_DEU_Web.pdf (6) **Kinderrechtebericht 2019:** https://www.unicef.de/_cae/resource/blob/204058/fef39952fe7b8f2d682723434d7b9576/kinderrechte-report-data.pdf (7) **Geschichte der Kinderrechte:** <https://www.kinderrechte.de/kinderrechte/geschichte-der-kinderrechte>

entsprechend an und verpflichteten sich zur Beschulung aller Kinder. Schon früh wurden z.B. in Hamburg internationale Vorbereitungsklassen eingerichtet, was aber nur als Zwischenlösung gedacht war. Die Forderung nach gemeinsamer Beschulung aller Kinder besteht nach wie vor. Oft wurde und wird auch (notgedrungen?) in den Sammelunterkünften unterrichtet. 2010 war es dann so weit: Deutschland hinterlegt bei der UN die Rücknahme der Vorbehalte. „Pro Asyl begrüßt, dass durch diesen formalen Akt endlich der Weg freigemacht wird, hier lebenden Flüchtlingskindern die gleichen Rechte zu gewähren wie allen anderen Kindern auch.“³

Staatenberichte und Parallelberichte

Alle Vertragsstaaten sind verpflichtet, dem Ausschuss regelmäßig (alle fünf Jahre) Berichte vorzulegen, in denen sie darlegen, wie sie innerstaatlich die Kinder-Rechts-Konvention (KRK) und die Zusatzprotokolle umgesetzt haben.⁴ Am Staatenberichtsverfahren können sich auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs), von Kindern selbst gegründete und geleitete Organisationen (Child-led-organizations), nationale Menschenrechtsorganisationen (NHRIs), UN-Sonderorganisationen wie das Kinderhilfswerk der UNO, die WHO, UNHCR, ILO, UNESCO usw. beteiligen und Parallelberichte zu den Staatenberichten einreichen, um eine unzureichende Umsetzung der KRK durch die Vertragsstaaten aufzuzeigen. 101 Organisationen haben 2019 am „Ergänzenden Bericht an die Vereinten Nationen“ aus Deutschland zusammengearbeitet.⁵ Parallel dazu wurde der „Zweite Kinderrechtebericht“, in dem Kinder und Jugendliche die Umsetzung der KRK bewerten, veröffentlicht. Darin heißt es:

„Unser Schulsystem sortiert und grenzt zu viel aus!“, „Warum müssen Kinder in Angelegenheiten, die sie betreffen, nicht verpflichtend beteiligt werden?“, „Warum sind die Kinderrechte immer noch nicht im Grundgesetz verankert?“⁶

Es wäre gut, wenn Schwung in diese Angelegenheit käme und so auch den Kommunen und den Ländern Raum und Möglichkeiten für die Umsetzung der Schulpflicht für Flüchtlingskinder zu verschaffen. Das wäre mit Sicherheit auch ein gutes Rezept gegen menschenfeindliche Ausblühungen in der politischen Landschaft.

Hinweis: in den Politischen Berichten 3/2020 wurde ein anderer Aspekt der UN KRK behandelt, das Züchtigungsverbot. Auch zu diesem Bereich wird in den Staaten- sowie in den Ergänzungsberichten Stellung genommen.

Kinder haben Rechte – Vorläufer

Rolf Gehring, Brüssel. In einem kurzen Aufsatz auf der Seite der Webpage des Kinderhilfswerkes zur Geschichte der Kinderrechte wird anschaulich gezeigt, dass auch dieses Thema der emanzipativen Bewegungen eine erstens lange und zweitens früh auch internationale Geschichte hat. Folgend aus dem dortigen Aufsatz:

„Im Jahre 1900 rief die schwedische Reformpädagogin ELLEN KEY (1849-1926) das Jahrhundert des Kindes aus. In der Folge setzten sich auch andere Pädagoginnen und Pädagogen wie Janusz Korczak, Alexander Neill und Eglantyne Jebb für die Kinderrechte ein.“ (Eglantyne Jebb: Jepp gründete 1919 auch das „Save the Children“ Komitee in London, um Kindern Hilfe und Schutz, besonders nach den traumatischen Erfahrungen des Krieges, zu bieten. Das Komitee wurde 1920 in die „International Save the Children Union“ eingegliedert, ro)

„Das internationale Interesse an Fragen der Rechte von Kindern wurde immer größer und das führte dazu, dass schon früh völkerrechtliche Verträge zum Schutz und zur Wahrung der Rechte von Kindern zustande kamen. Dazu gehörten das Haager Abkommen zur Regelung der Vormundschaft über Minderjährige vom 12.6.1902 und das Internationale Übereinkommen

zur Bekämpfung des Mädchenhandels vom 4.5.1910.

Die erste Satzung für Kinder entwarf EGLANTYNE JEBB (1876-1928): die Children's Charta, die sie dem 1920 gegründeten Völkerbund in Genf ... mit den Worten zukommen ließ: „Ich bin davon überzeugt, dass wir auf bestimmte Rechte der Kinder Anspruch erheben und für die allumfassende Anerkennung dieser Rechte arbeiten sollten.“ Am 24.9.1924 wurde die Charta von der Generalversammlung des Völkerbundes verabschiedet und als Genfer Erklärung bekannt. Die Erklärung enthielt grundlegende Rechte der Kinder in Bezug auf ihr Wohlergehen und sollte dazu beitragen, den Schutz bzw. die Versorgung der Kinder in der Zwischenkriegszeit zu sichern. Allerdings besaß sie keinerlei rechtliche Verbindlichkeit ... 1946 verlor sie ihre Grundlage.“

- I. THE CHILD must be given the means requisite for its normal development, both materially and spiritually.
- II. THE CHILD that is hungry must be fed; the child that is sick must be nursed; the child that is backward must be helped; the delinquent child must be reclaimed; and the orphan and the waif must be sheltered and succoured.
- III. THE CHILD must be the first to receive relief in times of distress.
- IV. THE CHILD must be put in a position to earn a livelihood and must be protected against every form of exploitation.
- V. THE CHILD must be brought up in the consciousness that its talents must be devoted to the service of its fellow-men.

Quellen: Geschichte der Kinderrechte -kinderrechte.de, Abb. blogs.lse.ac.uk/lsehistory/2017/03/08/eglantyne-jebb-and-the-respected-protected-the-rights-of-children-exhibition/. Text in deutscher Sprache: www.un-documents.net/gdrc1924.htm

UN-Kinderrechte ins Grundgesetz – überfällig

Martin Fochler, München. Schon im Koalitionsvertrag der vorigen Regierung stand die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz. Die dazu nötige 2/3 Mehrheit kam 2021 im interfraktionellen Verfahren nicht zustande. Die Aufgabe

blieb der nächsten, jetzigen Regierung, die sie wiederum im Koalitionsvertrag festschrieb. 2022 stellte der VN-Kinderrechtsausschuss nach einer Anhörung der BRD in seinen „Abschließenden Bemerkungen“ fest:

6. Der Ausschuss empfiehlt der Vertragspartei, mit **größertem Nachdruck** (Herv. Red.) daran zu arbeiten, Kinderrechte ausdrücklich im Grundgesetz festzuschreiben.

7. In Anerkennung der verschiedenen sektorbezogenen Strategien und Maßnahmen zu Kinderrechten auf Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen ist der Ausschuss nichtsdestotrotz der Auffassung, dass eine umfassende Kinderrechtspolitik und -strategie auf Bundesebene als Grundlage für Pläne und Strategien auf Ebene der Länder und Kommunen dienen könnte. Mit Verweis auf seine früheren Empfehlungen empfiehlt der Ausschuss der Vertragspartei: 1. eine umfassende Kinderpolitik zu entwickeln und zu verabschieden, die alle Bereiche des Übereinkommens abdeckt, und auf dieser Grundlage eine entsprechende Umsetzungsstrategie auf Länderebene zu entwickeln, welche durch ausreichend personelle, technische und finanzielle Ressourcen unterfüttert wird; 2. sicherzustellen, dass den Bundesländern im Zuge dieser Politik auch eine Orientierungshilfe zur Umsetzung des Übereinkommens geboten wird, und dass ein besonderer Schwerpunkt der Politik auf Kindern in belasteten Lebenslagen liegt, einschließlich asylsuchenden, geflüchteten und von Migration betroffenen Kindern, Kindern aus Minderheitengruppen, Kindern mit Behinderungen, LGBTI-Kindern und sozioökonomisch benachteiligten Kindern ...

Eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag kommt ohne breite öffentliche Debatte nicht zustande. Es wird Zeit, dass die

Parlamentsfraktionen ihre Vorstellungen zur Bewältigung dieser Aufgabe auf den Tisch legen.

Quellen: www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/kinder-und-jugend/kinderrechte/kinderrechte-ins-grundgesetz, dort auch der Link www.bmfsfj.de/resource/blob/203220/dbb39ecff4cbb27f2569247c72332955/abschliessende-bemerkungen-zum-kombinierten-fuenften-und-sechsten-staatenbericht-deutschlands-data.pdf



Felix Jaitner, Russlands Kapitalismus

Rezension Ulli Jäckel. Felix Jaitner untersucht in seinem Buch (einer erweiterten Neuauflage von „Die Einführung des Kapitalismus in Russland“ von 2014) die Ursprünge des russischen politischen, ökonomischen und sozialen Systems in der postsowjetischen Transformationskrise der 1990er Jahre. Im Gegensatz zur im Westen verbreiteten Auffassung, nach der diese Zeit für eine Ära der Liberalisierung und politischen Demokratisierung stehen, zeigt er, dass bereits 1991 mit der von keiner verfassungsmäßigen Instanz legitimierten Auflösung der Sowjetunion durch die Präsidenten von Russland, Belarus und der Ukraine der mit der Perestroika intendierten Demokratisierung eine Absage erteilt wurde. Dabei missachteten die Präsidenten den in einem Referendum geäußerten Volkswillen zum Erhalt der Sowjetunion unter einer neuen Verfassung.

Jaitner beschreibt, wie Jelzin im Zusammenhang mit der Zerschlagung des August-Putsches autoritärer pro-sowjetischer Kräfte 1991 weite Teile der alten Nomenklatura hinter sich brachte, um den Einfluss der erstarkenden Demokratiebewegung auf die wirtschaftliche und politische Umgestaltung zu verhindern:

„Die alte Nomenklatura unterstützte diesen Kurs bedingungslos. Erstens blieb Jelzin als einzige realpolitische Alternative übrig, der ihren Machterhalt garantierte. Zweitens eröffnete die von ihm vorgesehene Entwicklung eine Vielzahl von Bereicherungsmöglichkeiten.“ (S.56)

Die Freigabe der Preise, die Reduzierung der Kapitalverkehrskontrollen und die Abschaffung des staatlichen Außenhandelsmonopols im Zusammenhang mit der Privatisierung der Staatsbetriebe führten neben der enormen Bereicherung von Wenigen zu katastrophalen sozialen Folgen für die Masse der Bevölkerung.

Im Bereich des Außenhandels führte der Einbruch des innersowjetischen Handels und des Handels mit den RGW-Ländern dazu, dass Russland weitgehend auf die Funktion eines Rohstofflieferanten für die Industrieländer beschränkt wurde. Es bildete sich ein ressourcenextraktivisches Produktionsmodell heraus, deren Nutznießer (die „Oligarchen“) wenig Interesse an einer fortschreitenden Industrialisierung des Landes haben, die ihre Machtbasis beschränken würde.

Als sich ab 1992 eine Opposition gegen die Schocktherapie und die Ausrichtung des Wirtschaftsmodells durch die Politik Jelzins im Obersten Sowjet zu Worte meldete und einige Gesetzesvorhaben der Jelzin-Administration blockierte, kam es zum offenen Konflikt: Unter dem Beifall des Westens ließ Jelzin die Armee das Parlament beschießen, das sich ergab. Mit der darauffolgenden Durchsetzung einer präsidentiellen Verfassung wurden autoritäre Herrschaftsverhältnisse in Russland installiert, bei denen es vor allem um den Weg zur Durchsetzung der Privatisierung des sozialistischen Eigentums und der endgültigen Einführung des Kapitalismus ging.

Eine – vom IWF und seinen Beratern befeuerte – zweite Privatisierungswelle

1995 bis 1997 führte zur weiteren Konzentration der Besitzverhältnisse und zur Festigung des extraktivistischen Gesellschaftsmodells. Der weitere Abbau sozialer Rechte in diesem Zusammenhang, auf den die Betroffenen z.T. mit großen Streikbewegungen reagierten, führte zu einem rapiden Popularitätsverlust Jelzins, demgegenüber sich die KPRF mit Kritik an dem Verlauf der wirtschaftlichen Transformation profilieren konnte. Nur eine massive finanzielle und publizistische Unterstützung von Jelzins Wahlkampf durch die Profiteure seiner Politik – darunter Michail Chodorkowski – konnte seine Wahlniederlage gegen den KP-Kandidaten Sjuganov verhindern. Besondere Unterstützung erhielt Jelzin auch von der Kohl-Regierung, die ihm im Jahr des Wahlkampfes einen ungebundenen 4-Milliarden Kredit gewährte. Den Wahlsieg Jelzins bejubelte Kohl dann als „Unterstützung für den demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformprozess“.

In der Folge der Wahlen erhöhte sich die Verflechtung von staatlichen Organen und den finanziellen Profiteuren erneut, oder, wie es der beteiligte Banker Potanin ausdrückte: „Die einst allmächtige Regierung gibt es nicht mehr. Gesetz und Ordnung sind privatisiert.“ Jaitner beschreibt, wie die Oligarchen durch die Privatisierung der staatlichen Unternehmen, die nur 17,2% der geplanten Einnahmen erbrachte und die Spekulation mit Staatsanleihen den Staat ausplünderten, wobei sie einen großen Anteil der Profite ins Ausland transferierten.

Diese Entwicklung führte 1998 im Zuge der Asienkrise und des damit einhergehenden Verfalls der Rohstoffpreise zur massiven Abwertung des Rubels und schließlich zum Staatsbankrott. Angesichts der drohenden Destabilisierung des gesamten Systems war „die Existenz aller Hüter des ressourcenextraktivistischen Produktionsmodells“ bedroht. (S.145) Unter Putin wurde daher ein neuer Kompromiss zwischen Regierung und Oligarchen erzielt. Der Staat übernahm

„eine aktivere Rolle in der Organisation und Regulierung der Wirtschaft, ohne freilich seine Rolle als Lobbyist für nationale Unternehmen

aufzugeben oder gar von einer neoliberalen Wirtschaftspolitik abzurücken.“

Dieser Kompromiss wurde gegen den Widerstand eines Teils der Oligarchen, darunter Chodorkowski, durchgesetzt.

Durch die staatliche Kontrolle über die Gas- und Ölförderung (Gazprom und Rosneft) erhöhte der Staat seine Einnahmen, wurde aber zugleich zu einem wesentlichen Exponenten des extraktivistischen Produktionsmodells. Die Einnahmen aus dem Öl- und Gasverkauf sollten das Wirtschaftswachstum und den Konsum befördern und die Abhängigkeit von IWF-Krediten beenden. Gelang so zunächst eine Stabilisierung, so geriet das System im Gefolge der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 erneut in eine Rezession, deren soziale Folgen 2011-13 zu einer erneuten Protestwelle führten. Auf diese regierte der Staat mit einer weiteren Verstärkung des autoritären Sicherheitsstaates. Bereits im Zuge der Kampfhandlungen im Nordkaukasus (Tschetschenien) war es zu einer Militarisierung der Innenpolitik gekommen, der Krieg gegen die Ukraine führt zu einer weiteren Verschärfung des Ausnahmezustands, mit dem jede oppositionelle Tätigkeit unterdrückt wird.

„Russlands autoritäre Entwicklung ist kein zufälliger Prozess oder einzig ein Produkt der Präsidentschaft Wladimir Putins, sondern das Resultat gesellschaftlicher Auseinandersetzungen in den 1990er-Jahren. (...) Mit dem Übergang zu Putin beginnt eine Phase der Konsolidierung des herrschenden Blocks.“ (S.168) „Dennoch gelang es der Putin-Administration nicht, die strukturellen Widersprüche des russischen Kapitalismus effektiv zu bearbeiten.“ (S.170).

Diese Ansicht wird von LUTZ BRANGSCH (RLS) bestätigt:

„Russland befindet sich seit mehr als 20 Jahren in einem Prozess der Suche nach einem Weg zu einem eigenen tragfähigen Entwicklungsmodell. Erst vor wenigen Wochen hat Putin auf dem Weltwirtschaftsforum in Sankt Petersburg die Umrisse dieses Ziels umschrieben – eine moderne Volkswirtschaft in einer multilateralen Weltwirtschaftsordnung, dominiert von den Interessen einer innovationsorientierten Unternehmer*innenschaft, gestaltet von einem paternalistisch-konservativen Staat. Im Kern ist es ein neoliberales Projekt einer angebotsorientierten Ökonomie, frei von Gewerkschaften und sozialer Opposition.“

(Lutz Brangsch, Nach dem Wagner Aufstand, ND 28.6.23)

„Was (...) geblieben ist, sind die Hemmnisse für eine Belebung der nichtextraktiven Sektoren der Wirtschaft. Diese liegen innerhalb des Landes in der politisch-institutionell befestigten Macht des Finanzsektors und der Rohstoffwirtschaft begründet, außerhalb Russlands im Konkurrenzdruck der technologisch überlegenen Unternehmen, die die Entwicklung der innovativen Sektoren in Russland einschränkt.“

Lutz Brangsch, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wer-hat-die-macht-in-russland>.

Felix Jaitner, Russlands Kapitalismus – Die Zukunft des „System Putin“, Hamburg (VSA) 2023.
Demnächst erscheint vom Autor „Öl & Gas: Russlands Entwicklungsmodell“, Hamburg (VSA) 2023